

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 12. März 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Schnapsblock-Retirade.

Der Schnapsblock will das Wahlrechtsheulal, das die ultramontan-konservative Mehrheit gezeugt, so rasch als irgend möglich unter Dach und Fach bringen. Gar zu gern hätten es ja die blau-schwarzen Wahlrechtsverräter und ihr Gönner, die Regierung, gesehen, wenn es gelungen wäre, auch die Nationalliberalen auf ihre Seite herüberzuziehen. Aber bis jetzt ist dieser Versuch mißlungen, so daß der Schnapsblock seine skandalöse Spottreform in einer Isolierung verteidigen muß, die nichts weniger als glänzend ist!

In Wirklichkeit darf freilich nicht einmal von einer Verteidigung dieser Wahlrechtspottgeburt die Rede sein. Konservativ und Zentrum haben gar nicht mehr den Mut, für den Wechselbalg von einer Wahlrechtsverfälschung einzutreten. Sie verzichteten auf jede ernsthafte rednerische Verteidigung ihres schmachvollen Kompromisses, ließen ihre Gegner reden, was sie wollten, und begnügten sich mit der brutalen Macht ihres Votums. Da konservativ und Zentrum zusammen die übergroße Mehrheit im Dreiklassenhaufe haben, fiel es ihnen natürlich nicht schwer, durch das bloße Gewicht ihrer Stimmen alle gegnerischen Argumente niederzustimmen und dem insamen Schnapsblockkompromiß auch im Plenum zum Siege zu verhelfen!

Genosse Hirsch, der an erster Stelle zum Worte kam, weil der Antiwahlrechtsblock den schmachvollen Handel durch seine Reden mit gutem Recht nur noch mehr zu diskreditieren fürchtete, hielt eine ebenso glückliche wie gründliche Abrechnung mit den Gegnern des gleichen Wahlrechts. Daß dabei das Zentrum nicht zu kurz kam, versteht sich bei der Haltung dieser „Freunde“ des gleichen Wahlrechts von selbst. Besonders Unbehagen bereitete dem Zentrum offensichtlich die dokumentarische Feststellung des Genossen Hirsch, daß sich außer Herrn Gronowski, den vor wenigen Tagen Genosse Heinert so gründlich aufs Korn genommen hatte, auch die Zentrumsabgeordneten Partischer und Sauermann in aller Form gegenüber der sozialdemokratischen Partei auf die Forderungen des sozialdemokratischen Wahlkomitees verpflichtet hatten. Namentlich das Dankschreiben des Herrn Sauermann, der aber von einer Veröffentlichung dieses Dankes mit Rücksicht auf die böse ultramontane Parteileitung Abstand zu nehmen bat, mußte auch dem abgebrühtesten Zentrumsmanne Verdauungsschmerzen bereiten.

Aber das brave Zentrum, das sich trotz seines niederträchtigen Wahlrechtsverrats gar zu gern in der Rolle des Retters der Wahlreform gebrühet hätte, hatte auch im übrigen schönes Pech!

Wenn das Zentrum immer behauptete, daß die Annahme der geheimen Abstimmung nur der entschlossenen Resignation des Zentrums zu danken sei, mit der es für die konservative Konzeption des geheimen Wahlrechts seinerseits das direkte Wahlrecht geopfert habe, so fand er für diese märchenhafte Betenerung bisher nirgends Glauben! Alle Welt — bis in die Reihen der Konservativen selbst hinein! — war vielmehr des festen Glaubens, daß das Zentrum ohne Not und Zwang das direkte Wahlrecht preisgegeben habe, um den Konservativen die unausbleibliche Niederlage zu sparen, ihnen den unvermeidlichen Rückzug zu erleichtern.

Die Tatsache des durch nichts begründeten ultramontanen Liebesdienstes für die Konservativen stand derartig fest, daß es schon eines neuen gewaltsamen Mittels bedurfte, um die ultramontane Legende zu stützen. Ein solches Mittel entdeckte man in einem konservativen Antrag auf grundsätzliche Ablehnung der geheimen Wahl!

Die Sache war wunderschön ausgedacht und abgekartet. Sämtliche Konservative sollten bei dieser Abstimmung gegen die geheime Wahl demonstrieren, um dann die Zustimmung der Konservativen zu dem blau-schwarzen Kompromiß als ein nur unter Bähneknirschen erfolgtes und vom Zentrum heldenhaft abgerungenes Zugeständnis erscheinen zu lassen!

Aber diese melodramatisch ausgeflügelte Komödie fiel glatt ins Wasser!

Die Nationalliberalen erklärten, daß sie sich an dieser Woffe nicht beteiligen und konservativ und Zentrum hübsch unter sich lassen würden. Und Freisinnige und Sozialdemokraten schlossen sich dieser Ansicht an und überließen den Puppen des Kasperiethaters das „Schlachtfeld“.

Nun waren Konservativ und Zentrum unter sich! Wäre es den Konservativen wirklich darauf angekommen, die geheime Abstimmung zu Fall zu bringen, so hätten sie jetzt die schönste Gelegenheit dazu gehabt! Aber die wackeren Junker brachten dazu nicht den Mut auf! Sie wußten, daß es in ihrem Interesse lag, das schändliche blau-schwarze Kompromiß zu retten! Nur 62 von ihnen stimmten für die öffentliche Wahl; 89 enthielten sich der Abstimmung. Ein Beweis, daß nicht die Linke, sondern die Rechte Heidenangst hatte, daß durch Ablehnung des Kompromisses ihre Situation verschlechtert werden könnte! So hatte sich der blau-schwarze Block durch seinen vermeintlichen schlauen Trick bis auf die Knochen blamiert! Kein Wunder, daß die Redner der Linken, Herr Friedberg von den Nationalliberalen und Herr Fischbeck vom Freisinn, diese Situation nach Kräften ausnutzten und die Wahlrechtsverräterei des

blau-schwarzen Blocks nach Kräften an den Pranger stellten. War es doch speziell für den scharfmacherischen, volksfeindlichen Nationalliberalismus eine brillante Situation, seinen Liberalismus gegenüber den reaktionären Taten des Zentrums in bengalischem Lichte erstrahlen zu lassen. Und der Redner des Zentrums, Abg. Gerold, machte nicht einmal den ernstlichen Versuch, sich gegen die Vorwürfe sowohl der bürgerlichen Vorredner als besonders auch des Genossen Hirsch zu verteidigen. Seine Rechtfertigungsversuche der Schacherpolitik des Zentrums verzichteten auf jegliche Replik auf die Angriffe im Hause sowohl wie in der Presse und liefen auf eine geradezu kindliche Beschönigung der durchsichtigen Verrätertatsache des Zentrums hinaus. Wer erwartet hatte, daß das Zentrum seine Haltung auch nur halbwegs energisch verteidigen werde, sah sich völlig enttäuscht. Das Zentrum wußte, daß es sich durch jeden weiteren Beschönigungsversuch nur tiefer in die Tinte hineinretzen werde und verzichtete deshalb auf alle Gegenrede.

Auch die Angriffe des Genossen Ströbel vermochten das Zentrum aus seinem Stoizismus des Schuldbewußtseins nicht aufzuwecken. All die Nachweise des gehäuften, des systematischen Wahlrechtsverrats des Zentrums waren so schlagend, so unwiderlegbar, daß es in der Tat vergebliches Bemühen gewesen wäre, so unbestreitbare Tatsachen hinwegreden zu wollen. Das Zentrum besaßte denn auch in diesem Falle die Taktik des Sichtsotstellens! Es verzichtete auf jede Antwort und stimmte für Schluß der Debatte! Es wußte ja nur zu gut, daß jede Ablehnung eines Zentrumsredners in der folgenden Debatte von sozialdemokratischer Seite erneut reaktifiziert worden wäre!

Dafür machte der Berichterstatter für diesen Punkt, der Zentrumsabgeordnete Bell, den Versuch, eine vom Genossen Ströbel festgestellte Tatsache zu bestreiten. Ströbel hatte nämlich konstatiert, daß das Zentrum aus Furcht vor der Ablehnung der Regierung das ultramontan-konservative Kompromiß abgeschlossen habe, bevor noch die Regierung selbst ihre Bedenken gegen den Beschluß der geheimen Abstimmung geäußert habe. Diese Tatsache suchte Herr Bell durch zweimaliges Eingreifen zu bestreiten. Freilich nur mit dem Erfolge, daß Genosse Ströbel die Richtigkeit seiner Darstellung einwandfrei festzustellen vermochte!

So erlitt der blau-schwarze Wahlrechtsblock eine Niederlage nach der anderen!

Nicht die letzte Niederlage des Zentrums war die, daß es sich genötigt sah, um seinen perfiden Stuhhandel mit den konservativen Wahlrechtsfeinden nicht zu gefährden, nicht nur gegen den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts zu stimmen, sondern auch in namentlicher Abstimmung sogar gegen die direkte Wahl!

Hätte das Zentrum im letzten Falle für die direkte Wahl gestimmt, so wäre dieser Antrag mit starker Mehrheit angenommen worden!

Aber die agrarisch-reaktionäre Mehrheit des Zentrums stimmte auch im Plenum gegen diesen Verbesserungsantrag! Die ultramontanen Arbeitervertreter freilich stimmten im Gegensatz zu der agrarisch-bäuerlichen Zentrumsmajorität für die direkte Wahl! Ein eklatanter Beweis dafür, daß diese von Arbeitern gewählten Zentrumsabgeordneten die Taktik des Zentrums für ebenso falsch und perfid halten wie die Sozialdemokratie!

Geistäupt.

Die Taten des Herrn v. Jagow erfuhren in der gestrigen Sitzung des Reichstages die gebührende Kritik. Herr Dr. Delbrück, der Staatssekretär des Innern, hatte sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation unserer Genossen bereit gefunden. Vielleicht, daß er hoffte, die Verhandlungen im Reichstage würden geringere Aufmerksamkeit finden, wenn gleichzeitig im preussischen Privilegienparlament die zweite Lesung des Schandgesetzes das politische Interesse gefangen nimmt. Und in der Tat, die Unmenge von Agitationsmaterial, das uns die Regierung und die herrschenden Parteien so massenhaft darbieten, ist in der letzten Zeit manchmal nicht ganz leicht zu bewältigen. Trotzdem glauben wir nicht, daß die bedeutsame Debatte, die gestern im Reichstage stattfand, an Wirkung einbüßen wird. Denn die scharfen Anklagereden, in denen die Genossen Ledebour und Heine das System Jagow und das System Bethmann Hollweg einer vernichtenden Kritik unterzogen, sprechen aus, was nicht nur Millionen von Arbeitern, sondern auch weite bürgerliche Schichten über die Brutalität und Gesekwidrigkeit denken, mit denen die Herrschenden dem Volke antworten, das endlich sein Recht heischt.

In der Begründung der Interpellation führte Ledebour den zwingenden Nachweis, daß das Verbot der Versammlung unter freiem Himmel in Berlin jeder gesetzlichen Unterlage entbehrt. Das Verbot der Wahlrechtsprozesse vollends sei reine Polizeiwillkür, die mit Recht und Gesetz gar nichts zu tun habe, sondern Dienstleistungen für die Konservativen und die Junker darstelle. In den gesetzwidrigen Verboten komme dann das empörende und brutale Verhalten der Polizei. Hier gab Ledebour als Augenzeuge der Reiterattaken im Tiergarten eine lebendige Schilderung der Uebergriffe, die da begangen wurden.

Die leidenschaftliche Empörung des Redners machte auf das Haus starken Eindruck. Die Konservativen, die gewohnheitsmäßigen Störenfriede der Reichstagsverhandlungen, hielten auch diese Gelegenheit für passend, um in ihr bekanntes künstliches Ge-

wieher auszubringen. Besonders der Führer des Schnapsblocks in dem Steuerabzug, der Graf Westarp, tat sich hervor. Doch Ledebour machte mit den Herren kurzen Prozeß. Ihr Benehmen ist schamlos, rief er ihnen zu. Und als der Präsident fragte, ob damit Mitglieder des Hauses gemeint sein sollen, erklärte Ledebour nachdrücklich, daß damit die Herren von der Rechten gekennzeichnet seien, die zu laßen wagten, wenn vom Polizeibrutalität gegen Frauen und Kinder die Rede sei. Starke Beifall der Sozialdemokraten und ein Ordnungsruf des Präsidenten unterstrich diese Ausführung. Die Konservativen aber benahmen sich später etwas unständiger. Spätere Versuche vom Präsidenten, die sozialdemokratische Kritik einzuschränken, wurden schlagfertig zurückgewiesen.

Nachdem Ledebour die lächerlichen Rechtfertigungsversuche des Polizeipräsidenten zurückgewiesen, hielt er der Regierung an dem Beispiel des österreichischen Ministerpräsidenten Ved einen Spiegel ihrer Nützlichkeit vor und erklärte mit allem Nachdruck, daß keine Gewaltmaßregeln der Reaktion die Sozialdemokratie daran hindern könne, den Wahlrechtskampf bis zum siegreichen Ende fortzusetzen.

Herr Dr. Delbrück, der nun zu Worte kam, beschränkte sich auf einige Entschuldigungen. Die brutale Offenheit und herausfordernde Arroganz, mit der das preussische System vor seinem Privilegienlandtag aufzutreten wagt, kann er natürlich im Reichstage nicht an den Tag zu legen wagen. Hier gilt mehr die Politik der Hinterhältigkeit, der scheinbar entgegenkommenden Versprechungen, hinter denen doch dieselbe reaktionäre Praxis lauert. Ein Probestück dieser Politik hat ja der jetzige Reichskanzler selbst bei der Beratung des Vereinsgesetzes geliefert. Herr Delbrück zeigte sich also sehr friedlich. Auf die Gefeklichkeit des Verbotes selbst ging er nicht ein und riet, das Ergebnis des Verwaltungsfreiverfahrens abzuwarten. Auch gab er zu, daß die Polizei nervös geworden sei. Nur wollte er nicht Wort haben, daß die verletzten Dispositionen der Polizeileitung daran allein die Schuld tragen. Es ist nur selbstverständlich, daß der konservative Herr v. Richtigofen und der Reichsparerler v. Dirlfen sich ganz auf den Standpunkt der Regierung stellten und zugleich die Gelegenheit benutzten, die Hejereien der konservativen Presse von der Tribüne des Reichstages herab zu wiederholen. Das Geschäfter, mit dem unsere Genossen diese Ausführungen begleiteten, ist wohl genügende Antwort.

Dagegen ist es sehr interessant für die Schnelligkeit, mit der das Zentrum sich zu den volksfeindlichen konservativen Anschauungen bekehrt hat, daß Herr Freiherr v. Hertling der Regierung und dem Herrn v. Jagow zu Hilfe eilte und dabei eine so reaktionäre Auslegung des Versammlungsgesetzes produzierte, daß danach Versammlungen unter freiem Himmel überhaupt nie stattfinden dürften. Das tut der Vertreter derselben Partei, der das Versammlungsgesetz, als es zur Beratung stand, lange nicht freihütlich genug war, und die die Liberalen nicht genug höhnen konnte, weil diese die „Blodfrucht“ als Fortschritt anpriesen. Rascher hat noch nie eine Partei so alles gesegnet, was sie noch vor kurzer Zeit verflucht hat. Derselbe Zug und Zug wie bei der Wahlreform offenbarte sich auch in dem Verhalten des Zentrums in der heutigen Debatte. Herr v. Hertling war viel reaktionärer als selbst der nationalliberale Junker, der die Verteidigung Jagows durch den Staatssekretär für nicht ausreichend erklärte und auch die Disziplin der Demonstranten unumwunden anerkannte. Freilich wurde er dann sofort wieder unumwollend und besagte, daß überhaupt interpelliert wurde.

Der Abgeordnete Heine, der als zweiter sozialdemokratischer Redner zu Worte kam, gepflichtete erbarmungslos die Argumente, mit denen Herr Delbrück das Verhalten des Herrn v. Jagow zu beschönigen versucht hatte. Falls das „subjektive Ermessen“ jedes Polizeimannes wirklich eine solche Rolle bei der Handhabung des Vereinsgesetzes spielen dürfe, wie dies Herr Delbrück behauptete, dann gäbe es kein miserableres Gesetz. Er wies dann die Zumutung energisch zurück, das schwebende Rechtsverfahren abzuwarten. Die Justiz habe das Gesetz und den Gesetzgeber, den Reichstag, zu respektieren und nicht umgekehrt! Was wir stets gesagt haben, daß die Versprechungen des jetzigen Reichskanzlers, das neue Vereinsgesetz werde nicht heimlich gehandhabt werden, nicht ernst zu nehmen seien, sei jetzt zwingend bewiesen. Mit höhnischen Worten tat Heine die konservativen Hejereien ab und gab dann dem Herrn v. Jagow eine Lektion über Rechte und Pflichten der Polizei. Eine Polizei, die ohne gerechtfertigten Anlaß von den Waffen Gebrauch mache, begehe ein Verbrechen und werde zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Nicht das musterhafte Verhalten der Demonstranten, sondern einzig und allein die Polizei habe die Schuld daran, daß es nicht überall ruhig und friedlich hergegangen sei.

Die Sozialdemokratie behielt das letzte Wort: nach dem Abgeordneten Heine wurde die Debatte geschlossen.

Nach Erledigung der sozialdemokratischen Interpellation wegen des Treptower Versammlungsverbotes kam ein Antrag des Genossen Wed zur Verhandlung, ihm den Verzicht auf sein Immunitätsrecht zu gestatten in einem Prozeß, der den Namen Astlochguckerprozeß im Volksmunde erhalten hat. Es handelt sich da um die Klage jenes badiſchen Pfarrers, der angeblich dabei ertröpft wurde, als er sich damit ergötzte, durch ein Astloch in ein Damenbad zu gucken. Genosse Wed hatte diesen Vorgang während des Wahlkampfes in einer Zeitung humoristisch behandelt und war deshalb mißamt dem Redakteur von dem Pfarrer, einem badiſchen Landtagsabgeordneten, verklagt worden. Wed war in erster Instanz freigesprochen; der Pfarrer hatte Berufung eingelegt. Da die Verhandlung in die Reichstagsſession hineinsiel, hatte Wed keine

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Immunität als Abgeordneter geltend gemacht. Nun behauptete die Zentrumspresse beharrlich, das sei geschehen, um dem Pfarrer es unmöglich zu machen, sich durch den Wahrheitsbeweis von dem Verdacht zu reinigen. Deshalb hatte Ged die Genehmigung des Reichstags zu seinem Erscheinen in dem Prozeß beantragt. Da der Termin in die Osterferien fällt, genehmigte der Reichstag schließlich den Antrag.

Dann wurde der Postetat zu Ende beraten. Dabei kam es zu erregten Szenen bei der Abstimmung über die Ostmarkenzulage. Wie alljährlich stimmten Sozialdemokraten, Zentrum und Freisinnige dagegen! Nun schlossen sich diesmal auch einige Freisinnige an. So wurde die Abstimmung zweifelhaft, und es mußte deshalb der sogenannte Hammersprung stattfinden. Dabei stellte sich eine knappe Mehrheit für die Ablehnung heraus, gleichzeitig aber auch die Beschlußunfähigkeit des des Hauses. Die Abstimmung soll am Dienstag wiederholt werden.

In einer zweiten, eine Viertelstunde später einberufenen Sitzung wurde der Postetat zu Ende gebracht. Dabei beauftragte Genosse Albrecht sehr eindringlich, daß die Postverwaltung bei den Lieferungsverträgen künftig auch darauf dringen müsse, daß den Arbeitern bessere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen zugesichert würden. Von anderen Seiten wurden wieder mehrere Mißstände aus der Verwaltungspraxis angeführt. Um 8 Uhr kam der Postetat und damit die Sitzung zum Abschluß.

Die Mannesmannerei.

Die Budgetkommission des Reichstags erledigte am Freitag die Mannesmann-Affäre. Staatssekretär v. Schoen gab im Namen des Reichstanzlers folgende

Erklärung

ab: „Das auswärtige Amt hält an der Rechtsauffassung fest, die seiner Behandlung der deutschen Bergwerksinteressen in Marokko zu Grunde lag.

Diesen Interessen wird innerhalb des durch die internationalen Verträge und Abmachungen gegebenen Rahmens um so nachdrücklicher Schutz und Förderung gewährt werden können, je mehr die deutschen Interessenten mit der Reichsregierung bei deren weiteren Bemühungen Hand in Hand gehen.“

Abg. Dietrich, ebenso Freiherr v. Hertling, der jetzt erst — am dritten Tage — für das Zentrum redete, ist von der rechtlichen Unhaltbarkeit der Mannesmannschen Forderung überzeugt. Wenn — so führte v. Hertling aus — früher im Plenum von Marokko die Rede war, so wurde von allen Parteien betont, daß wir Marokko wegen doch keinen Krieg führen würden! Nun, wo es sich um Mannesmann handelt, würde das auswärtige Amt es erst recht nicht auf Neugierde haben ankommen lassen dürfen.

Genosse David legte dar: Die Ausführungen Hertlings seien interessant, aber auch überaus gewöhnlich, indem sie mit früheren Ausführungen von Zentrumrednern im Plenum im Widerspruch ständen. Er sehe im wesentlichen auf demselben Standpunkt und er bestreite, daß die Gebrüder Mannesmann sich auf einen auch nur halbwegs haltbaren Rechtstitel berufen könnten. Die Gutachter hätten nicht immer alle Umstände richtig gewürdigt, auch wären sie nicht immer richtig informiert gewesen. Das wies unser Redner im einzelnen nach.

Im Laufe der weiteren langen Debatte erklärte Liebermann v. Sonnenburg, daß er seine (in unserem getrigen Bericht mitgeteilte) Resolution zurückziehe. Eine von den Nationalliberalen eingebrachte neue Resolution, die im wesentlichen denselben Gedankengang enthielt, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Der Berichterstatter erhielt den Auftrag, im Plenum des Reichstags einen besondern mündlichen Bericht über diese Verhandlungen in der Kommission zu erstatten.

Der Geheimfonds. — Arbeiterentlassungen auf der Kieler Werft.

Kunmehr trat die Budgetkommission in die Staatsberatung selber ein, mit der sie allerdings nicht weit kam, denn beim Titel: „Zu geheimen Ausgaben“ stockte der Bewilligungsbefehl, weil hier statt wie bisher 1 Million 1 300 000 M. gefordert werden!

In der für vertraulich erklärten Besprechung gab Staatssekretär von Schoen dazu einige Auskünfte, und die Verhandlung wurde dann am Sonnabend 10 Uhr vertagt.

Kurz vor Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende v. Camp die Mitteilung, daß eine heutige Zeitung (der „Vorwärts“) die Redaktion heute die Nachricht gebracht habe, daß auf der Kieler Werft 500 bis 600 Arbeitern gekündigt worden sei mit der Begründung: daß die Budgetkommission größere Abstriche bei den Posten „Indiensthaltung“ und „Instandsetzung“ gemacht habe. Sei diese Begründung wirklich gegeben worden, so müsse er namens der Budgetkommission dagegen protestieren, er wolle feststellen, daß an dem genannten Posten allerdings 700 000 Mark gestrichen seien, aber der dann noch verbleibende Betrag sei trotzdem noch um eine Million höher als für dieses Jahr. Die Marineverwaltung könne der bewilligten Gelder wegen sogar mehr Arbeiter beschäftigen!

Die „Begründung“ für die Arbeiterentlassungen in Kiel ist eine starke Bräuterei des Reichstags, und es ist das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März 1910.

Neue Opfer.

Die Justiz läßt nicht locker, bevor sie nicht jeden einzelnen der Mannfelder Klassenkämpfer, dem eine Sünde oder ein Sündchen gegen die Gesetze des Polizeistaates vorgeworfen wird, der „gerechten“ Strafe zugeführt hat. Diese gerechte Strafe besteht nur noch in Freiheitsentziehung. Die Eisleberer Strafkammer sprach es selbst aus, daß unter anderen Umständen auf Geldstrafe erkannt werden könnte, die „eigentümlichen Verhältnisse“ (der Streik!) erforderten jedoch Gefängnisstrafe. Diese Begründung wurde in dem Falle eines Bahnarbeiters gebraucht, der mit Bezug auf etliche Soldaten „Hammer“ gesagt haben soll. Er erhielt fünf Tage Gefängnis. — Fünf Vergleute sollten sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie einen Arbeitswilligen „Spieghuten kaufen“ ließen, das heißt, sie sollen

ihn gestohlen und geschuldt haben. Das wird als Anwendung körperlichen Zwanges im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung aufgefaßt. Zwei von den angeklagten Attentätern muß der Arbeitswillige selbst in Schutz nehmen als Zeuge. Einer von ihnen war Ordnungsmann des Bergarbeiterverbandes, er hat den Arbeitswilligen geschuldt, auch ist gegen ihn kein Strafverfahren gestellt worden, trotzdem beantragte der Staatsanwalt Albrecht aus Halle gegen ihn einen Monat Gefängnis! Er wurde mit dem zweiten nichtbelasteten Bergmann freigesprochen. Zwei erlitten je einen Monat, der dritte 15 Tage Gefängnis. — Ein Bergmann hat zu einem Arbeitswilligen das Wort „Fiel“ gesagt, ein Ausdruck, der im Mansfeldischen sehr häufig ist und den kaum jemand krumm nimmt. Der Arbeitswillige jedoch, der auch noch von einer Menge umringt worden sein will, fühlte sich durch ihn beleidigt. Der Sinder erhielt einen Monat Gefängnis! — Ein anderer Bergmann wurde auf das recht unsichere Zeugnis eines Arbeitswilligen hin, der schon oft in Streikprozessen als Belastungszeuge aufgetreten ist und auch schon rektifiziert wurde, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Arbeitswillige wollte von ihm an die Mühle gepackt worden sein. Der Entlastungszeuge schien dem Gericht nicht glaubwürdig. — Schließlich kam ein Bergmann vor, der zu einer Gruppe von Arbeitswilligen gesagt hat: „Ihr Krepel!“ Eins von den nützlichsten Elementen schloß sich beleidigt und stellte Strafentwurf, auch wurde von dem Arbeitswilligen behauptet, daß der Angeklagte Kinder ermuntert haben soll, sie zu belästigen. Seinem Zeugnis wurde unbedingt Glaubwürdigkeit beigegeben, der Angeklagte soll sechs Wochen ins Gefängnis wandern.

Das sind wieder mehr als sechs Monate Gefängnis gegen Mansfelder Bergarbeiter. Damit ist aber immer noch nicht Schluß in den Prozessen. Ein Landfriedensbruchprozeß kleineren Umfangs steht noch aus. Die Justiz läßt es also an Aufklärung unter den ehemals reichstreuen Knappen nicht fehlen.

Ein konservatives Reichstagsmandat kassiert.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstags erklärte die Wahl des Abg. Genning (Kons.) wegen amtlicher Wahlbeeinflussung für ungültig! Genning ist gewählt im Kreise Kalau-Ludau (Regierungsbezirk Frankfurt a. O.); er erhielt 1907 15 346 Stimmen, während die Sozialdemokraten 9069 und die Freisinnigen 5296 Stimmen erhielten.

Preussische Landtagsnachwahl.

Bei der Landtagsnachwahl in Guben-Sorau-Forst, die infolge Todes des nationalliberalen Abg. König notwendig wurde, siegte der Nationalliberale Schmidt, der konservative Gegenkandidat erhielt circa 80 Stimmen weniger. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung.

Wer haftet für polizeiliche Handhabler?

Die Gemeindeformation des preussischen Abgeordnetenhauses hatte sich mit der aktuellen Frage der städtischen Gastpflicht bei Straßenkravallen zu befassen.

Die Petition der Stadt Breslau, welche die Abänderung des Gesetzes betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Ausläufen verursachten Schadens dahin beantragte, daß diese Verpflichtung dann nicht gegeben sein sollte, wenn in einer Stadtgemeinde die Polizei in der Hand des Staates liegt oder wenn der Schaden auf die Schuld der Polizeibehörde zurückzuführen sei, wurde von der Gemeindeformation des Abgeordnetenhauses dahin erledigt, daß beschlossen wurde, Uebergang zur Tagesordnung zu beantragen. Maßgebend war wesentlich die Erwägung, daß die Allgemeinverpflichtung der Gemeinde auf dem altdeutschen Prinzip der Gesamthaftung der Genossenschaft für den einem Genossen entstandenen Schaden beruhe; dieses Prinzip habe mit dem Unterchiede, ob staatliche oder Gemeindepolizei vorhanden sei, nichts zu tun. Im übrigen gebe es staatliche Polizei nicht bloß in Stadtgemeinden, sondern auch in Landgemeinden. Diese Landgemeinden würden im Falle der Verursachung der Petition ohne Grund ungünstiger behandelt als Stadtgemeinden mit staatlicher Polizei. Ferner wären die Gemeinden gegen Haftung für Schäden, der durch einen staatlichen Beamten entstanden sei, durch das neue Gesetz von 1909, betreffend die Haftung des Staates für den durch seine Beamten verursachten Schaden, geschützt. Endlich würde es kaum jemals möglich sein, ein Verschulden einer Behörde an einem bei einem Auslauf entstandenen Schaden sicher festzustellen. . . .

Oesterreich.

Kein Zwischenruf.

Wien, 11. März. Abgeordnetenshaus. In einer tatsächlichen Entscheidung wendete sich der Abgeordnete Rall gegen den Vizepräsidenten Bernerstorfer, welcher während der Rede des Sozialisten Renner den Zwischenruf gemacht habe, er pfeife auf die Habsburger und die Hohenzollern. Der Präsident Dr. Patai erklärte demgegenüber, er habe aus dem stenographischen Protokoll gesehen, daß obiger Zwischenruf nicht gefallen sei. Er nehme daher an, daß sich der Abgeordnete Rall im Irrtum befinde.

Frankreich.

Die Veruntreuungen des Duez.

Paris, 11. März. Der Liquidator Duez hat dem Untersuchungsrichter gestanden, daß er dem Liquidator Imbert, dessen Sekretär er vor Jahren gewesen ist, 500 000 Frank veruntreut habe, um Verluste zu decken, die er durch unglückliche Börsenspekulationen erlitten hatte. Er habe die Veruntreuungen durch Fälschungen verheimlichen können. Da er der Nachfolger Imberts geworden, sei es ihm ein Leichtes gewesen, die Entdeckung des Verbrechens zu verhindern. Der Untersuchungsrichter entsandte auch einen Polizeibeamten in die Wohnung einer Frau, zu der Duez seit Jahren Beziehungen unterhielt. Der Polizeibeamte stellte fest, daß die Frau Schmuckgegenstände, Staatspapiere im Werte von mehr als 200 000 Frank und beträchtliche Bankeinlagen besitze. Die Frau erklärte, alles schon besessen zu haben, bevor sie die Reliquien Duez gemacht habe.

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beschl.)

Abg. v. Rittshofen (Kons.): Eigentlich wollten wir uns an der Besprechung der Interpellation nicht beteiligen. (Was bei den Sozialdemokraten.) Wir haben uns dann aber doch zur Teilnahme entschlossen, weil man uns nicht nachsagen soll, daß wir uns vor der Öffentlichkeit fürchten. Wir brauchen uns nicht zu fürchten; wir haben eine gute Sache. (Brauendes Gelächter links.) Der Polizeipräsident hatte durchaus Veranlassung zu dem Verbot. Am 13. Februar hat man ungeschickliche Reden im Humboldtthain gehalten. (Huhu-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Der Polizeipräsident hatte recht mit der Annahme, daß die Rufe gestört werden würde, denn im „Vorwärts“ stand zu lesen: „Keine Rufe, bis das gleiche Wahlerdt erlangt worden ist.“ (Laute Jurufe bei den Sozialdemokraten: Eine solche Beweisführung!) Der Redakteur des „Vorwärts“ hat öffentlich zum Angehörigen gegen die Gesetze aufgefodert. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Frankfurt a. M. hat man die

Polizisten mißhandelt; in Berlin hat man das rote Banner vor dem Reichstage entfaltete. Ist das nicht auferregend, ist das nicht revolutionär! (Minutenlange Heiterkeit und Huhu-Rufe bei den Sozialdemokraten.) Die Polizei hat sich äußerst vernünftig und angemessen betragen. (Stürmische Zustimmung rechts; lauter Widerspruch links.) Ich spreche hier unsere höchste Anerkennung aus. (Lautes Lachen links.) Wegen die ungeschicklichen StraßenDemonstrationen müssen noch schärfere Mittel angewandt werden! (Bravo! rechts; lautes Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Fortf.) (Fp.): Wie die Zeiten sich doch ändern! (Große Heiterkeit.) Wer hätte das gedacht, daß Herr v. Hertling schon so bald eine so „Mannesmannische“ Rede über das Reichsvereinsgesetz halten würde! (Lebhaftes Gekuck! links.) Ich möchte ihm zurufen: Mensch, wie hast Du dich verändert! (Stürmische Heiterkeit.) Gegen völlig harmlose Leute ist am Sonntag die Polizei höchst brutal vorgegangen. (Lebhaftes Zustimmung links.) Die Vorgänge am Sonntag zeigen wieder, was eine rücksichtslose Bureaukratie und Polizei aus einem an sich guten Gesetze machen kann. Als wir das Reichsvereinsgesetz schufen, wollten wir gerade verhindern, daß solche Verbote erlassen werden können. Eine ganze Reihe bürgerlicher Abgeordneter können aus dem Augenschein bezeugen, daß die Demonstrationen im Tiergarten eine musterhafte Haltung eingenommen haben. (Lebhaftes Gekuck! links.) Bei den Sozialdemokraten; höhnische Ironie und Genier rechts.) Wir geben dies unser Zeugnis gern ab, obwohl es sich um unsere politischen Gegner handelt. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.) — Es gibt eine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Berlin, und das ist das System Inggw! (Stürmische Gekuck! und Beifall links.) An beide Teile richten wir die Mahnung zur Ruhe und Besinnung! Es ist leider nicht zu verkennen, daß sich bei solchen Demonstrationen oftmals Janhagel einmischt (Widerspruch und Jurufe bei den Sozialdemokraten) — ja, wohl, Kollege Hue —, dessen Taten dann dem Scharfmachertum gewünschten Vorwand zu reaktionären Maßregeln im Sinne der Umsturzvorlage geben würden. An die Behörden aber richte ich die Anforderung, das Reichsvereinsgesetz freibeitlich und sinngemäß und nicht so anzuwenden, daß alle freihellen Kreise daran Anstoß nehmen. (Lebhafter Beifall bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. v. Dirlen (Sp.): Ich hätte es für verständlich gehalten, wenn die bürgerlichen Parteien hier eine Interpellation eingebracht hätten, was die Regierung gegen die Straßendemonstrationen zu tun gedenkt. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten; brüllendes Bravo! rechts.) Daß aber die Sozialdemokratie die Unbefreiheit bestreite, hier zu interpellieren, hätte ich nicht gedacht, wenn ich auch an ein großes Maß von Unverfrorenheit gewöhnt bin. (Stürmische Jurufe bei den Sozialdemokraten. Rufe: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Noch längerem Jögern lautet

Vizepräsident Dr. Spahn: Sie dürfen den Ausdruck „Unverfrorenheit“ nicht auf Mitglieder des Hauses anwenden.

Abg. v. Dirlen (fortf.): Dann will ich sagen „Unbefreiheit“. Ich habe mich einigermassen gewundert, daß die Regierung die Interpellation überhaupt und noch dazu so schnell beantwortet hat. (Lebhaftes Zustimmung rechts.)

Eigentlich hatten wir vor, und an der Debatte nicht zu beteiligen. Da aber andere Parteien gesprochen haben, will auch ich ein paar Ausführungen machen. Ich gebe zu, daß es bei den Demonstrationen vom 13. Februar so ziemlich ruhig und anständig berging. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber es gibt immer Janhagel, über den auch die Ordner keine Gewalt haben. Dann bringt der Redner die bekannten freikonserativen Scharfmacherphrasen vor.

Abg. v. Garlinoff (Volk) (größtenteils unverständlich) tadelt das Verhalten der Polizei.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Gg.) und Abg. Werner (Ant.) geben „Erklärungen“ ab, die in ein paar Duhnen Schimpfwörtern gegen die Sozialdemokratie bestehen.

Abg. Heine (Soz.):

Wenn es jemals eine Veranlassung zu einer Interpellation gab, so diesmal. (Abg. Webel: Gekuck! richtig! Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um Vorgänge, an denen das ganze Reich, ja, die ganze Welt Anteil nehmen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm und Lachen rechts.) Sie (nach rechts) lesen wohl nur Ihre „Kreuz-Zeitung“ und Ihren „Reichsboten“ und werfen keinen Blick in Blätter des Auslandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sonst würden Sie wissen, daß wieder einmal die ganze Welt über Deutschland lacht. (Lachen rechts, Lebhaftes Gekuck! und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In der Tat: Es ist, wie mir hier einer meiner Freunde zuruft, ein Gegenstück zur Köpenickade. (Heiterkeit und Gekuck! links.)

Man verweist uns auf das gerichtliche Verfahren. Das kennen wir. Als im vorigen Herbst Erbschaft in Koblenz war, da wurden alle sozialdemokratischen und liberalen Versammlungen unter freiem Himmel in diesem Wahlkreis verboten. (Hört! hört!) weil sonst die katholische Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten aufgereizt würde. (Lebhaftes Gekuck! links.) Wir trauten den sieben guten Katholiken gar nicht solche Reizung zu Gewalttätigkeiten zu (Lebhaftes Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und beantragten gerichtliche Entscheidung, schlugen also den Weg ein, auf den uns der Staatssekretär eben verwiesen hat. Das Verfahren schwebt (Heiterkeit), schwebt wie der Geist Gottes über den Wasser (Jurufe im Zentrum. Gekuck! bei den Sozialdemokraten), es schwebt, und wenn wir die nötige Geduld haben, werden wir auch noch die Entscheidung erleben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Soll man im Ernst einer um ihre politischen Rechte ringenden Partei, einer Partei, die in ungeheurerlicher Weise um ihre Rechte geprellt worden soll, zumuten, 1 Jahr oder 1½ Jahre zu warten, bis der Instanzengang zu Ende ist und inzwischen das Maul zu halten? Nein, für so dumme müssen Sie uns nicht halten, das kann ernsthaft niemand meinen. Wenn man uns auf den Instanzengang verweist, so will man die Sache einfach verdrängen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und gibt es denn hier eine höhere Instanz als den Reichstag? Der Reichstag hat das Gesetz gegeben, und wenn er gesprochen hat, — und zum Teil hat er ja schon gesprochen — so hat das Oberverwaltungsgericht sich danach zu richten und nicht umgekehrt. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Rufe rechts: Unabhängige Richter!) Zunächst, unabhängige Richter, aber Sie haben sich zu richten nach dem Gesetz und nach dem, was der Gesetzgeber gewollt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was Gesetz ist, lassen wir uns nicht durch Juristenkunststücke hinausinterpretieren.

Ueber die Haltung des Zentrums habe ich mich nicht gewundert. Herr Dr. Müller-Reinigen hat schon an unseren gemeinsamen Kampf mit dem Zentrum gegen die Liberalen für ein freies Vereinsrecht erinnert. Trotzdem habe ich mich über das Zentrum nicht gewundert. Der Fall von Koblenz-St. Goar zeigt ja, daß es große Gebiete gibt, wo die Zentrumspartei unbedingt herrscht auch über alle Saalbesitzer, und daß alle anderen Parteien dort Versammlungen nicht anders als unter freiem Himmel abhalten können. Die Zentrumspartei braucht auch nicht in dem Maße Versammlungsorte, wie wir. Denn ihr sieht ja jeden Sonntag ein Lokal zu Gebot, so groß und geräumig, wie wir es uns nur wünschen könnten. (Heiterkeit.) Und sie pflegt es auch zu benutzen und an jedem Sonntag ihren Wählern zu sagen wo der Teufel sitzt und daß sie für den Teufel nicht stimmen sollen. (Große Heiterkeit.) Wenn einer für das Vereinsgesetz verantwortlich ist, so ist es der jetzige Reichstanzler. (Lebhaftes Gekuck! richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn hier von diesem Plage aus hat er als Staatssekretär des Innern das Vereinsgesetz vertreten. Er hat mit uns in der Kommission gesessen, und ich erinnere mich recht lebhaft seiner liberal-schillernden Erklärungen, durch die er die Öffentlichkeit für sein Gesetz zu gewinnen suchte. Haben Sie Vertrauen zur Regierung, das Gesetz wird nicht kleinlich ausgelegt werden.

sondern weithersig und liberal." Wohl ein dundendmal hat er das versichert. Daher war es angebracht, ihm zu zeigen, daß das Gesetz jetzt so ausgelegt wird, wie die Gegner es damals vorausgesetzt haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was der Vertreter des Reichstanzlers gesagt hat, waren dieselben unklaren schillernden Redensarten, hier ein bißchen kongebieren, da ein bißchen kongebieren, den Berg waschen, ohne ihn nachzumachen und dann schließlich kam: wartet, wartet, wartet! Wir haben das so oft gehört, wir haben es nie geglaubt, aber möglicherweise hören jetzt auch andere Leute auf zu glauben, was vom Ministerliche aus gesagt wird. Der Staatssekretär hat erklärt, in dem Gesetze, welches ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel nur dann gestattet, wenn die öffentliche Sicherheit gefährdet sei, läge ein stark subjektives Moment, und es wäre sehr abhängig von der Persönlichkeit, welche das Gesetz ausführt. Wenn dem so wäre, wäre es das miserabelste Gesetz. Ich gebe ja zu, daß auch das beste Gesetz schlecht angewendet werden kann. Aber zum Beispiel zu machen, daß das persönliche Moment, das subjektive Ermessen oder, wie der Staatssekretär sagte, der Laft, und das Temperament des Betreffenden entscheiden, müssen wir ganz entschieden widersprechen. Von Temperament haben wir ja etwas bemerkt, wenn auch nicht gerade von einem folgerichtigen. Aber von Laft war auch nicht das allergeringste zu bemerken. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Die Absicht einer politischen Demonstration sei also nicht maßgebend, um sie für ungesetzlich zu erklären, sagte der Staatssekretär. Das akzeptieren wir, wie wir überhaupt sehr gern vieles akzeptieren, was hier gesagt wird. Wenn es nur in der Praxis lokal angewendet würde, dann mühten uns sicher zum nächstenmal die Versammlungen g e n e r n i g t werden. Weiter wurde gesagt, die besonderen Verhältnisse und besonderen örtlichen Verhältnisse sollen maßgebend sein, ob eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten sei. Ganz unsere Meinung! Was für besondere Verhältnisse aber haben wir denn hier? Der Abg. Müller-Reinigen hat schon ausgeführt, wie geräumig der Trepower Park ist; ich füge noch hinzu, daß keine einzige Verkehrsader durch ihn hindurchführt, sondern alle um ihn herum. Es bestand also gar keine Gefahr, daß irgendwelches unbeteiligte Publikum wider seinen Willen in die Versammlung hineingezogen wurde. Und wenn es wirklich dort zu einem blutigen Aufstand gekommen wäre, wie mancher fürchtete, so hätte die rote Pluttwelle sich nicht weit ausbreiten können, nur bis an die Ringbahn. Wenn wir eine Revolution machen wollen, so würden wir doch nicht so dumm sein, nach Trepow hinauszuziehen, wo die Familien Kaiser lochen. (Weiterkeit.) Wo wir vom Sitz unseres politischen Lebens abgeschnitten sind, wohin eine einzige Straße hinausführt, auf der ein einziger Zug mit Maschinengehehen Hunderttausende hindern kann, nach Berlin zu kommen. Ein solches Maß von Strategie mag den Fähigkeiten des Herrn v. Jagow entsprechen, nicht unseren. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und nun die besonderen Verhältnisse der Berliner Bevölkerung. Gerade die Länge vom 13. Februar haben bewiesen, daß eine große Volksmenge sich durch die Straßen bewegen kann, ohne jede Störung für den Verkehr, sorgsam wurde eine Seite für den Verkehr freigelassen, die Straßenbahnen konnten frei verkehren, während die Menge sich durch die Straßen wälzte, mal ein Lied singend oder ein Hoch ausbringend, ohne irgend jemanden zu stören. Ebenso durch den Verlauf des 13. Februar ist durch den Sonntag selbst der Verkehr geführt, daß durch die Menge, durch den Auszug, der Verkehr nicht gestört wurde. Der Staatssekretär ist ja selbst in den Tiergarten gekommen, auch ich bin dort gewesen und kann sagen, daß ja dort, wo die feingepulsten Spaziergänger waren, Damen mit Miesenhüten, Herren desgleichen (Weiterkeit), Kinderwagen mit Babymagen, mit überflüssigem Wabluxus, daß auch dort, wo man es doch vielleicht am ehesten erwarten könnte, kein politisches Wort gefallen ist. Es war geradezu rührend, wie meine Parteigenossen, wenn eine feingepulchte Kinderpflegerin kam, riefen: **Platz, es kommen Kinder!**

nie den Damen und Herren ausweichen und Platz gemacht wurde. Und ich habe wissenschaftliche Spaziergänger aus anderen Schichten gesehen, aber keinen der Vorgesetzten vertragen hätte. Sie sind umhergegangen, teilweise mit dem Gefühl der Reugierde, teilweise mit dem einer gewissen Befriedigung, ein großer Teil auch angeleitet von der Vegetation der Massen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber geängstigt hat sich keiner. Dr. Müller-Reinigen meinte, es wäre doch möglich, daß bei solchen Veranstaltungen ein gefährlicher Janhagel sich anschleße. Ich habe davon nichts bemerkt. Ich besuche seit 25 Jahren sozialdemokratische Versammlungen, habe aber noch nie gemerkt, daß ein Janhagel sich an sie anschleßt. (Lachen rechts.) Bemerkte habe ich Janhagel bei anderen Versammlungen, bei antisemitischen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Jurist! bei Paraden!) Jawohl, bei Paraden und ähnlichen patriotischen Gelegenheiten! Die Sozialdemokratie aber weiß sich solcher Elemente zu erwehren. Der einzige Unruhe, den ich bemerkt habe, war ein Herr, der von einem Schuhmannspferde getreten war, und sich in unmutigen Expletationen darüber erging. Aber er wurde von meinen Parteigenossen beunruhigt, die ihm sagten: Mann, Sie wissen gar nicht, was Sie für eine Verantwortung auf sich laden, wenn Sie noch weitere Redensarten machen. Und darauf ging der Mann ruhig nach Hause. Unsere Genossen wissen eben, welche Verantwortung sie haben, und haben bewiesen, daß irgendwelche Befürchtung für die öffentliche Sicherheit durch sie grundlos ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Natürlich war der Spaziergang im Tiergarten ein Protest gegen das Versammlungsverbot und gegen das Verbot des Spaziergangs in Trepow, und natürlich waren die Massen erregt, als sie in Trepow gesehen waren. Trotzdem ist nichts passiert. Trotzdem hat die Erregung sich nicht in Störung der öffentlichen Ordnung Luft gemacht. Wo das der Fall war, ist es lediglich durch die Polizei geschehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Dieser Spaziergang war eine politische Demonstration, das sagen wir ganz offen, wir spielen kein Versteck. Es war eine politische Demonstration in vollkommen gesetzlicher Form, indem man die Alleen des Tiergartens für den Zweck benutzte, für den sie da sind, zum Spazierengehen, für den Verkehr, wie der Polizeipräsident sagte, als er den Verkehr hindern wollte. Solche Demonstrationen sind völlig legal und zeigen nicht zu Gewalttaten an. Wir wissen sehr gut, daß im ganzen Deutschen Reich kein Mensch ein Interesse an gewaltsamen Zusammenstößen hat, als die Reaktionen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn man die reaktionäre Presse liest, die Heße an die Adresse der Polizei, loszuhalten, da merkt man, daß der Mund überläuft, wenn das Herz voll ist, da zeigt sich die blutdürstige Phantasie und da veratet sich die gebrühten Wünsche der Herren. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie will solche Gewalttaten nicht, wohl aber hat sie das Bedürfnis, sich auszusprechen und ihre Enttäuschung kundzugeben. Nicht, daß wir dächten, die Herren würden dadurch belehrt werden — eine solche Meinung haben wir von ihrer Intelligenz nicht. Wir wissen, sie werden böckig und stöckig bleiben (Weiterkeit) und sehr gut bei den Sozialdemokraten mit Begeisterung und Intelligenz wirkt man auf diese Elemente nicht ein. Sie haben kein Organ dafür. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber es gibt noch Volkskreise außerhalb der Sozialdemokratie, denen durch solche Dinge auch die Augen geöffnet werden. Gerade aus bürgerlichen Kreisen habe ich gehört, daß ihnen durch die Länge doch endlich klar gemacht ist, die Leute wollen etwas mit heiligem Ernst, und sie haben recht, daß sie sich nicht mehr entziehen lassen wollen, als Wähler dritter Klasse, und so wird ein Verständnis für unsere Ziele und Aufgaben in der Wahlrechtsfrage in Kreisen unbedeutend, die sonst von der Sozialdemokratie nichts wissen. Das ist der Wert, den diese Demonstrationen für uns haben, und das ist der Grund, warum der Polizeipräsident von Jagow sie verbietet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Denn das glaubt ihm ja niemand, daß er seine Machtmittel so niedrig einschätzt, daß er fürchtete, die öffentliche Sicherheit könnte durch eine Versammlung im Trepower Park ge-

fährdet werden. So kurzfristig ist auch dieser weitsichtige Herr nicht. Es ist einfach ein Mandat zugunsten der konservativen Partei, es sollen die sozialdemokratischen Versammlungen unterdrückt werden, gepflegt werden soll die Politik der Junker und des Zentrums. Wir haben die Versammlungsverbote ja nicht allein in Berlin. Dapich ist auch das Verbot in Frankfurt a. M. Ein Vorredner erwähnte schon, daß dort jemand wegen Schließens zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Es ist bedauerlich, daß der junge Mensch sich dazu verleiten ließ, übrigens in der Notwehr, nachdem er geschlagen war. Aber bis die Polizei sich einmischte, ging auch da alles friedlich zu, und acht Tage später verließ die Versammlung auf der Hundswiese, bei der die Polizei sich nicht einmischte, in voller Ordnung. Ebenso war es in Essen, wo 40 000 Menschen sich an der Demonstration beteiligten, ebenso in Köln bei 20 000 Menschen, desgleichen in Duisburg. Eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit droht nur von der Polizei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr von Driesen hat dann das Lied gesungen, ja, die Sozialdemokratie, die benimmt sich ganz ruhig, aber da sind Gegner der Sozialdemokratie, die ärgern sich so sehr über die Sozialdemokraten, daß sie zu Gewalttätigkeiten greifen könnten, und folglich ist, wenn eine sozialdemokratische Versammlung stattfindet, die öffentliche Sicherheit gefährdet. Dies Lied stammt aus einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts noch unter dem alten Verdinggesetz. Und das erbt sich nun von Geschlecht zu Geschlecht fort und wird überall gesungen. Nun, unseren Gegnern traue ich solche Gewalttätigkeiten nicht zu. Wenn Sie, Herr v. Driesen, sich an die Spitze der gesamten Bürgerpartei Berlins stellen wollten, um eine sozialdemokratische Kundgebung in Trepow zu unterdrücken (Große Heiterkeit), ich würde Sie für einen Märtyrer halten. In einer einzigen Drohsche hätten wohl alle Plak, die den Mut hätten, mit Ihnen zu ziehen. In meinem Wahlkreise gibt es auch Bürgerpartei und Antisemiten; ich teile deren politische Anschauungen nicht, aber ich weiß, daß es ordentliche, friedliche Bürger sind, und daß sie es sich nicht einfallen lassen, einen Kampf mit der zehnfachen Uebermacht der Sozialdemokratie zu beginnen. (Große Heiterkeit.) Herr v. Nischhofen sagte, im „Vorwärts“ habe ein Artikel gefunden mit der Ueberschrift: „Keine Ruhe in Preußen!“ Und deshalb sei die öffentliche Ruhe gefährdet gewesen. Da soll er sich doch zunächst einmal als Zensur beim Berliner Polizeipräsidenten etablieren, vorläufig hat Herr Dumrath diese Zensur unter sich. Herr v. Nischhofen würde dann die Aufführung der Oper „Don Juan“ verbieten, die ja auch mit den Worten beginnt: „Keine Ruh bei Tag und Nacht.“ (Große Heiterkeit.) Aber Herr v. Nischhofen kennt auch das Gesetz nicht; im Gesetz steht nichts von einer Gefährdung der öffentlichen Ruhe, sondern nur von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Und wo ist denn diese gefährdet, wenn wirklich einmal die Spießbürger aus ihrer Ruhe herausgebracht werden und in den Tiergarten gehen müssen, um Demonstrationen zu sehen? Weiter hat man gesagt, öffentliche Auszüge, die ohne Erlaubnis abgehalten werden, gefährden an sich die öffentliche Sicherheit. Das ist der elendeste Phylisterstandpunkt. Wenn Sie (nach rechts) mit Ihren Automobilen durch die Provinz rajen, so pflegen Sie auch nicht danach zu fragen, ob Sie irgendeine Polizeiverordnung verletzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Sie zum Duell greifen, so steht Ihnen Ihr Ehrenkodex auch höher als das Strafgesetz. Dann wird gesagt, durch einen solchen Auszug sei der Verkehr gefährdet, und eine Gefährdung des Verkehrs sei auch eine der öffentlichen Sicherheit. Im Entwurf stand ursprünglich Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Man muß also zwischen Ordnung und Sicherheit unterscheiden. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit muß über die der öffentlichen Ordnung hinausgehen. Wenn Leute mit Automobilen zu schnell fahren, oder verbotene Umzüge veranstalten, so mag das allenfalls die öffentliche Ordnung gefährden, keineswegs aber die öffentliche Sicherheit. Im § 9 des preussischen Vereinsgesetzes, aus dem der § 7 ja entstanden ist, war neben der Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Ruhe auch die auf den Verkehr genannt, davon steht aber im Vereinsgesetz nichts, und kein Mensch kann sich einbilden, daß der Verkehr unter den Begriff der öffentlichen Sicherheit fällt. Eine Gefährdung des Verkehrs ist also keineswegs eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Juristisch steht die Sache für uns glänzend. Das Verbot der Versammlung in Trepow und die weitere Erklärung des Polizeipräsidenten v. Jagow, der geplante Spaziergang sei eine Versammlung, sind unhaltbar. Aber auch moralisch steht die Sache für uns gut, denn wer die Sache auf seiner Seite hat, dem geht es immer gut. Und wer die Sache gegen sich hat, wie Herr v. Jagow, der ist immer in einer sehr prekären Lage. Er ist ja ein großer Stratege, er fing als Napoleon der Große an (Weiterkeit), er fing an in einem Stil, eine Proklamation zu erlassen, wie sie etwa unter den Pyramiden verfaßt wurde: „Es wird das Recht auf die Straße verfallen; die Straße gehört dem Verkehr, bei Widerstand erfolgt Waffengebrauch; ich warne Reugierige.“ Man kann den Rationalismus nicht weiter treiben, als Fortschritt hätte ich erwartet: „Schuhleute! Das Mädchen, das seit vierzig Jahren keine Verhältnisse hat (Heiterkeit), die Victoria auf der Siegessäule steht auf Euch herab (Große Heiterkeit). Die Junker erwarten, daß jeder Mann seine Schuldigkeit tut. Eingehauen!“ Aber es kam anders. Der Rationalismus vom Februar veränderte sich im März in eine hassenhafte Redseligkeit. Ich habe hier eine ganze Masse der unglückseligen Produkte des Herrn v. Jagow. Der unglückliche Sonntag, für Herrn v. Jagow unglücklich, hat 9 oder 10 Proklamationen hervorgerufen (Jurist bei den Sozialdemokraten; und was für welche!). Ja, was für welche! (Große Heiterkeit.) Die konservativen Blätter behaupten, der Reichstanzler werde so ungünstig beurteilt, weil er die Verbindung mit der Presse abgebrochen habe, die sein Vorgänger eifrig gepflegt. Ich weiß nicht, ob das für den Reichstanzler zutrifft, aber sein Untergebener, Herr v. Jagow, sucht jedenfalls diesen Fehler zu vermeiden und versällt dabei in den Fehler des Anfängers, der die Qualität durch die Quantität ersetzen will (Weiterkeit und Sehr gut!). Seine Proklamationen sind weitschweifig, inhaltlos, ja geradezu lächerlich.

(Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Das Spaghie ist, daß es mit den Zahlen von Tag zu Tag abwärts geht in diesen Proklamationen. Am ersten Tage waren es 30 000 Demonstranten, am Tage darauf waren es 15 000, und wenn es so weiter geht, wird bald niemand mehr im Tiergarten gewesen sein. (Sehr Heiterkeit. Jurist bei den Sozialdemokraten: Nur der Staatssekretär! Erneute Heiterkeit.) Jetzt hat er noch dagegen protestiert, daß er überrascht war! Er behauptet, er hat alles zur richtigen Zeit gemerkt. Es fragt sich nur, was die richtige Zeit ist. Er sagt auch, er hätte nur 500 Schuhleute in Trepow gehabt, die übrigen im Zentrum Berlins. Ich weiß nicht, ob er auch den Tiergarten zum Zentrum rechnet. (Weiterkeit.) Herr Müller-Reinigen meinte, es wäre kein Fehler gewesen, daß wir wo anders hingingen, als wir angekündigt hatten. Ich weiß ja nicht, wie er es gemeint hat, aber wir finden, daß es ein sehr feiner Trick war. Kann man es noch besser machen, als daß man jemand im März in den April schiebt. (Große Heiterkeit.) Wenn aber konservative Blätter von einer fürchterlich gefährlichen Geheimorganisation der Sozialdemokratie geschrieben haben, die der Polizei trotz ihrer Spindel diesen Streich gespielt habe, so will ich die Herren beruhigen: unsere Organisation liegt offen vor jedermanns Auge, unser Organisationsstatut ist gedruckt und in der Verhandlung Vorwärts zu haben. — Ich habe die Sache im Tiergarten sich entwickeln gesehen. Um 11 1/2 Uhr habe ich auf dem ganzen großen Königsplatz zwei Schuhleute gesehen, stille war es im Tiergarten, nur Sonntagsspaziergänger waren zu sehen. Nachher wurde es dann lebendig von unseren Genossen und um 1 Uhr logten dann plötzlich Schuhleute heran. Das will ich glauben, daß, wenn man Leute

gibt deutsche Meilen in Karriere über das Pflaster sagt, sie ausgezogen sind und nicht mehr wissen, was sie tun. Ihr Kerger sollte aber nicht den vollstän dig harmlosen Menschen an gelten, die sie dort antrafen, sondern den Vorgesetzten, dem lächerlichen albernen System, das sie um ihren freien Sonntag bringt. Sie für nicht und wieder nichts zu großen Anstrengungen zwingt und sie schließlich dem allgemeinen Gaf und der Berachtung anheftet. — Es ist gesprochen worden von den armen Schul-Leuten. Wir sind es nicht, die ihnen den Sonntag rauben, sondern ihre Vorgesetzten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst das blindewägige Eingreifen der Schulleute möchte ich bei dem einzelnen entschuldigen und die Schuld lediglich auf die kapitalistischen Vorgesetzten wälzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den Schulleuten denke ich viel besser, die haben einen schweren, anstrengenden Dienst, und ich glaube, wenn sie von ihren Vorgesetzten so weiter injunziert und gezwungen werde, auf Wechlose einzuhauen, was jeder anständige Soldat immer ungen tun wird — das nächstemal wählen sie für uns, In Betracht. unseres Triumphes über den Herrn v. Jagow hätte es vielleicht nahe gelegen, auf diese Erörterungen im Reichstage zu verzichten, aber uns lag daran, hier öffentlich festzustellen, daß alle Gründe für ein derartiges Verbot nicht haltbar sind, und auszusprechen, daß, wenn man uns weiter verbietet, Versammlungen unter freiem Himmel unter solchen Umständen wie die in Trepow geplante abzuhalten, dies eine Besessendigkeit ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen unser Recht. Versammlungen unter freiem Himmel sind nach dem Vereinsgesetz an sich erlaubt, sie dürfen nur unter ganz besonderen Umständen verboten werden. Solche Umstände liegen nicht vor. In eine friedliche Menge hinzuzureiten und einzuhauen, ist nicht nur eine Raserei, sondern ein Verbrechen. (Sehr wohl! links; Ruf bei den Sozialdemokraten: Heiterkeit!) Wenn die Polizei solche Verbrechen weiter begehen will, so bedauere ich das im Interesse der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit und der legalen friedlichen Weiterentwicklung der Verhältnisse im Deutschen Reich. Die Polizei hat eine schwere Verantwortung. Sie hat es in der Hand, eine völlig legale Agitation für das Wahlrecht in die Wege zu leiten, sofern sie nur das Gesetz richtig anwendet. Legt sie aber weiter Gehege in dieser Weise aus, so fällt die Verantwortung auf die Polizei, wenn es zu weiteren Zusammenstößen kommt. Gebrauch macht sie dann da als diejenige, die die Schuld trägt. Die wichtigsten politischen Rechte, die das Volk hat, kann es sich nicht wegkramolieren lassen durch Strategen vom Range des Herrn v. Jagow, sondern muß energischen Protest dagegen erheben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Besprechung. Hierauf wird zunächst ein Antrag (Soz.) betreffend Erteilung der Genehmigung zur Fortführung einer gegen ihn schwebenden Privatklage angenommen. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Postetats. Abg. Ged. (Soz.) wünscht, daß nicht nur wie bisher an jeder Oberpostdirektion, sondern an jedem größeren Postamt eine Stelle geschaffen werde, wo unbeschriftete Briefe geöffnet werden können. Durch den jetzigen Zustand werde die Verteilung solcher Briefe sehr verzögert. Staatssekretär Kraetke: Der Vorschlag des Herrn Vorredners wird geprüft werden. Uebrigens sind die Poststellen nicht berechtigt, die Briefe zu lesen, sondern sie dürfen nur den Absender feststellen und diesem den Brief zuhellen. Uebrigens sucht die Post, wenn Personen ganz gleichen Namens an einem Orte sind, diese zu veranlassen, sich darüber zu einigen, wie Briefe an den betr. Namen zu bestellen sind. Abg. Gamscher (Z.) wünscht Einrichtung von Beamtenaus-schüssen. Beim Titel Ostmarkenzulagen bleibt die Abstimmung. Da das Zentrum und die Sozialdemokraten stark, die Nationalliberalen schwach besetzt sind, zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt 103 Stimmen gegen den Titel, 94 dafür. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Vizepräsident Hohenthaue beraumt die Sitzung auf eine Viertelstunde später an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Postetats unter Auslassung des Titels Ostmarkenzulagen. Schluß gegen 6 Uhr. 55. Sitzung. Freitag, den 11. März, abends 6 1/2 Uhr. Am Bundesratstisch: Kraetke. Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt. Der Rest der fortdauernden Ausgaben wird nach unwesentlicher Debatte bewilligt. Beim Titel „Zuschuß zu den Kleiderlassen“ wünscht Abg. Albrecht (Soz.), der Staatssekretär möge seine Verfügung, welche hierbei den Handwerker und Handwerkervereinigungen entgegenkommt, dahin erweitern, daß auch hierfür besorgt werde, daß den Arbeitern die tarifmäßigen Löhne gezahlt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Bei den „Einmaligen Ausgaben“ bittet Abg. Dr. David (Soz.), daß in Ansbach bei Mainz ein Postamt errichtet werde. Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt. Beim außerordentlichen Etat bedauert Abg. Gamscher (Z.), daß für Fernsprechwerte 20 Millionen weniger eingesetzt ist als im Vorjahre (35 statt 45 Millionen) und wünscht, daß dies nicht zur Entlassung von Arbeitern führen möge. Die Ausgaben werden bewilligt. Bei den Einnahmen erklärt Abg. Weber (nall.), das Postenspar-Institut in Berlin und überhaupt die Geld-Institute werden von der Post jetzt mit einem ganz besonderen Haß verfolgt; dabei hat der Staatssekretär des Postamtes bei der Befestigung der Privatposten erklärt, solche Dienstmannschaften fallen nicht unter das Postregal. Für den Verkehr sind diese Institute notwendig. Staatssekretär Kraetke: Wir haben die Privatgesellschaften seinerzeit mit 7 1/2 Millionen Mark abgelöst und dürfen das Regal nicht durch kapitalistische Gesellschaften, die keineswegs Dienstmann-Institute sind, durchbrechen lassen. Abg. Ledebour (Soz.): Die Abgrenzung der Vororte von Berlin für den Postverkehr ist unrationell und führt zu großen Ver-läufigen der Bewohner dieser Vororte durch Strafporto, weil aus Berlin viele mit 5 Pf. frankierte Briefe kommen, weil jedermann annimmt, daß ein Ort, der Eisenbahnvorortverkehr hat, auch postalischer Vorort ist, und dies sollte Postbehörde auch durchführen. Staatssekretär Kraetke: Soweit können wir den Vorortverkehr, der nur Kapverkehr sein soll, nicht ausdehnen. Würden wir dem Wünsche des Abg. Ledebour nachgeben, so würden die Wünsche, das Inlandbriefporto auf 5 Pf. herabzusetzen, einen starken An-sporn erhalten. Abg. Baffermann (nall.) wünscht eine Vermehrung der Postschred-ämter. Staatssekretär Kraetke: Eine Erfüllung dieses Wunsches kann ich nicht zulassen. Abg. Weber (nall.) wünscht eine Herabsetzung der Zuschlags-geld für Inlandbriefverkehr von 7 Pf. auf 5 Pf. Staatssekretär Kraetke: Auch dieser Wunsch kann vorläufig nicht erfüllt werden. Die Einnahmen werden bewilligt. Es folgt der Etat der Reichsdruckerei. Derselbe wird debattelos genehmigt. Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr (Vertrag über die St. Gotthardbahn, Etat des Pensionsfonds, des Invaliden-fonds, des Rechnungshofes, der Reichseisenbahnen, des Reichsschatz-amtes, der Zölle und Gebühren). Schluß 8 Uhr.

Der Wahlrechtskampf.

Die Berliner Justiz gegen die Demonstranten.

Nach dem Muster, das ihr die Justizbehörden verschiedener Provinzialstädte geliefert haben, hat die Berliner Staatsanwaltschaft gegen eine Reihe Parteigenossen ein Verfahren eingeleitet wegen der Demonstration des 13. Februar. Die betreffenden Genossen werden beschuldigt, Veranstalter oder Leiter nicht genehmigter Versammlungen unter freiem Himmel gewesen zu sein oder nicht genehmigte öffentliche Aufzüge und Umzüge veranstaltet oder geleitet zu haben. Als solche Übeltäter sieht die Polizei vorzugsweise die Redner an, die am 13. Februar in den Versammlungen über die Wahlreformlinge gesprochen haben. Am Freitag fanden bereits mehrere Vernehmungen in der Angelegenheit statt.

Die Staatsanwaltschaft will Anklage erheben wegen Vergehens gegen § 111 des Strafgesetzbuches (Aufforderung zu strafbaren Handlungen) und wegen Übertretung des § 19 des Reichsverfassungsgesetzes.

Die mit dem Verfahren bedachten Genossen werden dieser Anklage ruhig entgegensehen können. Es wird der Staatsanwaltschaft schwerlich gelingen, den Beweis für ihre Behauptung zu erbringen.

Die Frankfurter Demonstrationsprozesse.

Die Verhandlungen gegen Frankfurter Wahlrechtsdemonstranten wurden am Donnerstag zu Ende geführt. Sie dauerten bis in die späten Abendstunden. Die Haftstrafen wurden vom Schöffengericht sämtlich aufgehoben. In zwei Fällen erfolgte die Freisprechung der Angeklagten. Die übrigen fünf Angeklagten erhielten Geldstrafen von 8-60 M.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Abg. Schiffer (natl., zur Geschäftsordnung):

bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf die schweren Angriffe des Abg. Herold gegen seine Partei nicht antworten zu können. Daß das Zentrum den Schlußantrag mit unterschützt und ihm so die Erwiderung auf seine Angriffe erwidert habe, sei ebenso bedauerlich wie charakteristisch.

Verichterstatter Bell (Z.):

Der Abg. Ströbel hat erklärt, daß in der Kommission der Vertreter der Regierung keine Erklärung dahin abgegeben habe, daß die Annahme des geheimen Wahlrechts für die Regierung die Vorlage unmöglich mache, daß demnach also weder das geheime noch das direkte Wahlrecht gefährdet gewesen sei. Diese Angabe des Abg. Ströbel wird durch den Bericht der Kommission widerlegt, der eine Erklärung des Ministers des Innern enthält dahingehend: daß die Regierung die Annahme der geheimen Wahl für höchst bedenklich halte. Nachdem die indirekte Wahl wiederhergestellt und auch die Merkmale des Aufstiegs beseitigt worden seien, sei das Zustandekommen des Gesetzes „aufs höchste gefährdet“. (Hört! hört! rechts.) Im Anschluß daran muß ich erklären, daß die Kommission in ihrer Mehrheit aus dieser Erklärung des Ministers des Innern glauben entnehmen zu müssen, daß die geheime Wahl in Verbindung mit der direkten Wahl die zum Zustandekommen eines Gesetzes unbedingte notwendige Zustimmung der Regierung nicht finden würde. (Lautes Gelächter links.) Sie hat daher in ihrer Mehrheit geglaubt, durch die Verbindung der geheimen mit der indirekten Wahl einen Weg gefunden zu haben, den sowohl die Regierung wie das Herrenhaus gehen könne. (Rufe: „Eine nette Logik“, „Regierungskommissar!“)

Abg. Ströbel (Soz.):

Ich muß feststellen, daß das, was vom Verichterstatter verlesen worden ist, genau dieselbe Stelle war, die ich verlesen habe! (Sehr richtig! links.) Die Erklärung wurde nicht abgegeben, nachdem die geheime Wahl in der Kommission angenommen worden war, sondern

erst acht Tage später!

Sie wurde erst abgegeben während der Beratungen über das Kompromiß, auf eine Provokation des Ministers meinerseits. Die Erklärung des Ministers steht also mit der Preisgabe der direkten Wahl durch das Zentrum in keinem Zusammenhang, und das Zentrum kann sich nicht darauf berufen, daß es die direkte Wahl lediglich auf Grund einer Drohung der Regierung, das ganze Gesetz sei mit der direkten Wahl unannehmbar, preisgegeben hat.

Verichterstatter Dr. Bell (Z.):

Ich habe den Abg. Ströbel so verstanden (Rufe links: Er hat ihn überhaupt nicht verstanden. Oh! im Zentrum), daß er erklärt hat, die Erklärung sei nicht in erster, sondern in zweiter Lesung abgegeben worden. Er hat auch nur einen Teil der Erklärung des Ministers verlesen, während er den wesentlichen Teil, daß durch eine solche Wendung das Zustandekommen des Wahlgesetzes im höchsten Maße gefährdet sei, fortgelassen hat.

Abg. Ströbel (Soz.):

Das ändert nichts an meiner Feststellung. Ich habe erklärt, daß damals, als in der ersten Sitzung der ersten Lesung die Abstimmung über die geheime Wahl vorgenommen wurde, die Regierung keine Erklärung abgegeben hatte. Die Erklärung erfolgte erst acht Tage später, nach Annahme des Kompromisses, durch das die direkte Wahl der Regierungsvorlage beseitigt wurde. (Sehr richtig! links.)

Es folgt die

Abstimmung über die zu § 4 gestellten Anträge und über § 4 selbst.

Zunächst wird der Antrag Sobrecht, die Kommissionsfassung durch die Regierungsvorlage zu ersetzen (direkte Wahl statt indirekte Wahl) und gleichzeitig die geheime Wahl einzuführen, gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Darauf wird der erste Satz des Antrags Kronsohn, der das gleiche Wahlrecht fordert, gegen dieselbe Minderheit und die Stimmen der Abgg. Gronowski, Sauermann und Barischer abgelehnt.

Die Abstimmung über den zweiten Satz des Antrags Kronsohn (direkte und geheime Wahl) ist namentlich.

Für den Antrag stimmen 110 Abgeordnete (Nationalliberale, Volkspartei, Polen, Sozialdemokraten, die Zentrumsabgeordneten Barischer, Sauermann, Juchacz und Gronowski) und die Freikonservativen Wagner-Dreslau und Richardt. Gegen den Antrag stimmen 277 Abgeordnete (Rechte, Zentrum und der national-liberale Abgeordnete Behre!)

Der Antrag ist also abgelehnt.

§ 4 wird darauf in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Volkspartei, Polen, Sozialdemokraten und einiger Zentrumsabgeordneter angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 11 Uhr. Vereidigung neuer Mitglieder. Fortsetzung.

Schluß 5 Uhr.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inzeratenteil verantw.: H. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt

Parlamentarisches.

Kali.

Die gestrige Sitzung der Kommission beschäftigte sich ausschließlich mit Fragen der Geschäftsordnung. Genosse Cumei kritisierte das der Kommission gelieferte Material als durchaus ungenügend, einseitig und irreführend. Das Material könne nur als nutzbringende Unterlage der Beratung in Betracht kommen, wenn es der öffentlichen Kontrolle unterbreitet und dadurch bekräftigt werde. Die Vertraulichkeit sei höchstens in ganz vereinzelten, besonders gearteten Fällen zulässig. Er beantragte namens seiner Freunde die Aufhebung der Vertraulichkeitsbestimmung.

Dem (Z.) schließt sich obigen Ausführungen an, während der Oberberghauptmann v. Bessen erklärt, daß die Kaliverke das Material vertraulich übergeben hätten und daher erst eine Nachfrage bei ihnen erforderlich wäre, bevor die Vertraulichkeit aufgehoben werde. Die Abg. Gothein und Weber erklären sich ebenfalls gegen die Vertraulichkeit. Müller-Fulda meint, manches Material müsse wohl im Interesse der Bergwerksbesitzer vertraulich behandelt werden, das meiste dagegen könne ohne Bedenken der Öffentlichkeit unterbreitet werden.

Huë stellt fest, daß ein großer Teil der Dinge, die hier vertraulich behandelt werden sollen, im Jahrbuch für Kaliwerte veröffentlicht sind!

Ein Antrag Oppersdorff betreffs Hinzuziehung des Auswärtigen Amtes wird angenommen. Ebenso ein Antrag Heim, die Verhandlungen zu vertagen, bis der vom Handelsminister in Aussicht gestellte Vortrag stattgefunden hat. Darauf wird festgestellt, daß der geologische Sachverständige den Vortrag Sonnabend vormittag um 9 Uhr halten kann und die Sitzung bis dahin vertagt.

Aus der Partei.

25 Jahre Landtagsarbeit.

Heute am 12. März blidt Genosse Ulrich-Offenbach auf eine 25jährige Tätigkeit im hessischen Landtage zurück. Ulrich ist der älteste Landtagsabgeordnete unserer Partei in Deutschland. Am 12. März 1885 gelang es den Mainzer Genossen, die Mehrheit der Wahlmänner zu erlangen, so daß die Genossen Jöst, Mainz und Ulrich-Offenbach als erste Sozialdemokraten in das hessische Parlament einzogen; beide waren auch die ersten Sozialdemokraten, die unter einem indirekten Wahlrecht in Deutschland gewählt wurden. Genosse Ulrich vertritt seit 1896 die Stadt Offenbach im Landtage. Er ist seit zwölf Jahren Vorsitzender der hessischen Landesorganisation.

Som Fortschritt der Presse. Seit den großen Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiter in Braunschweig hat das dortige Parteiblatt, der „Volkstreue“, 1250 neue Abonnenten gewonnen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eine Streikflüge der „Post“.

Die „National-Zeitung“ und die „Post“ brachten in ihrer gestrigen Morgenausgabe einen Vermerk, in dem es heißt:

„Wegen eines Streiks in unserer Druckerei fällt heute die Parlamentsausgabe und die Romanfortsetzung aus.“

Als das Personal der Linden-Druckerei die Notiz zu Gesicht bekam, war es nicht wenig erstaunt darüber und verfuhr, sich sofort Klarheit darüber zu verschaffen, welche Abteilung des Betriebes in Streik liege. Die Aufklärung, die von der Geschäftsleitung darüber gegeben wurde, war eine sehr verblüffende. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Druckereileiter mit dem Chefredakteur in Differenzen geraten ist und der Erstere den Druck der besagten Beilagen ablehnte. Infolge einer sofortigen Intervention des Arbeiterausschusses bei der Redaktion gab diese folgende Erklärung ab:

„Da der Leiter der Linden-Druckerei streikte, indem er den für die „Post“ und „National-Zeitung“ gelieferten Parlamentsbericht in Satz zu geben sich weigerte, konnte die gestrige Parlamentsbeilage nicht erscheinen. Die Schuld trifft also nicht das Druckereipersonal, sondern lediglich den Leiter der Druckerei, wie wir hiermit auf Wunsch des Arbeiterausschusses der Linden-Druckerei gern feststellen.“

Ob die Leser der „National-Zeitung“ den Wortlaut dieser Erklärung zu Gesicht bekommen, wissen wir nicht. Jedenfalls muß aber die Strupellosigkeit verurteilt werden, mit welcher die Arbeiter beschuldigt werden, die Leser der „National-Zeitung“ um ihre Parlamentsbeilage und um die Romanfortsetzung gebracht zu haben.

Die Treibriemensattler befaßten sich in einer sehr stark besuchten Versammlung mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Treibriemengewerbe. Schulze referierte. Eine Statistik hat nachgewiesen, daß 26 Berliner Werkstätten 8 verschiedene Arbeitszeiten haben. Von 181 Treibriemensattlern haben nur 52 eine 11stündige und 8 eine 13stündige Arbeitszeit; 34 arbeiten in Akkord, 147 in Lohn. Der niedrigste Lohn beträgt 22, der höchste 32 M. Der Durchschnittsverdienst der Akkordarbeiter beträgt 27,45, der der Lohnarbeiter 27 M. In 2 Fabriken wird, was anerkannt werden soll, 8 Tage Sommerurlaub gewährt. Allerdings kann derselbe von den Betroffenen nicht in der richtigen Weise ausgenutzt werden, da ihnen bei ihrem niedrigen Verdienst es nicht möglich ist, eine Ferienreise anzutreten.

Ein neu ausgearbeiteter Tarifentwurf soll den Fabrikanten sofort zugehen. Ueber Arbeitszeit und Lohn sind folgende Bestimmungen vorgesehen: Die regelmäßige Arbeitszeit für alle Arbeiter beträgt in den ersten 6 Wochentagen 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden pro Tag. Die Einteilung bleibt jedem Betriebe selbst überlassen, jedoch soll der Beginn nicht vor 7 Uhr morgens, Ende nicht später als 6 Uhr abends sein. An den Vorabenden der hohen Festtage beträgt die Arbeitszeit nur 6 1/2 Stunden bei voller Bezahlung. Um Arbeiterentlassungen vorzubeugen, soll bei eintretendem Arbeitsmangel die tägliche Arbeitszeit bis auf 7 Stunden reduziert werden. Der Lohn wird nach Stunden berechnet, jedoch gilt ein Arbeitstag als einheitliches Ganzes. Für die unumgänglich notwendige Zeitvermittlung bei Kontrollversammlungen, Vereidigungen von eigenen Familienangehörigen darf vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden.

Akkordarbeit ist abzuschaffen. Der Stundenlohn für perfekte Arbeiter beträgt mindestens 60 Pf. Arbeiter, die zur Ausbildung eingestellt werden, erhalten 65 Pf. pro Stunde. Als „Aushilfe“ gilt eine Beschäftigung, die nicht länger als 8 Wochen dauert. Eine zehnprozentige Zulage erhalten alle zurzeit Beschäftigten. Ueberstunden sind mit 25 Proz., Nacht- sowie Sonntagsarbeit ist mit 50 Proz. Zuschlag zu vergüten. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Demert die Ueberstundenarbeit länger als 2 Stunden, so wird eine halbe Stunde Pause gewährt, die bezahlt wird. Auch für Montagearbeiter sind Bestimmungen festgesetzt. Der Vertrag soll vom 1. April 1910 bis 31. März 1912 gelten. Die Versammlung stimmte dem Entwurf zu.

Tapezierer in Berlin als Streikbrecher gesucht!

Bei der Bedersma Kiemle-Karlstraße wurden sämtliche organisierten Kollegen entlassen, da sie die schon ohnehin große Treiberei nicht noch verstärken wollten. Herr Kiemle, der ja unter Berliner Kollegen bekannt ist, droht, hier Streikbrecher anzuwerben zu wollen. Also Achtung! Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Herzog in Offenbach sind Differenzen ausgebrochen. Vor Zutritt von Schuharbeitern aller Branchen wird nachdrücklich gewarnt.

Rusland.

Ein Verzweiflungskampf.

Daß auch die stärkste Unternehmerorganisation auf die Dauer nicht gegen den Zeitstrom zu schwimmen vermag, beweist recht drastisch die gegenwärtige Phase im Winterthurer Streik. Der Streikbrechertransport wird immer kostspieliger und ertragloser. Die kleine Truppe, die die Härte des Winters den Winterthurer Baumeistern in die Arme trieb, schmilzt unter dem Einfluß der Frühlingssonne immer mehr zusammen. Gar lustige Wandervögel sind es meist, die der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, das schmutzige Streikbrechergewerbe betreiben. Das wollen die Baumeister natürlich nicht eingesehen, deshalb muß ihre Presse die Mär verbreiten, der Terrorismus der Streikenden mache den Streikbrechern den Aufenthalt unmöglich. Diese Mär wird von der bürgerlichen Presse ständig verbreitet. Von Zeit zu Zeit unternehmen die Baumeister aber eine andere Aktion zur Zerfrierung der öffentlichen Meinung. Sie lassen durch ihren Advokaten Eingaben an die Behörden fabrizieren, um diese zu polizeilichen Zwangsmahregeln gegen die Streikenden aufzufordern. In diesen Eingaben rapportiert jeder Baumeister über die Belästigungen, denen die Streikbrecher ausgesetzt sind. Zumeist handelt es sich etwa um Vorfälle folgender Art. Dürftige Streikbrecher erlauben sich Montagmorgens etwa einer Wirtschaft einen Besuch abzustatten. Ihren Meister gegenüber müssen sie dann natürlich eine Entschuldigung finden. Gewöhnlich erzählen sie dann, sie seien von Streikenden aufgehalten und durch Zwang verhindert worden, rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Am 4. März haben die Baumeister wieder eine solche Eingabe an den Stadtrat gerichtet und die ganze bürgerliche Presse der Schweiz hat nun wieder Stoff für Entrüstungsartikel gegen den Terror der Arbeiterbewegung. Wir illustrieren den Charakter der neuesten Eingabe der Baumeister am besten durch die Wiedergabe einer geradezu typischen Stelle derselben. Eine Kaufirma rapportiert:

„Samstag, den 19. Februar, abends nach Arbeitsluß, wurden drei Handlanger von mir auf dem Heimwege von Streikenden angehalten und zum Verlassen von Winterthur aufgefordert, widrigenfalls sie schwere Folgen zu tragen hätten. Montag, den 21. Februar, verlangten obige drei Mann ihren Lohn um abreifen zu können.“

Preisfrage: was kann man unter schweren Folgen verstehen? Ruh darunter eine Rißhandlung verstanden sein? Unverfrorene Stimmungsmache ist, was die Baumeister treiben. — So plump diese Stimmungsmache auch ist, auf den Winterthurer Stadtrat hat sie doch Eindruck gemacht. Dieser hat am 8. März das Verbot des Streikpostens erlassen. Und dies, obwohl die polizeiliche Vernehmung der angeblich mißhandelten Streikbrecher ergeben hat, daß die Angaben der Baumeister erlogen sind. Natürlich ändert das Streikpostenverbot nichts an der Situation. Der Streik der Maurer und Handlanger in Winterthur wird mit aller Energie weitergeführt. Trotz des Streikpostenverbotes werden sich die paar Streikbrecher, die noch dort sind, nicht halten können. Den nötigen Aufklärungsdienst werden die Organisierten der übrigen Berufe und Industrien nun besorgen, nachdem dies den Streikenden durch das Streikpostenverbot unmöglich geworden ist. Zutug ist strengstens fern zu halten. Genossen! Unterstützt die Streikenden moralisch und finanziell.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Adolf Hoffmann als Kandidat für den 6. Landtagswahlbezirk.

In einer gestern abend massenhaft besuchten Wählerversammlung, die in Freyers Festhale, Koppentstraße, stattfand, wurde Genosse Adolf Hoffmann unter großer Begeisterung als Kandidat für die im 6. Berliner Landtagswahlbezirk stattfindende Ersthauptwahl proklamiert. Die Genossen Karl Liebknecht und Adolf Hoffmann hielten Ansprachen, die donnernden Beifall auslösten.

Die Treptower Gastwirte gegen den Polizeipräsidenten.

In einer Versammlung im Paradiesgarten hat der Verein der Gastwirte von Treptow eine Beschwerde gegen die sie schwer schädigenden Maßnahmen des Polizeipräsidenten unterm 6. März an den Minister des Innern beschloffen. Der Schluß der Eingabe lautet:

Wir bitten auch Euer Erzellenz, uns doch hochgeneigtest darüber aufzuklären, wer uns denn nun den durch die behördlichen Maßnahmen erwachsenen ungeheuren Geschäftsschaden ersetzen wird?

Jagow macht Schule.

Breslau, 11. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Polizeipräsident von Oppen verbietet die für nächsten Sonntag von der sozialdemokratischen Partei, der demokratischen Partei und dem Bund für das Frauenstimmrecht einberufene Protestversammlung unter freiem Himmel wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Als Antwort auf dieses Verbot haben die drei Gruppen in Morgenau südliche 8 Säle gemietet und Platz für 30 000 Personen geschaffen, in denen Redner der drei Gruppen referieren.

Die Kammerdebatte.

Paris, 11. März. Deputiertenkammer. Zur Beratung standen die Interpellationen über die Geschäftstätigkeit der Liquidatoren der Güter der Kongregationen. Jaurès richtete die Frage an die Regierung, welche Schritte sie zu ergreifen gedenke, um den Nachenschaften gewisser Liquidatoren ein Ende zu setzen, und ferner, unter welchen Umständen die Ernennung der drei bedeutendsten Pariser Liquidatoren erfolgt sei. Jaurès gab weiter dem Wunsch Ausdruck, von dem zwischen dem Minister und der Staatsanwaltschaft bezüglich der Angelegenheit Duez geführten Briefwechsel Kenntnis zu nehmen. Ministerpräsident Briand erwiderte hierauf: Sie sollen den ganzen Briefwechsel haben! Jaurès brachte dann die Angelegenheit des Liquidators Lecouturier zur Sprache, der die Fabrikmarke der Grande Chartreuse, die einen Wert von acht Millionen gehabt, für 500 000 Frank einem Haufe zugesprochen hätte, das ihm 60 000 Frank gegeben hätte, um die Konkurrenz zu beseitigen. Jaurès forderte, daß die Regierung erklären solle, warum Lecouturier strafflos geblieben sei. Berry (Progressist) sagte, es seien politische Erwägungen, die die Wahl der Liquidatoren geleitet hätten. Diejenigen, die die Liquidatoren ernannt und die Ernennungen trotz Kenntnis ihrer Veruntreuungen aufrecht erhalten hätten, trügen die Verantwortung.

Der Zolltarif.

Paris, 11. März. Senat. Bei der allgemeinen Beratung der Zolltarifrevision führte Sculfort aus, die vorgeschlagene Revision sei eine Folge der Erhöhung der Tarife, die sich in verschiedenen Ländern vollzogen habe. Redner untersuchte die Lage Frankreichs in bezug auf die ausländischen Märkte und stellte fest, daß die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland sich vermehrt habe, aber die Zunahme jetzt nachlasse. Die Deutschen hätten eine bessere Methode, indem sie die Ausfuhr subventionierten und die Kartellbildung begünstigten, um die Preise zu erhöhen und zu regeln. Frankreich habe sich ohne Protest vor der Erhöhung der Tarife anderer Länder gebeugt; er glaube nicht, daß Frankreich Repressalien zu fürchten habe.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hier zu 4 Beilagen u. Unterhaltungskl.

Reichstag.

64. Sitzung. — Freitag, den 11. März 1910, — nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück, Kraetzel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Hirsch und Genossen (Soz.) über den

Treptower Spaziergang.

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Lebebour (Soz.):

Unsere Interpellation bezieht sich auf das Verbot einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, die zum 6. März nach dem Treptower Park einberufen war. Es ist nicht das einzige Verbot während der letzten Tage. Auch in Koburg, Jagen, Halle, Kiel und anderen Orten liegen solche Verbote von den Hebergriffen der Polizei Zeugnis ab. Wir haben uns auf das eine Verbot beschränkt, weil gerade die Vorgänge, die sich hier in der unmittelbaren Nähe Berlins abgespielt haben, auf Grund persönlicher Beobachtungen durch Abgeordnete das günstigste Objekt für eine solche Diskussion bieten. Dazu kommt, daß der Hauptaufstand an diesen polizeilichen Hebergriffen und Rechtsbeschränkungen in dem dringenden Bewußtsein, daß er für seine Verteidigung eines Materials bedarf, sorgfältig in der Presse sogenannten Entlastungsmaterial in schieferhaftem Eifer produziert, das aber gerade für seine Belastung und Heberführung die günstigste Handhabe bietet. Im Laufe der preußischen Wahlrechtsbewegung, die infolge der preußischen Wahlrechtsvorlage eine außerordentliche Empörung erregt hat, ist die Bevölkerung in steigendem Maße dazu gekommen, sich demonstrativ an der Beurteilung dieser Vorlage zu beteiligen, und so kam es notwendigerweise zu Demonstrationen, welche die engbegrenzten Versammlungsorte überschritten, indem überall im Anschluß an Versammlungen sich Demonstrationen bildeten, oder indem man zu dem gleichfalls vollkommen gesetzlichen und berechtigten Mittel griff, Versammlungen unter freiem Himmel einzuberufen. Daher hat sich nicht nur unsere Partei, die allerdings als die stärkste Partei und als die Vertreterin des Proletariats das größte Interesse daran hat, sondern auch andere Parteien haben sich an derartigen Demonstrationen und Versammlungen beteiligt. Solche Versammlungen unter freiem Himmel haben zum Beispiel in Frankfurt a. M. stattgefunden, in Eisenfogar in der Mitte der Stadt, in einer Stadt, die fast ausschließlich von einer Fabrikbevölkerung bewohnt wird, die zum großen Teil unserer Partei, zum anderen der Zentrumspartei angehört, und auch Zentrumswähler haben sich in großem Maße an dieser Kundgebung beteiligt. Es liegen also Tatsachen vor, die zeigen, daß Versammlungen unter freiem Himmel wegen der Größe der Wahlrechtsbewegung notwendig geworden sind, und daß solche Versammlungen von vernünftigen Polizeiwahlungen genehmigt sind, und daß überall, wo sie stattgefunden haben, sie nicht im allgeringsten zur Störung von Ruhe, Ordnung oder gar der öffentlichen Sicherheit beigetragen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weßhalb sollte man also in Berlin nicht machen, was man in anderen Städten gemacht hat. Unsere Parteigenossen beschloßen also, zum 6. März eine solche Versammlung unter freiem Himmel nach dem Treptower Park einzuberufen. Bestimmend für die Wahl dieses Platzes war, daß er durch seine Ausdehnung ganz hervorragend für eine Versammlung großen Stils geeignet ist, und da er sich sehr weit, nicht nur vom Zentrum Berlins, sondern auch von den äußersten Stadtteilen befindet, so konnte hier am allerwenigsten die auch sonst nicht berechnete Befürchtung vorliegen, es könnte hier zu Störungen der öffentlichen Sicherheit kommen. Der Oberbürgermeister erteilte auch die Genehmigung zur Benutzung des Parks, und es wurde auch die Errichtung mehrerer Rednertribünen zugesagt. Der Polizeipräsident lehnte aber die nachgesuchte polizeiliche Genehmigung ab mit der Begründung: „Am 13. Februar haben 100 000, nach Schätzung des „Vorwärts“ 200 000 Personen in Berlin auf öffentlichen Straßen Aufzüge ohne polizeiliche Genehmigung veranstaltet, folglich handelten alle Teilnehmer an diesen Aufzügen gesetzwidrig. Jetzt wird es sich im wesentlichen um die gleichen Teilnehmer handeln. Da diese bewiesen haben, daß sie Gesetzwidrigkeiten nicht scheuen, ist Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.“ Die Behauptung, daß meine Parteigenossen, die am 13. Februar demonstriert haben, gesetzwidrig gehandelt hätten, ist unrichtig. Diese Behauptung des Polizeipräsidenten v. Jagow zeigt nur, daß er bedauerlicherweise unsere Gesetze nicht kennt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dafür führe ich eine Autorität an, die auch wohl in Ihren Augen höher steht als die eines beliebigen Polizeipräsidenten von Berlin oder Potsdam, nämlich das Preussische Kammergericht, das in einem Prozeß gegen einen der Demonstranten ein freisprechendes Erkenntnis gefällt hat mit der Begründung, daß das politische Problem der Reform des preussischen Landtagswahlrechts demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtswidrig mache, vielmehr

komme es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Verhalten an und für sich die öffentliche Ordnung gestört habe. Da dieses nicht geschehen ist, mußte er freigesprochen werden. Öffentliche Demonstrationen sind also an sich nicht rechtswidrig, und strafbar macht sich ein Teilnehmer nur, wenn er anlässlich solcher Demonstrationen sich ein Vergehen gegen die Gesetze zuschulden kommen läßt. Nach diesem Erkenntnis haben die Demonstranten am 13. Februar keineswegs rechtswidrig gehandelt, und es ist ihnen auch weiterhin kein rechtswidriges Handeln zuzutrauen. Dieser Grund des Herrn v. Jagow ist also vollkommen hinfällig und damit ist

sein Verbot der Versammlung in Treptow vollkommen rechtswidrig.

Dazu kommt noch Folgendes: der Polizeipräsident v. Jagow kennt trotz seines Berufes noch nicht einmal das Vereinsgesetz. Es heißt im Vereinsgesetz ausdrücklich: daß die Genehmigung zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel nur verweigert werden darf, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt. Ein Polizeipräsident, der solche Gesetze auszuführen hat, sollte doch die Geschichte dieser Bestimmungen kennen, oder auch einen Kommentar des Vereinsgesetzes, etwa den vom Abg. Müller-Meinigen. Ursprünglich hand in der Regierungsvorlage: „wenn Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit besteht, darf die Genehmigung verweigert werden.“ Das schloß sich an den Wortlaut des preussischen Vereinsgesetzes an. Aber nach den Erfahrungen, die wir und andere Parteien mit diesem Gesetz gemacht haben, wandte sich schon in der Kommission eine starke Mehrheit dazu, diesen Kaufschußbegriff herauszuzureichen. Nun lag nicht die geringste Gefahr für die Gefährlichkeit der öffentlichen Sicherheit vor. Das haben ja gerade die Demonstrationen und das Zusammenströmen großer Menschenmassen am 13. Februar bewiesen. In einem Zuge, der zwei Stunden lang von Noobad nach dem Humboldthain marschierte, ist nicht das Geringste vorgekommen, nicht einmal eine Hinderung des Wagenverkehrs, gerade deshalb, weil keine Polizei da war. Ebenso war das im Humboldthain, wo 50—60 000 Menschen zusammenströmten, und es nirgends zu einer Störung kam. Störungen der Sicherheit haben in ganz Preußen nur da stattgefunden, wo die Polizei eingegriffen hat. Weil die Schulkleute damals nicht eingegriffen haben, weil sie die öffentliche Sicherheit nicht gestört haben, haben wir angenommen, daß sie absichtlich davon Abstand genommen haben. Aus den Ausführungen des Polizeipräsidenten v. Jagow geht aber hervor, daß er damals nur die Gelegenheit verpaßt hatte, und daß er

aus Verger darüber, daß es ihm nicht gelungen war, Unruhen, Störungen, Verletzungen von Menschen herbeizuführen

(Lachen rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), aus Verger darüber, daß es ihm nicht gelungen war, vollkommen ruhige, geschickliche, wie das Kammergericht anerkannt hatte, Demonstrationen zu verhindern, daraufhin arbeitete, eine Wiederholung solcher friedlichen Demonstrationen unmöglich zu machen. Der Polizeipräsident hat noch mehr getan. Er verbot nicht nur rechtswidrig die öffentliche Versammlung, sondern er hat auch versucht, die Absicht unserer Parteigenossen, nunmehr eine vollkommen rechtmäßige andere Demonstration im Treptower Park zu veranstalten, gleichfalls unmöglich zu machen. Als unsere Parteigenossen einen Spaziergang nach Treptow ankündigten, erließ der Polizeipräsident auch das Verbot eines solchen Spazierganges, wozu er

absolut nicht berechtigt

war, so wenig wie zu dem der Versammlung. Er hat dieses Verbot durch verschiedene Erlasse zu rechtfertigen gesucht. In dem charakteristischsten dieser in schönem Palast des Herrn v. Jagow verfaßten Erlasse sagt er, daß die Behinderung des Spazierganges nach Treptow ohne Sperrung des Treptower Parks nicht möglich sein wird, die niemand mehr als er bedaure. Die Schuld daran trägt die Sozialdemokratie (Sehr richtig! rechts), weil sie die politische Agitation, welche in Presse, Parlament und Saalversammlungen sich wahrlich übergenug betätigen kann, unbedenklich auf die Straße und jetzt auch sogar in öffentliche Parks verpflanzt.“ Das zeigt, daß er sich nicht als objektiv urteilender, für die öffentliche Sicherheit verantwortlicher Beamter fühlt, sondern als

Handlanger des konservativen Parteiregiments,

unter dem wir leben (Lachen rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Dieser Satz zeigt nicht bloß von der Rechtsunkenntnis des Polizeipräsidenten v. Jagow, daß er sich erlaubt, in einer amtlichen Kundgebung das Parlament, die Presse und die öffentlichen Volksversammlungen wegen ihrer politischen Betätigung zu rüffeln, verdient die allerhöchste Zurückweisung; daß ein von den Großen der Steuerzahler besoldeter Polizeibeamter sich derartiges erlaube, ist eine Anmaßung sondergleichen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn die preussische Regierung Achtung vor dem Parlament hätte, hätte sie nicht einen Augenblick gezögert, den Urheber einer solchen Unverschämtheit sofort zu entlassen (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen dem Polizeipräsidenten von Berlin nicht Unverschämtheit vorwerfen (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Steht das in der Geschäftsordnung?).

Abg. Lebebour (fortfahrend): Diese Erlasse des Herrn v. Jagow haben selbstverständlich unsere Parteigenossen nicht

davon abgehalten, ihre Absicht zu demonstrieren, auszuführen. Parteigenossen von uns sind nach Treptow gegangen, andere in sehr großer Zahl nach dem Tiergarten, um dort zu demonstrieren. Und da ereignete sich das Ungeheuerliche, daß der Polizeipräsident nicht nur den Treptower Park abspernte, sondern er hat auch versucht, gewalttätig die Besucher des Tiergartens an der Ausübung ihrer vollkommen berechtigten Demonstration zu hindern. Daß der Besuch des Tiergartens durch Demonstranten oder Spaziergänger, wie man es nun nennen will, vollkommen berechtigt war, war ja auch in dem Kammergerichtserkenntnis gesagt. Ob der Polizeipräsident eine Versammlung in Treptow verboten hat, ob er auch noch ganz rechtswidrig eine öffentliche Demonstration oder einen Spaziergang in Treptow verboten hat, kann doch nicht für die Besucher des Tiergartens in Betracht kommen. Aber unbedenklich hat er, als 100 000 bis 200 000 Menschen dort zusammenströmten, als er verspätet von dieser Tatsache Kenntnis bekam, Gruppen von Schulkleuten zu Pferde dorthin geschickt, und Schulkleute zu Fuß im grünen Wagen dorthin geschickt, die sofort, als sie eintrafen, ohne weiteres in die zusammenströmenden Menschenmassen einzuhauen begannen. Ich kann da selbst als Zeuge Auskunft geben. (Heiterkeit rechts.) Es zeigt, daß Sie ebenso wie der Polizeipräsident von Berlin ein sehr böses Gewissen haben (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn Sie versuchen, durch dieses Gelächter die

Brutalisierung friedlicher Menschen durch bewaffnete Polizeisoldaten

gutzubeißen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich war vom Wannsee-Bahnhof mit einigen anderen Leuten nach dem Großen Stern zu gegangen, und wir sahen auf dem Wege nach Dönhofs eine Kavallade von etwa 60 Schulkleuten nach dem Stern zu sprengen. Als wir uns etwa 200 Schritt vom Stern entfernt befanden, schwärmten die reitenden Schulkleute aus in die verschiedenen Alleen und schlugen auf die dort Befindlichen ein. Wie ich später hörte, hat der kommandierende Hauptmann die Leute aufgefordert, auseinanderzugehen und dann sofort gegen die Leute, die diesem unbedingten Befehl ja gar nicht nachkommen konnten, und die ihm auch gar nicht gehorcht haben konnten, den Befehl zum Einhauen gegeben. Natürlich wichen die Leute zurück, suchten sich auf den Rasen zu retten, und auch auf diesen sprengten die Schulkleute und schlugen auch auf die Fliehenden ein. Darin zeigt sich ja gerade die Brutalität, daß auf Fliehende, auf wehrlos am Boden Liegende und auf Frauen und Kinder eingeschlagen wurde. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Darin zeigt sich auch die Freigebigkeit!) Nach der Parade fanden sich die Leute wieder zusammen und die Polizeibeamten haben sich hernach, wohl auf Befehl eines anderen Beamten, etwas vernünftiger benommen; es sind am Stern etwa drei oder vier Alleen geritten worden. Die Leute haben natürlich auch weiter von ihrem Rechte Gebrauch gemacht, sie haben Hochrufe auf das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausgebracht, und als die Leute dann später abgogen, bildeten sich natürlich wieder Züge, die nach allen Richtungen gingen. Einer dieser Züge, der hier auf dem Königsplatz ankam, wo ebenfalls eine Menge von Leuten sich friedlich angeammelt hatten, ist auch von reitenden Schulkleuten auseinander gesprengt worden. Die Schulkleute sind auf die Treppen der Siegesallee und auf die Anlagen hinaufgesprengt. Wenn also irgendwo die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gestört worden ist, wenn Anlagen zerstört und zerstört worden sind, so ist das ausschließlich diesen Emissären des Herrn Jagow zu danken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ähnlich ist es auch im Treptower Park zugegangen. Da ist die Hauptmacht der Polizei zusammengezogen gewesen. Sie hat da weniger Demonstranten gefunden, sondern mehr Leute, die aus Nachbarorten gekommen waren. Sie hat aber um so brutaler unter diesen gehaust. Es ist in die Leute hineingeritten worden. Leute, die auf den Bänken saßen, sind

heruntergerissen und mit Schuhmannsfädeln traktiert

worden. Ueber diese Tatsachen gibt es auch Mitteilungen aus bürgerlichen Blättern. (Zurufe rechts: Aha! „Tageblatt“) (Zurufe vom „Berliner Tageblatt“.) (Lachen rechts.) Es ist nichts interessanter, als daß die Herren von der konservativen Partei, sowie mal ein bürgerliches Blatt oder eine bürgerliche Partei in irgendeiner Frage die Rechtmäßigkeit sozialdemokratischer Kundgebungen verteidigt, das mit höhnischem Gelächter begrüßen, als ob das ein Verbrechen sei. Es wird da erzählt, wie eine wehrlose Dame ohne jeden Grund mit

Haufschlägen in das Genick niedergeschlagen

wurde, so daß sie bewußtlos liegen blieb. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wollen Sie auch hier wieder höhnisch lachen (nach rechts)? (Rufe rechts: Erlogen!) Ah nein, das sind Tatsachen, die sich beweisen lassen! Ihr höhnisches Lachen, Herr Graf Bismarck, ehrt Sie außerordentlich. Ich habe gerade ein Beispiel gewählt, das sich unter bürgerlichen Leuten in Treptow abgespielt hat. (Erneutes wiederndes Gelächter rechts.) Rufe bei den Sozialdemokraten: Ruhe!) Ihr Lachen ist eine

Schamlosigkeit ohne gleichen.

Wenn Sie (nach rechts) die Demonstrationen auch selbst nicht

Kleines feuilleton.

Wahlrechtslied.

Melodie: Die Nacht am Rhein.

Es braukt ein Ruf durchs Land einher: Wir dulden keine Knechtschaft mehr! Frisch treibt und grünt der Freiheit Saat. Der Deutschen Volk steht auf zur Tat. 1/2: So flattert hoch das Kampfpanier 1/2: 1/2: Das freie, gleiche Wahlrecht fordern wir! 1/2:

Viel Millionen schaffen treu Des Landes Wohlfahrt stets aufs neu. Vom Frevelmut des Rechts beraubt, Erheben zornig sie das Haupt. 1/2: So flattert . . . 1/2:

Und Millionen stehn im Feld, Zum Wahlrechtskampfe kühn gefeilt. Sie ziehn durchs Land in mächtigem Bund, Ihr Zug tut ihren Willen kund: 1/2: So flattert . . . 1/2:

Und beugt sich nicht der Willkür Macht, Ziehn wir vereint zu kühner Schlacht: Die Arbeit ruh in Stadt und Land, Bis wir zerprengt der Knechtschaft Band! 1/2: So flattert . . . 1/2:

Hell tönt der Klang durchs weite Land. Wir stehn geeint mit Herz und Hand. Der Herrentotz zu Boden sinkt, Der Freiheit Lied durchs Volk erklingt. 1/2: So flattert hoch das Kampfpanier 1/2: 1/2: Das freie, gleiche Wahlrecht fordern wir! 1/2:

Finische Sittenpolizei. In einem Briefe aus Petersburg erzählt man dem „Clair“, wie in Finnland die Sittenpolizei ihres Amtes walte. Finnland ist, wie jedermann weiß, das „feministischste“ Land auf Erden; die finnischen Frauen sind Wählerinnen und wählbar. Auch die Sittenpolizei liegt in Finnland in den Händen der Frauen. Zwei Sittenpolizistinnen wurden im Jahre 1907 in Helsingfors ernannt; vier im Jahre 1909 in Abo und zwei in Wiborg. Natürlich haben diese Frauen nicht den Auftrag, die Straßen zu überwachen und noch weniger Verhaftungen vorzunehmen. Ihre Aufgabe ist vielmehr moralischer Natur: sie suchen die gefallenen Frauen auf und fagen ihnen jede erdenkliche Unterstützung zu, wenn sie sich wieder aufrufen und von dem unsittlichen Leben lassen wollen; sie suchen ferner junge Mädchen, die ganz allein und ohne Mittel da stehen und insofern am leichtesten der Verführung ausgesetzt sind, zu beschützen, indem sie ihnen Arbeit und ein gutes Unterkommen verschaffen. Endlich lindern sie auch noch die Not der unglücklichen Frauen, die sich nicht mehr aus dem Schmutz erheben können; den älteren unter ihnen verschaffen sie Aufnahme in Asyl; für die verlassenen Kinder sorgen sie in hochherziger Weise, indem sie sie ein Handwerk lernen lassen und sie zu würdigen Mitglieder der menschlichen Gesellschaft heranbilden. Die Polizeichefs der Städte, in denen dieses System in Kraft ist, sind mit den erzieltsten Resultaten sehr zufrieden.

Notizen.

— Musikchronik. Liszt's „Dante-Sinfonie“, in Berlin seit langem nicht gehört, gelangt am 16. März beim V. Sinfonischen Musikabend des Wäthner-Orchesters unter J. Stranz's Leitung und unter Mitwirkung des Berliner Lehrerinnen-Gesangsvereins zur Aufführung. Professor Petzsch's spielt vorher Gagnon's G-dur-Konzert, das in Berlin noch nie zur Wiedergabe gelangt ist.

— Ein künstlerisches Kinematographentheater soll unter dem Namen „Lichtspiel-Palast“ im Mozartsaal errichtet werden. Es soll hier ein von ersten dramatischen Schriftstellern beratenes Programm zur Darbietung gelangen, das ein Dutzend Musikstücken wird. Die Preise der Plätze in dem 1500 Personen fassenden Theater werden sich zwischen 3 M. und 50 Pf. bewegen

— Carl Reinecke, der letzte Vertreter der Musik Schumanns und Mendelssohns und langjähriger Leiter der Leipziger Gewandhaus-Konzerte ist im Alter von 86 Jahren in Leipzig gestorben. Er hat als Lehrer, Dirigent und Klavierspieler, weniger als Komponist nachlassiger Art seine weitgehende Bedeutung gehabt. Freilich gehörte seine musikalische Richtung (er war 1824 in Altona geboren und seit 1860 Dirigent der Gewandhaus-Konzerte) einer Zeit an, die längst von neuen Strömungen (Wagner!) abgelöst war. Aber seine Mozartvorliebe, die er auch als Klavierspieler betätigte, hat ihn auch an Späteren sympathisch gemacht.

— Der geadelte Dichter. Wie wenig das deutsche Bürgerthum seine gesellschaftliche Emanzipation durchgeführt hat, wird uns in höchst belustigender Weise immer wieder durch die Verleihung des Adelsstitels an hervorragende Dichter und Künstler vor Augen geführt. Weil die herrschende Sippe der ehemaligen Straßen- und nummernreichen Volksrechtstränder und Agargangnugnieher das „von“ vor ihrem Namen führen, wird verdienten, unbescholtene Bürgern zugemutet, dies Prädikat als Auszeichnung anzunehmen. Und sie nehmen es in der That an! Zu ihrer Entschuldigung mag es dienen, daß sie die Deklassierung meist erst in einem Alter empfangen, wo sie sozusagen wehrlos sind. Paul Heyse, dem seinen Nobellisten, der ein Epigone sein mag, aber sicher auch ein Meister deutscher Sprache ist, widerfährt jetzt wegen seines nahenden 80. Geburtstages das Schicksal, dem Goethe und Schiller auch nicht entgingen. Natürlich nicht in Preußen sondern in Bayern.

Schulen für tuberkulöse Kinder. Wie der Schul-ausschuß des Londoner Grafschaftsrats, hat nun auch die New Yorker Schulverwaltung die Errichtung einer für tuberkulöse Kinder bestimmten Schule beschlossen. Neben der Gefahr für die gefunden Kinder, die der gemeinsame Unterricht mit sich bringt, entsteht für die kranken Kinder insbesondere der Nachteil, daß sie durch den Verkehr mit gefunden über ihre Kräfte angestrengt werden. Auch ist eine besondere Fürsorge vorgezogen, wie sie nur in einer eigenen Anstalt geboten werden kann. Denn Kindern soll in der Schule auch die erforderliche Ernährung zuteil werden. Eine entsprechende Bekleidung soll gleichfalls von der Schule geliefert werden. Jetzt fehlt nur noch, im Interesse der zu heilenden Kinder wie ihrer Umgebung, auch ihre Aufnahme in eigene Anstalts-schlafstätten.

billigen, so müssen Sie doch soviel menschliches Mitgefühl haben, daß Sie ruhig sind, wenn hier über derartige Brutalitäten gesprochen wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Wenn ich recht gehört habe, haben Sie einen Teil des Hauses schamlos genannt.

Abg. Ledebour: Jawohl, das habe ich getan.

Präsident Graf Schwerin: Hierfür rufe ich Sie zum zweitenmal zur Ordnung, und mache Sie auf die Folgen eines event. weiteren Ordnungsrufes aufmerksam.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Herr Präsident, Sie haben das diesmal eine Rüge erteilt, aber keinen Ordnungsruf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich habe das diesmal auch leider einen Ordnungsruf hinzuzufügen müssen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ledebour: Ich appelliere an das nicht korrigierte Stenogramm. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter kann ich mich nun auf Herrn Gothein berufen, der in einer Zuschrift an die Presse ausdrücklich bestätigt, daß nach seinen Beobachtungen überall die Demonstranten sich in der ruhigsten und friedlichsten Weise benommen haben, und daß Störungen nur auf die Polizei zurückzuführen waren. (Sehr wahr! links.) Wie wird nun das Verhalten der Schulleute entzündet? Da habe ich zum Beispiel gehört, daß man sagt, wie kann man den Schulmeistern solche Vorwürfe machen, wo sie doch Bluthunde genannt worden sind. Es ist möglich, daß dieser Ausdruck gefallen ist, aber doch nur, nachdem die Schulleute in die Menge hereingeritten waren, nach den polizeilichen Übergriffen. Wie kann man also damit die vorhergegangenen Attentatsverbrechen wässern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Mißhandlungen von Frauen durch Polizisten habe ich von einem philisterhaften Herrn verteidigen hören, er medierte: Na, weshalb gehen Sie hin. Nun, die Leute haben genau denselben Recht wie jeder andere Mensch, sich in einem öffentlichen Park von Berlin aufzuhalten. In einer derartigen Neuerung zeigt sich eine Gesinnung, wie ich sie vorher hinreichend gekennzeichnet habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Am beweiskräftigsten für das Schulbewußtsein des Herrn v. Jagow sind die Kundgebungen, die der Herr sich selber gestattet hat auf die Kritik, die außer in unserer Presse, auch in allen anständigen Organen der bürgerlichen Presse ausgeübt worden ist an diesen Polizeitalenten. Es war am Sternplatz im Tiergarten vorgekommen, daß ein älterer Mann niedergedrückt, von Demonstranten in ein Automobil gebracht und weggeführt wurde. Diesen Fall erwähnt der Polizeipräsident in seiner Kundgebung und teilt dann mit, daß ein Herr einem Schutzmann gegenüber behauptet habe, der Mann habe nur simuliert und sei dann in der Drohke aufgegriffen, um ein Hoch auf das allgemeine Wahlrecht auszurufen. Seinen Namen habe dieser Herr dem Schutzmann nicht genannt, weil er mit den Gerichten nichts zu tun haben wolle, hat sich aber, wenn es sein müsse, bereit erklärt, die Sache zu bezugeln. Ich meine, ein dergleichen Überlegung hätte doch dem Herrn v. Jagow sagen müssen (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ja, wenn er die hätte Heiterkeit!), daß mindestens die Möglichkeit vorhanden war, daß dieser Herr sich geirrt haben konnte. Es waren noch andere Leute in das Automobil eingestiegen, er hat einen aufstehen und hochrufen sehen und urteilt dann ohne weiteres, daß sei der Verunglückte gewesen. Eine so unwahrscheinliche Behauptung (Schluß der Herr Polizeipräsident ohne weiteres herunter und gibt sie dann in diesem Ertz wieder von sich. (Heiterkeit.) Einen schlagenden Beweis für das böse Gewissen dieses Herrn kann ich mir gar nicht denken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Unfähigkeit!) Einer der Leute, die mit in die Drohke gehiegen waren, hat dann auch am anderen Tage die ganz natürliche Erklärung gegeben, nicht der Verunglückte, sondern einer der Demonstranten habe das Hoch ausgebracht. Wenn der Herr Polizeipräsident so blind in seiner peinlichen Verlegenheit in derartige Sachen hineintappt, sollte das ein Anlaß sein für die preussische Regierung, sich sobald wie möglich von einem solch blamablen Polizeibeamten zu befreien. (Unruhe rechts. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich darf auch diesen Ausdruck nicht dulden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Was soll man eigentlich dann noch sagen können!) Das ist meinem persönlichen Urteil überlassen, was ich für die Ordnung des Hauses für zulässig halte oder nicht. (Bravo! rechts.)

Abg. Ledebour: Herr Präsident, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck blamabel nicht die subjektive Ansicht des Betreffenden enthält, sich zu blamieren, sondern daß seine Handlungsweise blamierend wirkt. Das kann allen möglichen Dingen passieren, das kann sogar dem Präsidenten des Reichstages passieren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Ich bitte Sie jedenfalls, den Ausdruck nicht mehr zu gebrauchen.

Abg. Ledebour (fortfahrend): Der Herr Polizeipräsident hat den Beweis dafür, daß er in das System Bethmann Hollweg vorzüglich hineingepaßt, dann noch durch eine andere Kundgebung geliefert. Es ist da nämlich von irgendeiner Person dem Polizeipräsidenten eine Summe von 300 M. zur Verteilung an die bei dieser Gelegenheit verunglückten Schulleute übergeben worden. Dagegen, daß jemand, der eine starke Neigung zu Schulmeistern oder zum Polizeipräsidenten v. Jagow hat (Heiterkeit), sie mit 300 M. unterstützt, ist gewiß nichts einzuwenden. Aber dieser Mann hat dabei einen Brief geschrieben. Dieser Brief enthält derart niedrige Auffassungen von der Bevölkerung, die für das allgemeine Wahlrecht demonstrierte, daß wir sehr entschieden dagegen protestieren müssen, daß der Polizeipräsident sich erlaubt, diese Kundgebung anonym zu publizieren und sich damit den Inhalt zu eigen macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß ich mich da im Einklang befinde nicht nur mit meinen Parteigenossen, den 4 Millionen Klassenbewußter Sozialdemokraten, die es jetzt im Deutschen Reich gibt, sondern wahrscheinlich auch mit Millionen mindestens liberaler und Zentrumshänger. Das Leute, die für irgendetwas demonstrieren, zu denen jetzt erfahrungsmäßig nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Liberale aller Schattierungen und Zentrumskräfte gehören, in einer solchen Kundgebung, die nun durch den Herrn Polizeipräsidenten zu einer amilichen gemacht ist, für eine radikalistische unkeife Pöbelmasse erklärt werden, das ist wieder ein Ausdruck, für den mir der parlamentarische Ausdruck fehlt. (Sehr gut und Heiterkeit links.) Würde doch auch z. B. der Herr Abgeordnete Raumann danach zu der radikalistischen unkeifen Pöbelmasse gehören. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Herr Raumann wird sich ja darauf wenig machen, aber ich weise nur darauf hin, zu welchen Konsequenzen diese Verurteilung des Herrn v. Jagow führen, seine polizeilichen Übergriffe nachträglich zu rechtfertigen. Wie das auf

das Ausland

gewirkt hat, haben Sie ja aus den Zeitungen ersehen. Man hat dort zunächst die unglücklich tonische Seite dieser polizeilichen Verurteilung, eine große Volksbewegung einzubäumen, aufgefaßt und hat darüber gelaßt. In England wäre ein solches Verhalten eines Polizeibeamten unmöglich. Jedenfalls würde der Minister, der das zu bedenken verläßt, ohne weiteres geliefert sein. Wir müssen ja bei unserer Interpellation von der Voraussetzung ausgehen, daß der Herr Reichskanzler diese polizeilichen Übergriffe mißbilligt und dem hier Ausdruck geben wird. Aber die Möglichkeit ist auch nicht ausgeschlossen, daß, wie bei früheren Gelegenheiten, der Corpsgeist des bürokratischen-polizeilichen Regiments den höchsten Reichsbeamten veranlaßt, in einigen kurzen Redewendungen den Polizeipräsidenten zu decken. Dadurch würde die Sache aber ein anderes Gesicht für die Öffentlichkeit gewinnen. Aber es ist vollkommen ausgeschlossen, daß, selbst wenn Sie diese Niederwerfung harmloser Protestierenden wiederholen lassen, wenn Sie zugeben, daß die Polizeibehörden bei uns ein derartiges

Unterdrückungsregime nach russischem Muster

einführen, daß Sie damit erreichen, daß unsere Parteigenossen auch nur einen Schritt zurückweichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden unter allen Umständen die Aufgabe, die uns durch die geistliche Entwicklung jetzt geworden ist, in Preußen für ein freies und gleiches Wahlrecht zu sorgen, so lange mit allen Mitteln verfolgen, die uns zu Gebote stehen, bis wir das Ziel erreicht haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, daß wir infolge der aufrüttelnden Wirkung der Wahlrechtsdemonstration und übrigens auch der Wahlrechtskundgebung der Regierung in ihrer Vorlage für unseren Kampf auch die Unterstützung weiter bürgerlicher Kreise finden werden. Und ist jeder willkommen, nicht nur die Herren Freisinnigen. Vielleicht greift es allmählich noch über bis an die Linie, die die Rechte von den übrigen bürgerlichen Parteien scheidet. Was Sie außerdem durch Ihre Maßnahmen erreichen, ist eine

furchtbare Erbitterung

unter den weitesten Volkskreisen in Preußen und Deutschland. Sie behaupten immer, wir seien die Staatszerstörer, wir untergraben die Autorität. Aber, meine Herren, die Untergrabung der Autorität wird durch Sie selber bewirkt, dadurch, daß Sie derartige Übergriffe Ihrer Polizeioorgane zulassen und nachher deden, dadurch, daß Sie die große geschichtlich gebotene Volksbewegung in Preußen durch derart kleinliche Mittel einzubäumen suchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Aufgabe ist es nur, daß dem Volke klarzumachen und es aufzurufen, daß es sich

die Mißregierung in Preußen und Deutschland nicht länger gefallen

läßt. Die preussische und deutsche Regierung untergräbt die Staatsautorität genau so, wie einzelne Monarchen in Europa weit mehr das Ansehen der Monarchie in unserer Zeit untergraben haben, als es irgendein noch so energisch gegen die Monarchie redender Sozialdemokrat tun könnte. Ich erinnere an den früheren König von Serbien, an den früheren König von Belgien. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und so weiter! Ungeordneter Scheidemann: Warum in die Ferne schweifen! (Große Heiterkeit.) Genau so geht es mit der Staatsautorität der Regierung in der Bureaucratie. Die heutige Bureaucratie ist nicht um einen Pfifferling besser als die Bureaucratie in Preußen, die 1806 so schamlos zusammenbrach. Wir haben jetzt ein Reich und alle möglichen Fortschritte auf kulturellem Gebiet, aber der Geist der preussischen Bureaucratie ist derselbe geblieben, es sind dieselben Heiden lobebären, nur die Namen ändern sich. (Heiterkeit.) In einem wirklich kulturell entwickelten Staate hat ein Staatsmann diesen Wahlrechtskampf ganz anders beurteilt. In Oesterreich ist bekanntlich der Sieg des Volkes, das für das allgemeine Wahlrecht kämpfte, rascher errungen worden, als bei uns. Das liegt an bestimmten historischen Ursachen, aber auch die österreichischen Staatsmänner haben auf erheblich höherem Niveau als die heutigen Regierenden in Preußen. Der österreichische Ministerpräsident v. Beck hat am 8. November 1906 im österreichischen Reichsrat folgendes gesagt: Wenn diese Ereignisse nicht die schwersten Erschütterungen in unserem staatlichen Organismus hervorgerufen haben, so ist dies nur unserer robusten wirtschaftlichen Konstitution zu danken. Aber wir dürfen nicht, auf diese vertrauens, weiter sündern, wir dürfen nicht länger politisch zurückbleiben, wir müssen und vielmehr zu energischer politischer Tätigkeit aufstehen. Das aber vermögen wir nur dann, wenn wir den gewaltigen Strömungen, die das öffentliche Leben bewegen, ein breiteres Bett graben, wenn wir an eine Vertiefung der Volksrechte gehen. So spricht ein wahrhaft konservativer Staatsmann, der die bürokratischen Traditionen überwinden hat. Wäher haben wir vom Bundesratsrat und im preussischen Abgeordnetenhaus niemals Worte gehört, die auch nur entfernt an die staatsmännische Erkenntnis des Herrn v. Beck heranreichen, vielleicht bekommen wir sie heute zu hören. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber ob wir sie zu hören bekommen oder nicht — um einmal ein Wort des Herrn Polizeipräsidenten v. Jagow zu gebrauchen —: Ich warne Sie! Wenn Sie so weiter fortfahren, was werden Sie erreichen? Sie werden keine Bewegung eindämmen, Sie werden den Zusammenbruch dieses elenden und widerstännigen — wie der Fürst Bismarck treffend gesagt hat — Wahlrechts und seines nicht minder ansehbaren Gefalles nicht ausfallen. Sie werden aber, wenn Sie sich fortgesetzt gegen den Volkswillen sträuben, wenn Sie die Volksbewegung niederzujubeln versuchen, diese Volksbewegung zu einem gewaltigen Aufschwollen bringen. Sie wird noch weitergreifen, noch weitere Ziele sich setzen, wie wir jetzt schon genötigt sind, indem wir für das allgemeine Wahlrecht kämpfen, gleichzeitig das Versammlungsrecht des Volkes zu verteidigen, und sein Demonstrationsrecht, das von diesem in diesem Hause unangelegentlichem Herrn angegriffen wird. Je länger Sie sich dagegen sträuben, je länger Sie vergebliche Versuche machen, mit Ihren kleinen Sandhäufchen die wachsende Meeresflut einzudämmen, um so stärker wird sie niederreichen, wenn sie die Dämme bricht, und dann wird noch ganz anderes historisches Geräusch als bloß das elende Dreiklassenwahlrecht in die Kumpfkammer der Reichsdichte gesagt werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Delbrück:

Ich muß mich mit zwei Fragen beschäftigen, erstens, ob eine Verletzung des Vereins- und Versammlungsgesetzes vorliegt und zweitens, ob das in der Interpellation gestellte Vorgehen des Polizeipräsidenten v. Jagow dem Reichskanzler Veranlassung geben müßte, mit der preussischen Regierung sich wegen der Abstellung derartiger Mißstände ins Einvernehmen zu sehen. Ich erinnere daran, daß ich und mein Vorgänger wiederholt den Standpunkt vertreten haben, daß ein Eingriff in die Exekutive der Einzelstaaten im Reiche nicht zusteht, daß wir eine Verantwortung für die Handlung einzelner Beamten nicht übernehmen können, und daß auch auf Grund der Reichsgesetze ein Einschreiten den Bundesstaaten gegenüber nur insoweit möglich ist, als wir feststellen können, daß die Zentralbehörden der betreffenden Bundesstaaten sich grundsätzlich mit den Bestimmungen der Reichsgesetze in Widerspruch setzen. Der Redner hat ja den Vorgang in wesentlichen Part vorgetragen. Der Vorsitzende des Aktionsausschusses des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, Herr Eugen Ernst, und der Landtagsabgeordnete Vorgrann haben beim Polizeipräsidenten für den 6. März mündlich die Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und zur Veranstaltung von Aufzügen in Berlin nachgesucht. Der Polizeipräsident hat dieses Gesuch abgelehnt. Für den Treptower Park, der nicht zum Bezirk des Polizeipräsidenten gehört, ist eine Genehmigung bei der zuständigen Ortspolizeibehörde nicht nachgesucht worden. Diese Ortspolizeibehörde hat die Schließung des Parks angeordnet, nachdem ihr bekannt wurde, daß anstelle der verbotenen Versammlung ein Spaziergang im Park stattfinden solle. Sie hat auch den Polizeipräsidenten um Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung gebeten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hier lediglich die Tatsachen vorgetragen, die meines Wissens unstreitbar sind, und die für die weitere Beurteilung der Dinge nicht von übermäßiger Erheblichkeit sind. Es dreht sich um die Frage, ob der Polizeipräsident berechtigt war, die öffentliche Versammlung und die geplanten Aufzüge zu verbieten oder nicht. Gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten ist Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben worden. Das Verfahren schwebt. Es wird zweifellos durch alle Instanzen gehen und durch eine letztinstanzliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts seine Erledigung finden. Ich muß bedenken tragen, unter diesen Umständen im Einzelnen in eine Kritik der Tatsachen einzutreten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Entscheidung gefallen ist, wird es meine Sache sein zu prüfen, ob nach der Entscheidung des höchsten preussischen Gerichtshofes für mich eine Veranlassung vorliegt, mich mit dem preussischen Minister des Innern wegen des Verhaltens seiner Polizeioorgane ins Einvernehmen zu sehen.

Nach § 7 des Vereinsgesetzes bedürfen öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge der Genehmigung, die nur verweigert werden soll, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Der betreffende entscheidende Beamte muß die Befürchtung haben, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit eintritt. Sie werden zugeben müssen, daß damit ein starkes subjektives Moment in die Entscheidung hineingetragen ist. Sie werden auch bei der objektiven Handhabung bei der Entscheidung den Einfluß von Takt, Temperament und Erfahrung bei den betreffenden Beamten nie mals ausschließen können. Daneben aber müssen Tatsachen vorliegen, die objektiv geeignet sind, eine derartige Befürchtung zu begründen. Nun werden diese Tatsachen an verschiedenen Orten und unter verschiedenen Voraussetzungen ganz verschieden zu bewerten sein.

Es ist zweifellos richtig, daß an sich die Absicht, eine politische Demonstration zu veranstalten, nicht allein und unter allen Umständen geeignet ist, die Befürchtung zu begründen, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt. Es wird überhaupt in den allerersten Fällen der Zweck einer derartigen Veranstaltung allein entscheidend sein können für die Genehmigung oder Verweigerung. Der Zweck kann an einem Orte unbedenklich sein, an einem anderen bedenklich. In Betracht kommen noch die Lage des Ortes, seine Größe, seine Zuwege, der Zahl der Menschenmenge, die Wohnstätten der Bevölkerung und ob nicht die Gefahr vorliegt, daß außer den Demonstranten nicht noch bedenkliche Elemente sich einfinden, die ihrer Disziplin nicht unterliegen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die Schulente! Heiterkeit.) Nun hat der preussische Minister des Innern mit vollem Recht angenommen, daß eine allgemeine Vorchrift über die Voraussetzungen, unter denen eine solche Versammlung genehmigt oder nicht genehmigt werden kann, nicht erlassen werden soll. Die Folge davon ist, daß ein Teil der Polizeibehörden solche Umzüge zum Zwecke der Wahlrechtsdemonstration genehmigt haben und andere nicht. Es liegt für mich zurzeit keine Veranlassung vor, gegen diese allgemein dem Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes entsprechende Anordnung des preussischen Ministers irgendwelche Schritte zu unternehmen. Wir werden zunächst abwarten müssen, wie die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gegenüber dem Polizeipräsidenten ausfällt. Nun handelt es sich um die Frage, ob das Verhalten des Polizeipräsidenten in bezug auf den Wahlrechtsparadiegang ansehbar war oder nicht. Ich will mir vor der Entscheidung der Gerichte kein Urteil gefallen lassen. Wenn aber das Verbot des Polizeipräsidenten zu Recht bestand, so war er berechtigt, Vorkehrungen zu treffen, daß es nicht umgangen wurde. Er hat ganz korrekt den Herren, die die Erlaubnis nachgesucht hatten, mitgeteilt, daß wenn dieser Spaziergang den Charakter eines Aufzuges annehmen würde, er genötigt sein würde, ihn zu verhindern. Der Gang der Ereignisse hat dem Polizeipräsidenten recht gegeben. Es handelt sich nicht um einen harmlosen Spaziergang. Ich bin auch am Sonntag im Tiergarten gewesen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten. Stürmische Heiterkeit.) Wenn eine große Menge von Menschen in geschlossenen Reihen, unter Führern, auf bestimmte Plätze nach einem einheitlichen Plan dirigiert wird, wenn sie äußerlich durch das Entfallen von roten Fahnen, durch Hochs auf das allgemeine Wahlrecht demonstriert, so ist das kein Spaziergehen, keine Freude an dem schönen Frühlingssonnenschein. (Ho-Rufe bei den Sozialdemokraten.) So ist das eine öffentliche Veranstaltung, ein öffentlicher Umzug, und Sie können sich nicht beschweren, wenn von der Polizeibehörde dergleichen eingeschritten wird. (Widerspruch links.) Nun besteht in Preußen die Anordnung, daß in solchen Fällen die Polizei durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken soll, daß sich derartige Ansammlungen zerstreuen, daß sie von den Verkehrszentren abgehalten und in andere Strafenzüge abgelenkt werden. Das ist eine allgemeine Anordnung, deren Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit niemand bestreiten wird. Nun hat der Redner behauptet, und auch in der Presse ist das geschehen, daß die Soldate nicht in zweckmäßiger Weise durchgeführt wurde. Es wurde behauptet, daß einzelne Beamte sich Übergriffe erlaubt haben, daß sie mit ungeeigneten Mitteln bestrebt waren, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es wird behauptet, daß Unschuldige, Frauen und Kinder, völlig Unbeteiligte durch das Eingreifen der Polizei nicht nur in Schreden gesetzt, sondern auch an ihrer Gesundheit geschädigt wurden.

Ich bin ganz außerhande, diese Einzelheiten zu prüfen. Die Prüfung und Beurteilung dieser Frage gehört auch nicht zur Zuständigkeit des Reichstages. Das muß dem preussischen Abgeordnetenhaus und der preussischen Regierung überlassen werden. Wenn aber tatsächlich unbeteiligte, unschuldige Personen, wenn Frauen und Kinder, durch das Eingreifen der Polizei in bezug auf ihr Leben gefährdet und hinsichtlich ihrer Gesundheit geschädigt sein sollten, so ist das sicherlich auf das äußerste zu beklagen, nicht bloß im Interesse der betreffenden Opfer, sondern auch im Interesse der Polizeimannschaften. (Sehr gut! rechts), die den schwersten Dienst hatten. (Sehr richtig! rechts.) Man kann also wohl verstehen, daß unter dem Eindruck dieser Anstrengungen einmal ihre Nerven verlagert haben. (Zustimmung rechts, Zuruf links: Sie hätten zu Hause bleiben sollen!). Darüber haben nicht die Beamten zu befinden, sie haben nur ihre Pflicht zu erfüllen. Daß diese Pflichterfüllung in den letzten Monaten manchmal sehr schwer war, das werden Sie bei objektiver Beurteilung nicht bestreiten können. (Sehr richtig! rechts.) Aber wenn man im Anschluß an diese Vorgänge, von denen ich nicht weiß, ob sie sich sogetragen haben, wie sie der Redner nach Pressemitteilungen darstellte, sagt, daß für diese Vorgänge verantwortlich wären der leitende Staatsmann und die Polizei, dann möchte ich doch darauf aufmerksam machen, daß die Verantwortung in erster Linie diejenigen trifft, die ohne die Genehmigung einen Aufzug zu veranstalten (Sehr wahr! rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten), ihn veranstaltet haben und dadurch der Polizeibehörde nicht nur die Möglichkeit, sondern in gewissen Grenzen auch die Pflicht gegeben haben, einzuschreiten. (Lebhafte Beifall rechts, Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Bebel (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Hertling (Z.): Wir halten daran fest, daß die im § 7 des Vereinsgesetzes vorgesehene Genehmigung für Versammlungen unter freiem Himmel nur wegen Gefährdung der Sicherheit, nicht schon wegen Gefährdung der Ordnung verweigert werden darf. Die Entscheidung aber, ob eine solche Gefährdung vorliegt, kann von Fall zu Fall getroffen werden. Den wohldisziplinierten Demonstranten schließen sich nur leicht verwehliche Elemente an, über die Sie (zu den Sozialdemokraten) keine Gewalt haben. (Lebhafte Zustimmung rechts, Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es kann nicht geleugnet werden, daß die Gefahr der Störung der Sicherheit bei solchen gewaltigen Menschenansammlungen nur zu leicht vorliegt. (Lebhafte Zustimmung rechts, stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Bebel: Damit kann jedes Versammlungsverbot gerechtfertigt werden! Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es werde rote Fahnen geschwenkt, es fallen aufreizende Rufe (Stürmische Zustimmung rechts), es können sich Gegendemonstrationen bilden. Wegen das Verbot ist der reguläre Infanzzug gegeben, auf den die Herren Interpellanten zu verweisen sind. (Stürmische Zustimmung rechts und im Zentrum. Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Das Zentrum als Regierungspartei! Der Schnapsbottel findet sich wieder einmal zusammen! Stürmische Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Jund (noll., bei der großen Unruhe im Hause zunächst schwer verständlich): An sich ist nicht zu bestreiten, daß der Reichstag das Recht hat, die Handhabung eines Reichsgesetzes wie des Vereinsgesetzes, in den Bereich seiner Verhandlungen zu ziehen. Ich will auch nicht leugnen, daß mir die Begründung des Verbots durch den Polizeipräsidenten als zu subjektiv, allgemein-gefährlich, objektiv nicht genügend erscheint. (Lebhafte Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber das festzustellen, ist Sache der gerichtlichen Nachprüfung.

(Schluß im Hauptsaal.)

August Pietsch

G. m. b. H.

Rosenthaler Strasse 9, Ecke Auguststrasse

Bekleidungshaus grössten Stils

ERÖFFNUNG

Heute Sonnabend, den 12. März 1910

Herren-Anzüge neueste Fassons 875 1050 1200 1400
 Herren-Anzüge hochelegant... 1700 1900 2100 3800
 Gehrock-Anzüge 1900 bis 3600
 Bauch-Anzüge und Anzüge für Untersetzte für jede Figur.

Sensationelle Einführungs-Preise

Herren-Paletots moderne Muster 750 900 1100 bis 2800
 Herren-Ulster Mode 1910 1100 1300 1500 1800 bis 3100
 Jüngl.-Anzüge und Ulster, neueste Dess. 800 1000 1200 1400 bis 2700
 Hosen..... 190 250 300 bis 1200
 Kellner-Anzüge 1500 1900 bis 2300
 1 Post. helle, farbige Westen Wert bis 7.50 Mk. 175 300 bis 400

MASS-ABTEILUNG

Herren-Anzüge 30, 40, 50 m. Herren-Paletots 25, 35, 45 m.

Jeder Gegenstand ist mit dem festen, billigen Preis ausgezeichnet.

Zur Einsegnung!

Anzüge aus schwarzen Kammgarn- u. Meltonstoffen Mk. 21.50, 17.50, 14.50

Anzüge aus dunkelblauem Kammgarn-Cheviot, ein- und zweireihig. Formen Mk. 28.50, 24.50, 18.50

Anzüge aus Ufeschwarzen la. Kammgarn- u. Tuch-Kammgarn-Stoffen. Pa. Verarbeitung. Mk. 36.00, 30.50, 24.50

Anzüge zur Prüfung aus haltbaren, modern gemusterten Stoffen. Mk. 22.50, 19.00, 17.50



Nur eigene Konfektion. — Prima Roßhaar-Verarbeitung.

M. Schulmeister

BERLIN SO., Dresdenerstraße 4, Hochbahn-Station Kottbuser Tor.
 SCHÖNEBERG, Hauptstraße 149.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz
 Hut und Mützen Engros-Geschäft.
 Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Strohüte aller Art sehr billig. Weiche Herrenhüte v. 1.50-6.00. Nur fehlerfreie moderne Ware. Grösste Auswahl in Mützen und Strohhüten.

Kautabake — 5 Pfg.-Rollen der Firma Fischer & Herwig, Hann. Münden. Erstklassiges Fabrikat. Hauptniederlage: Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70 Amt VII, 3047.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose **Herkules** tragen.



Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte m. stark. Garn. Schwere Leder-Pilot-Laschen. Große Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe 4 M. 50

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw. **BAER SOHN** Spezial-Maass grössten Maßstabes Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 21 Gr. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 18. Haupt-Katalog gratis und franko.

A. B. Koch

Kohlen-Driftgroßhandlung Gegründet 1893. Haupt-Kontor Berlin O. 34, Petersburger Straße 1 (gegenüber Warschauer Straße). Feinpr. Amt 7 Str. 3040 u. 3096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen I. O. 34. Chb. Güterbahnhof, Eina. Niederbörner Str. 71. fr. Güterbahnh. II. O. 17. Chb. Güterbahnhof, Fruchtstr. 13. III. N. 113. Sehmstraße 28-31, Ede Schwelbener Straße. IV. N. 65. Antonstraße 86-11. Ede Ruhelandsstraße. Breite für nur 12 Marken ab 1200 bis 10 Jhr. an: Prima Halbhirne Herbinand Str. 88 St. Waringhild Sal. Str. 90 St. Wäckerichstr. und Gottl. Salan Str. 99 St. la Diamant, gef. gef. (fr. Str. 110-120 St.) Str. 105 St. Jisse Str. 105 St. la Anthrazit-Cade Str. 230

En gros detail **Knaben- und Jünglings-Garderobe** fertig u. nach Maß am billigsten und realsten in der Fabrik **Koppenstr. 85, part., 2 Minuten v. Schloss Bahnhof.** Karl Hustädt.

Abendkurse für Hochbau, Tiefbau, Gas- und Wassertechnik, Maschinenbau, Elektrotechnik. Techniker- u. Meister-Ausbildung. **Technische Akademie** Ständig konzessioniert. Berlin 43, Markgrafenstr. 100. Prospekt frei.

Soeben erschienen: **Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat.** Siebenter Jahrgang 1909. Herausgegeben vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt. Preis geb. 1,- M. Zu beziehen durch: Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW. 69 Lindenstraße 69 (Laden).

Herren- und Knaben-Garderobe fertig u. nach Maß auf Teilzahlung Woche von 1 Mark an **J. Kurzberg** Rosenthaler Str. 40.

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung meines großen Lagers in **Monats-Garderoben** sowie neuer Maßfächer: Anzüge, Paletots d. S.-M. an für jede Figur passend. Hosen, Arbeitsbekleidung. **Kirschenbaum, 155, Brunnenstraße 155.** (Ab 1. April: Vintenzstr. 247.)

Kredit. * **Möbel** auf Teilzahlung bei allerkleinster An- u. Abzahlung. Grösste Rückzahlung bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. **E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 4409L* gegründet 1898

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen monatliche Teilzahlung unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit. Billigste Preise. Uebertreibung ausgeschlossen, da an jedem Stück der Preis in Zahlen deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 60—80 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet. **Kein Abzahlungs-Geschäft.**

Hermann Vandsburger

Vornehme herren-Bekleidung fertig und nach Maass mässige Preise BERLIN feste Preise Friedrichstr. 7 Turmstr. 30a

Frühjahrs-Neuheiten **Ulster : Paletots Anzüge** In allen Preislagen.





A. WERTHEIM



G. m. b. H.

ORANIEN-STRASSE

Besonderes Angebot für Sonnabend:

Damenhemden Achselchluss, mit Durchbruch u. Langlettenbesatz **1.25**

Achselchluss, mit gestickter Passe **1.45**, Achselchluss, mit verschied. Stickereien **1.75**

Beinkleider Knieforn, mit Stickerei-Volant **95 Pf.**

Weisse Barchentrocke m. Langletten **95 Pf.**

Blusenhemd

hell- und dunkelgestreifte Popeline, Vorderteil u. Manschetten zum Knöpfen. . . **3.25**

Batist - Krepon

Punkt- und Blumenmuster, früherer Wert Mtr. 75 Pf. . Mtr. **48 Pf.**

Englische Kostüm-Stoffe

Leinen-Imitation, ca. 70 cm breit früherer Wert Mtr. 2.40 . . Mtr. **95 Pf.**

Ein Posten **Weisse Blusenhemden** in verschiedenen Ausführungen, mit Stickerei und Spitzen. . . **1.95, 2.45, 2.95, 3.75**

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen liefern elegante, fertige Herren-Garderoben

Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur I. Etage, kein Laden.

1. Ziehung 3. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. März, vormittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
478 238 844 111 20 939 1001 181 250 311 236 3000
735 807 35 2121 73 805 498 549 792 3041 139 388 312 485
750 4081 88 120 64 88 302 4001 436 543 770 821 5290 238
409 512 743 87 53 978 6094 310 411 061 032 886 7117
207 218 74 142 81 910 4001 8273 614 825 26 948 9028 859
348 88 525 95 658 732 29 527 15 80 977
10154 211 [500] 73 453 11050 177 553 94 497 804
75 64 84 12073 [400] 221 35 [300] 502 [500] 878 949 13082
89 [1000] 164 84 206 63 627 731 14062 85 118 32 237 683
15135 209 361 654 737 [300] 28 829 72 16149 203 8 209
872 1714 420 63 570 694 758 906 18085 242 94 250 000
7 922 19223 458 209 670 731 008
20905 23 92 [400] 219 515 49 989 21177 331 351 794
848 927 [800] 22184 53 [600] 433 88 892 888 911 23316
[300] 680 152 99 889 24080 672 800 25211 410 64 941 44
26135 56 27123 49 25154 217 83 259 411 703 89 29031
44 [300] 214 977
30083 433 34 [300] 81 927 26 80 807 31254 519 701
84 828 957 32784 290 489 029 809 33003 101 200
8 438 34070 212 585 624 939 292 30 35177 292 56 501
[300] 82 628 233 811 63 36059 290 441 61 98 256 66 67
618 37555 305 [400] 418 833 707 809 27 36000 14 133
90 [300] 83 89 297 331 643 830 80 39129 244 91 738 814
75 85
40190 129 277 583 745 803 942 41145 445 92 690
970 88 [500] 42297 673 79 720 613 [300] 90 801 67 43299
74047 58 257 17 804 44170 201 81 87 458 884 85 634
743 618 45127 [400] 210 [400] 390 402 296 46045 676
[400] 97 897 977 47117 24 433 706 48113 49676 150 220
471 679 822
50245 25 353 70 95 811 [500] 51809 488 [400] 850
83 943 52100 27 254 611 53109 319 64 855 924 54615
845 265 745 807 55904 251 87 884 [400] 483 733 58278
230 261 781 95 911 57098 961 83 622 73 794 403 58403
23 514 762 76 801 59200 [400] 612 15
60016 254 312 523 773 807 60 61124 387 469 83 500
90 671 79 700 80 817 910 75 62083 323 599 666 747 [300]
641 63098 406 40 14 235 790 307 81 64290 886 499 663
482 65024 104 264 [800] 79 321 26 501 66319 271 668
67006 867 544 83 654 909 68084 158 259 614 634 6 94
908 69097 252 507 812 [1000] 30 988
70111 72 256 896 427 557 68 817 967 71279 219 563
653 930 72348 307 62 807 73078 277 [300] 430 800 71
74047 58 113 200 628 26 75025 51 198 219 634 780 [300]
76056 13 133 67 378 662 695 798 77927 88 176 79 296
848 634 713 30 78287 217 29 501 741 854 61 150 62 94
79087 61 124 377 639 80 702
80281 37 482 739 800 81171 [400] 746 66 82086
227 275 [300] 449 26 254 81 94 704 802 980 83070 59 543
[500] 817 826 84302 254 65 898 99 887 841 85211 [1000]
852 92 512 748 89 276 42 86120 81 970 798 87865 831
94 [300] 880 88001 201 21 429 208 26 628 53 708 822
89314 494 82
90281 265 482 633 913 91380 716 83 92190 904 28
93128 214 385 630 117 27 74 807 309 23 94190 288 641
80 90 785 895 829 91019 [400] 25 328 80 379 514 70 607
80 711 29 96301 25 26 729 804 812 97201 34 619 776 214
20 98486 280 83 408 18 [500] 680 99079 164 293 463
100128 62 201 287 [800] 654 101028 327 288 500
28 608 88 812 978 102198 252 469 77 514 93 743 623
103129 51 274 121 847 [300] 104000 289 359 474 508 651
848 84 105128 [300] 84 208 13 [300] 28 445 616 20 91
948 [300] 106000 120 710 79 812 45 83 942 67 [300]
107861 503 108108 72 [300] 245 221 83 839 907 100124
811 28 512 631 700 91 815 915
110696 327 311 831 111809 150 [500] 90 98 [300]
429 43 608 43 812 83 112053 62 120 807 60 737 530 [400]
113811 [300] 118 26 707 678 79 784 951 114870 302 29
71 406 511 822 941 115014 485 74 90 777 910 12 116343
452 98 586 84 628 710 49 [300] 825 71 117081 175 87 31
211 208 18 544 675 943 118900 427 118924 87 82 [300]
89 111 580 [300] 47 80 623 43 701 [300] 899 980
120158 99 280 376 309 121069 70 161 93 283 122211
488 123294 70 250 447 [300] 124019 37 181 298 319 432
523 755 81 851 125013 101 229 729 286 126089 264 390
438 70 847 81 127163 [300] 215 459 128066 192 [300]
26 298 614 47 670 912 129285 462 552 912
130100 281 266 817 39 99 304 131642 86 282 480
453 50 634 132944 56 398 559 88 677 732 844 808 98
299 50 551 696 718 [300] 84 821 135051 361 [300] 97 493
133654 387 97 [300] 187 54 254 137288 822 138126
65 250 324 81 425 850 139065 219 82 [300] 67 78 923 214
140980 130 430 60 580 729 141067 58 132 71 274
143807 111 [300] 15 817 678 717 27 869 908 11 144101
222 74 822 300 145119 37 87 [300] 500 1 400 63 859 603
146289 319 513 97 147070 115 206 72 82 149004 183
82 148002 12 [300] 145 737 252 82 931 82 149004 183
201 82 429 706 718

1. Ziehung 3. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. März, nachmittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
63 142 223 601 737 800 19 73 90 1007 370 664 700 811
24 261 2149 89 201 429 718 3417 4125 213 207 419 596
630 130 5003 268 483 522 [500] 833 33 783 994 6318 55
4909 12 80 [3000] 809 919 7041 301 45 429 746 875 934 49
8000 271 320 548 744 925 9143 298 212 585 847 960
10158 238 520 795 305 25 11610 279 267 88 576 80
671 711 23 12355 737 [300] 942 13025 14129 350 318
668 848 913 16007 790 600 790 871 931 16169 941 17276
477 613 84 898 18074 271 319 47 441 787 843 982 19129
644 181 506 26
20123 55 389 430 819 21280 353 870 82 807 [400]
22148 238 40 23161 233 41 456 557 90 850 970 24207 66
411 211 25008 18 330 853 80 639 899 26125 839 429 74
[300] 624 27956 47 297 58 333 [400] 43 673 815 28130
[300] 207 900 29297 84 602 48
30705 85 931 31189 288 477 [300] 525 789 [400]
32303 604 [3000] 6 [300] 23 20 92 562 300 33415 85 339
841 342 600 43 [300] 34013 55 438 58 822 734 978 92
35096 335 483 753 829 36444 [300] 85 439 517 658 732
848 929 35 [300] 37722 370 38276 639 656 99 39033
864 851 680 828 95 921 42 89
40133 270 269 789 854 41128 408 21 522 711 15 81
617 42158 274 98 423 91 [300] 202 613 925 85 43057
812 255 250 502 82 930 44077 859 629 673 95 45042 843
443 823 66 46286 333 474 715 824 966 47063 76 230 17
89 696 703 [300] 23 48148 242 263 648 730 49197 202
82 261 422 43 555 711 56 [300] 211 954 88
50113 39 489 835 948 32 51137 622 52029 296 423
80 73 674 861 79 53283 580 86 54021 110 299 302 437
622 64 902 55187 [300] 208 338 85 886 56084 22 37 181
651 84 [300] 449 99 511 662 809 903 95 57600 83 774
58043 129 5 325 413 [300] 568 [400] 625 25 707 632 39
656 67 59253 228 240 612 723 93
60014 146 95 216 67 671 607 723 854 904 61163 283
82 504 19 629 715 [300] 820 44 847 62192 629 730 [300]
603 81 [3000] 82 63177 96 525 64138 579 341 436 910
65004 421 553 708 68518 129 87 308 2 91 85 [400]
833 99 824 827 841 [300] 67116 267 780 68056 59 214
[300] 36 [400] 637 825 977 80 69043 174 441 504 730 92
819 29 25
70081 123 65 265 411 97 500 343 71122 93 231 328
424 638 881 921 72278 73942 138 [300] 249 506 729 93
74507 494 603 12 86 84 759 98 77580 708 841 947 [400]
27 78006 20 257 91 679 743 63 69 87 925 63 927 [300]
79100 242 62 67 629 33 704 73 985
80979 208 566 418 597 891 81355 662 [300] 988
82280 349 877 83278 238 335 401 801 845 200 71 216 749
48 78 817 85091 113 223 340 45 [300] 867 86134 272
65 150 [400] 637 87479 11 508 [300] 617 43 789 836 [300]
900 [300] 88153 201 608 708 919 89287 496 817 794
90125 218 320 73 700 92 91044 89 345 934 [300]
92210 304 11 [300] 67 412 26 22 207 81 703 853 93043
168 267 223 469 94174 250 357 500 861 49 080 [300]
95061 [400] 350 35 [4000] 70 76 241 14 453 659 659 427
969 96464 [300] 574 733 849 51 97006 162 70 487 829
912 9821 445 548 35 802 900 90888 458 223 710 27
100213 218 323 743 821 82 101080 59 210 90 347
400 52 710 98 706 102148 245 91 489 907 728 800 103111
[300] 58 586 814 919 104066 200 312 916 72 105093 421
28 30 810 32 106106 187 237 547 [300] 830 81 107165
43 307 658 28 88 108987 113 [400] 217 69 825 58 547
610 34 778 109063 129 200 17 001 72 42 96 619 43 852
818 81
110095 478 70 832 919 111688 82 232 335 455 850
758 99 112901 46 217 95 450 632 718 808 8 25 85 930
827 113112 [300] 270 580 114048 [300] 228 79 08 303
802 7 25 863 94 115101 80 207 300 494 526 36 610 84
784 116843 914 23 40 43 117764 261 730 [300] 867
118029 25 61 [300] 244 84 303 768 [300] 804 11043
70 226 508 679 79 717 820
120918 135 92 320 300 [400] 214 681 50 121000
[300] 211 60 [300] 81 214 84 [300] 432 320 803 285 122174
213 482 608 534 972 123019 236 258 412 779 917 124067
125 48 84 221 68 99 344 677 708 319 302 125100 614 80
750 940 126181 24 818 18 [300] 27 628 748 882 127807
245 81 929 626 41 800 63 97 128182 26 63 481 334 771
61 [300] 830 303 129127 86 089 888 029
130011 [300] 42 83 217 831 145 876 919 83 131274
475 83 500 693 74 887 132018 191 272 300 434 677 403
133348 74 541 85 732 134211 901 135126 203 27 41
249 83 79 541 658 711 819 984 97 136100 13 77 283 524
110 85 853 75 137987 159 [300] 437 133 895 138001 91
910 306 543 680 91 [300] 833 60 63 94 811 [400] 139197
581 715 886
140095 141 833 623 934 141550 675 818 142000
11 49 405 890 61 942 143880 144013 123 106 145000
134 642 954 146021 190 18 85 218 [300] 77 223 428
517 62 620 721 67 844 147197 276 344 49 826 733 858
148129 84 429 39 312 149085 198 280 329 716 997
150049 282 244 283 97 48 980 151204 922 89
152006 218 38 882 811 212 153142 288 406 89 86 874
889 891 88 154348 [300] 009 155065 50 [400] 273 463

1. Ziehung 3. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. März, nachmittags.
Nur die Gewinne über 144 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
63 142 223 601 737 800 19 73 90 1007 370 664 700 811
24 261 2149 89 201 429 718 3417 4125 213 207 419 596
630 130 5003 268 483 522 [500] 833 33 783 994 6318 55
4909 12 80 [3000] 809 919 7041 301 45 429 746 875 934 49
8000 271 320 548 744 925 9143 298 212 585 847 960
10158 238 520 795 305 25 11610 279 267 88 576 80
671 711 23 12355 737 [300] 942 13025 14129 350 318
668 848 913 16007 790 600 790 871 931 16169 941 17276
477 613 84 898 18074 271 319 47 441 787 843 982 19129
644 181 506 26
20123 55 389 430 819 21280 353 870 82 807 [400]
22148 238 40 23161 233 41 456 557 90 850 970 24207 66
411 211 25008 18 330 853 80 639 899 26125 839 429 74
[300] 624 27956 47 297 58 333 [400] 43 673 815 28130
[300] 207 900 29297 84 602 48
30705 85 931 31189 288 477 [300] 525 789 [400]
32303 604 [3000] 6 [300] 23 20 92 562 300 33415 85 339
841 342 600 43 [300] 34013 55 438 58 822 734 978 92
35096 335 483 753 829 36444 [300] 85 439 517 658 732
848 929 35 [300] 37722 370 38276 639 656 99 39033
864 851 680 828 95 921 42 89
40133 270 269 789 854 41128 408 21 522 711 15 81
617 42158 274 98 423 91 [300] 202 613 925 85 43057
812 255 250 502 82 930 44077 859 629 673 95 45042 843
443 823 66 46286 333 474 715 824 966 47063 76 230 17
89 696 703 [300] 23 48148 242 263 648 730 49197 202
82 261 422 43 555 711 56 [300] 211 954 88
50113 39 489 835 948 32 51137 622 52029 296 423
80 73 674 861 79 53283 580 86 54021 110 299 302 437
622 64 902 55187 [300] 208 338 85 886 56084 22 37 181
651 84 [300] 449 99 511 662 809 903 95 57600 83 774
58043 129 5 325 413 [300] 568 [400] 625 25 707 632 39
656 67 59253 228 240 612 723 93
60014 146 95 216 67 671 607 723 854 904 61163 283
82 504 19 629 715 [300] 820 44 847 62192 629 730 [300]
603 81 [3000] 82 63177 96 525 64138 579 341 436 910
65004 421 553 708 68518 129 87 308 2 91 85 [400]
833 99 824 827 841 [300] 67116 267 780 68056 59 214
[300] 36 [400] 637 825 977 80 69043 174 441 504 730 92
819 29 25
70081 123 65 265 411 97 500 343 71122 93 231 328
424 638 881 921 72278 73942 138 [300] 249 506 729 93
74507 494 603 12 86 84 759 98 77580 708 841 947 [400]
27 78006 20 257 91 679 743 63 69 87 925 63 927 [300]
79100 242 62 67 6

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Freitag, den 11. März 1910, vormittags 11 Uhr.

Die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage.

(Erster Tag.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage. Es wird beschlossen, bei Artikel 1 eine allgemeine Debatte stattfinden zu lassen.

Zur Diskussion gestellt wird dabei auch der Antrag Bergmann und Genossen (Soz.), der die Regierung um Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersucht, durch den allen in Preußen wohnenden Deutschen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe unter Zugrundelegung des Proportionalwahlrechts gewährt werden soll.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Wir wollen mit unserem Antrag einmal unsere prinzipielle Stellung ausdrücken und zweitens feststellen, daß uns sowohl die Vorlage der Regierung wie die Kommissionsbeschlüsse in keiner Weise genügen. Wir haben zu der ursprünglichen Vorlage der Regierung unabweislich erklärt, daß wir in ihr eine Verhöhnung, ja eine Herausforderung des Volkes erblickten. Wir können in den Beschlüssen der Kommission noch nicht einmal eine Abflächung auf unsere berechtigten Forderungen

erblicken! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch nach den Kommissionsbeschlüssen würden wir in Preußen das elendeste aller Wahlsysteme behalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hirsch-Berlin hat gesagt, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran! Er hat weiter gesagt, die deutschen Arbeiter seien die intelligentesten Arbeiter der Welt. Wie verträglich ist dies mit diesem Ausdruck des Fürsten Bismarck die Tatsache, daß man die intelligentesten Arbeiter auf diese Weise in ihrem Wahlrecht beschränkt. Es ist unerhört, daß man der Arbeiterbevölkerung so etwas bieten kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun, die deutschen Arbeiter werden beweisen, daß das Wort des Fürsten Bismarck wahr ist, daß sie tatsächlich die intelligentesten Arbeiter der Welt sind; sie werden es dadurch beweisen, daß sie mit aller Macht und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Protest erheben gegen eine solche Wahlreform. Die Arbeiter werden schließlich auch die herrschenden Klassen und die Regierung zwingen, ihnen ein Wahlrecht zu geben, das ihren berechtigten Forderungen entspricht.

Wir haben davon abgesehen, neben unserm prinzipiellen Antrag noch weitere Anträge zu stellen. Gegenüber dem vorliegenden Kompromiß halten wir das für zwecklos. Wir halten an unserer prinzipiellen Forderung fest und gehen keinen Finger breit davon ab. (Wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gestatten Sie mir nun einen kurzen

Rückblick auf die Verhandlungen der Kommission.

Ich glaube, es ist einfache Pflicht der Öffentlichkeit, wenn ich mich bei dieser Gelegenheit erst der Partei zuwende, die nicht nur meiner Meinung nach, sondern nach der Überzeugung aller objektiv Denkenden die Hauptschuld an den Kommissionsbeschlüssen trägt. Diese Partei ist

das Zentrum.

(Wahrheit im Zentrum. Sehr wahr links.) Wenn es heute dahin gekommen ist, daß wir nach den Wünschen der Mehrheit des Hauses die indirekte Wahl weiter beibehalten und daß wir nur Scheinbar das geheime Wahlrecht bekommen, so trägt die Hauptschuld daran das Zentrum. (Sehr richtig! links.) Die Herren vom Zentrum wollten der Welt weismachen, daß das geheime Wahlrecht ohne Preisgabe des direkten Wahlrechts nicht zu erreichen ist. Aber das geheime Wahlrecht war ja bereits mit 15 gegen 13 Stimmen in der Kommission angenommen, und wenn es dem Zentrum erst gewesen wäre mit seiner Forderung der Ersetzung des indirekten durch das direkte Wahlrecht, dann hätte es daran festhalten müssen, und es hätte sich dann eine Mehrheit aus allen Parteien — mit Ausnahme der Konservativen — für das gleiche und direkte Wahlrecht gefunden. Aber

das Zentrum wollte nicht!

Es sagte in der Kommission, es lege so großen Wert auf das geheime Wahlrecht, daß es ihm zu Liebe auch seine Forderung des direkten Wahlrechts preisgeben! Auch das ist wieder eine Täuschung seitens des Zentrums. Die Kommissionsbeschlüsse enthalten ja nur Scheinbar das geheime Wahlrecht, denn so lange die Abgeordneten öffentlich durch Wahlämter gewählt werden sollen, ist das vom Zentrum gewünschte sogenannte „geheim“ Wahlrecht auch nicht einen Pfifferling wert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Wert das Zentrum auf das geheime Wahlrecht legt, das geht am besten daraus hervor, daß, als von anderer Seite ein besonderer Artikel in der Kommission beantragt wurde, der die Sicherung der geheimen Stimmabgabe gewährleistet, das Zentrum diesen Antrag zu Fall gebracht hat! Es hat sich damit begnügt, die Regierung in einer Resolution aufzufordern, Sicherungen für das Wahlgheimnis zu treffen. Nun, was wir von Resolutionen zu halten haben, wissen wir alle. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da das Zentrum dem von den Freisinnigen beantragten Artikel zur Sicherung der geheimen Wahl nicht zugestimmt hat, kann ich nur aufs neue erklären, daß ich an den Ernst und den guten Willen des Zentrums nicht glaube. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das Zentrum tut so, als ob für seine Programmforderungen eine Mehrheit im Hause nicht vorhanden wäre. Warum ist aber keine Mehrheit für die direkte und geheime Wahl vorhanden? Weil das Zentrum nicht will! (Sehr wahr! bei den Soz.), weil im Zentrum eine ganze Reihe von Herren sitzen, die von der geheimen und direkten Stimmabgabe nichts wissen wollen! Im Jahre 1907 brachte das Zentrum einen Gesetzentwurf ein, der die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen forderte.

Da haben nicht weniger als 13 Unterschriften von Mitgliedern des Zentrums gefehlt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren haben sich direkt geweigert, einen solchen Antrag zu unterschreiben. (Hört! hört! links.) Es sind das die Herren

Ulbers, Graf v. Ballestrem, Becker, König, Köpcke, Pingen, Graf Braschmann (Hört! hört!), Kintelen, Kurguberg, Graf v. Spee, Graf v. Strachwitz, v. Strowbed und v. Wolf-Netterlich.

Wo eine ganze Reihe von Herren, die auch heute noch der Fraktion des Zentrums angehören! Würde irgend eine andere Partei einen Antrag einbringen, der die Erfüllung einer programmativischen Forderung bildet, und es würde sich ein Teil der Mitglieder der Partei weigern, einem solchen Antrag seine Unterschrift zu geben, ich glaube, die Herren hätten aufgehört Mitglieder der Fraktion zu sein! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber im Zentrum hat eben alles Witz. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Da haben auch diejenigen, die sich der Sozialdemokratie gegenüber verpflichtet haben, nicht nur für die Übertragung des Reichstagswahlrechts, sondern auch für eine Neueinteilung der Wahlkreise in Preußen zu stimmen. (Wahrheit! Hört! links.) Die sich sogar verpflichtet haben, bei der entscheidenden Abstimmung im Hause anwesend zu sein. (Hört! hört! links.)

Vor kurzem hat Ihnen mein Freund Leinert einige Aktienstücke mitgeteilt, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß eine Reihe von Mitgliedern der Zentrumsfraktion lediglich deswegen, weil sie sonst nicht in den Landtag gewählt worden wären, der Sozialdemokratie gegenüber bindende Verpflichtungen eingegangen sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es sind das die Herren

Gronowski, Sauremann und Sartischer.

Ich wäre auf diese persönliche Angelegenheit nicht mehr zurückgekommen, wenn ich solche persönlichen Erörterungen nicht liebe. Wenn ich es nun doch tue, so geschieht das wegen der nichtausgehenden, unauflösbaren

Geschichte der Zentrumspresse

in diesem Falle. (Unruhe im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Borsch:

Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen, ich rate Ihnen in Ihrem eigenen Interesse dazu.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) (fortfahrend): Ich habe von der Zentrumspresse gesprochen und habe genau die Ausdrücke gebraucht, mit denen die Zentrumspresse meinen Freund Leinert bedacht hat. Die Zentrumspresse hat dem Abg. Leinert vorgeworfen, daß er unter dem Schutze der Immunität Lüge! Einen solchen Vorwurf lassen wir nicht auf uns sitzen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß ich noch einmal auf die Verpflichtung, die die Herren eingegangen sind, hinweisen. Herr Gronowski hat neulich erklärt, daß er seine Erklärung ganz

„freiwillig“

abgegeben habe. Nun, ganz so freiwillig war sie nicht, ebenso wie die seiner Freunde. Wäre sie wirklich freiwillig gewesen, wie wäre es dann möglich, daß Herr Sauremann nach seiner Wahl am 17. Juni sogar einen Dankesbrief an meine Parteigenossen für ihre Unterstützung gerichtet hat? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.) Es ist ihm gewiß sehr unangenehm gewesen, daß dieser Brief bekannt wurde, weil sich darin deutlich zeigt, welche Angst die Zentrumsarbeiter vor anderen Mitgliedern des Zentrums haben. (Der Redner verliest den in Nr. 67 in der Politischen Uebersicht unter der Stichmarke „Zentrumsführer im Eifer“ abgedruckten Brief.)

(Sehr, Hört! hört! links.) — Herr Sauremann möchte ich aus dem Briefe keinen Vorwurf, im Gegenteil, der Brief ehrt ihn, aber wenn der Brief nicht zur Ehre gereicht, das sind diejenigen, vor denen er Furcht hat, daß sie ihm Schwierigkeiten bereiten würden, wenn sein Brief in die Presse käme. (Sehr wahr! links.)

Am 11. Juni hat Herr Sartischer auf ein Schreiben unseres Wahlkomitees, worin er aufgefordert wurde, bestimmte Verpflichtungen einzugehen, geantwortet:

„Bereits in meinen Programmreden habe ich im Sinne Ihrer Anfrage zur Wahlrechtsfrage Stellung genommen, erkläre aber auch nochmals, daß ich für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und für eine andere Wahlkreisverteilung eintreten werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), falls ich gewählt werden sollte. Ich werde also für dahingehende Anträge stimmen, auch falls sie in der Session 1908 gestellt werden, kann aber nicht zusagen, schon gleich selbständige Anträge zu stellen. Nach den ja allgemein bekannten parlamentarischen Gepflogenheiten würde ich dazu als Reuling in dem Hause wie in der Fraktion nicht in der Lage sein.“

Aus diesem Brief geht hervor, daß eine Reihe von Mitgliedern der Zentrumsfraktion sich verpflichtet hat, für die gesamten Forderungen zu stimmen. Wir werden später den Versuch machen,

namentliche Abstimmung

herbeizuführen, und da wir dazu allein nicht imstande sind, so wird hoffentlich die Partei, die für Wahrheit und Recht kämpft, so freundlich sein, uns ihre Stimmen zur Unterstützung eines solchen Antrages zu leihen.

(Heiterkeit.) Sie sind dazu verpflichtet im Interesse Ihres eigenen Ansehens, am festzustellen, ob in Ihrer Mitte Leute sind, die das, wozu sie sich schriftlich verpflichtet haben, auch halten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Natürlich werden wir die namentliche Abstimmung nicht beantragen über den Antrag der Freisinnigen, denn dafür werden die Zentrumsherren natürlich alle stimmen, sie wissen ja doch, daß er nicht angenommen wird! Aber wir werden namentliche Abstimmung beantragen zum Schluß über das ganze Gesetz, und wenn dann die Herren, die uns gegenüber Verpflichtungen eingegangen sind, für das Gesetz stimmen, dann werden sie damit beweisen, daß sie ihr Wort brechen. (Große Unruhe im Zentrum. Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), denn wer für eine solche Vorlage stimmt, stimmt damit für ein Gesetz, das die breiten Massen des Volkes nach wie vor entrechtet und dem Erfolg des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht auf die Dauer hindernd im Wege steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auch namentliche Abstimmung beantragen über den Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise, und da wird es sich ja zeigen, ob die Herren den Mut haben, entgegen dem Beschlusse ihrer Fraktion für Neueinteilung der Wahlkreise zu stimmen. Bekommen sie von der Fraktion nicht die Erlaubnis dazu, so müssen sie eben selbst die Konsequenzen aus ihrem Verhalten ziehen.

Nicht nur bei der jetzigen Wahlrechtsvorlage, sondern stets und ständig hat das Zentrum bei allen Wahlrechtsvorlagen lediglich

einfache Parteipolitik

getrieben. Es war dem Zentrum niemals darum zu tun, dem Volke Rechte zu geben, sondern immer nur seine eigene Machtposition zu erweitern. Ich erinnere Sie an die Verhandlungen aus dem Jahre 1899. Schon 1899 hat sich in der Kommission ein Kompromiß angebahnt zwischen Konservativen und Zentrum, bei dem jede Partei soviel wie möglich für sich herauszuschlagen suchte. Das Zentrum stimmte den Konservativen zu, daß in den Städtebezirken die nicht bezahlten Grund- und Gebäudesteuern bei der Berechnung der Wählerklasse mit in Anrechnung kommen, und es machte den Konservativen weiter das Zugeständnis, daß die sogenannten „Dreimachtmänner“ stets in der dritten Klasse blieben. Als Entgelt dafür stimmten die Konservativen im Interesse des Zentrums dafür, daß die Einkommensteuer, sobald sie den Betrag von 2000 M. übersteigt, nicht angerechnet würde. (Hört! hört! links.) Was das Zentrum damals dazu veranlaßt hat, den Konservativen entgegenzukommen, war einzig und allein das Bestreben, die Nationalliberalen im Rheinlande aus den zweiten Wählerklassen zu verdrängen und die Nationalliberalen Lüge zu erodieren. (Sehr richtig! links.) Von diesem Gesichtspunkte läßt sich das Zentrum auch jetzt wieder leiten. Das Kompromiß ist ja damals nicht zustande gekommen, weil das Zentrum die Anträge abgelehnt hat.

Unter den Anträgen, die in der zweiten Lesung in der Kommission eingebracht waren, ist auch ein Zentrumsantrag gewesen, der dahin ging, daß alle, die eine namentliche Abstimmung absolviert haben, ohne weiteres in die zweite Wählerklasse befördert werden sollten. Den Arbeitern ist die Absolvierung einer solchen Abstimmung heute unmöglich. Für die Arbeiter hat das Zentrum keinen solchen Antrag gestellt! (Wahrheit! Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden dafür sorgen, daß diesen geistig Blinden die Augen geöffnet werden, damit sie erkennen, was sie von Ihnen (zum Zentrum) zu halten haben. (Wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.)

Wir haben einen Kollegen in unserer Mitte, der sich mit Prophezeiungen abgibt, die manchmal auch eintreffen. (Heiterkeit.) Ich meine den Abg. Behn, v. Jedlig. (Erneute Heiterkeit links.) Er hat in einer Rede vom 7. Januar über die

Taktik des Zentrums gesagt, das Zentrum werde dafür sorgen, daß keine Forderung des Wahlrechts zustande kommen wird, der die Konservativen nicht zustimmen können. (Wahrheit! Hört! hört! links.) Er hat hinzugefügt, daß das Zentrum für seine Mitwirkung an der Reichsfinanzreform ganz unweifelhaft seine Zustimmung bei der Wahlrechtsvorlage verweigern werde. (Erneute wahrheit! Hört! hört! links.) Was in dem Zentrum, Herr Abg. v. Jedlig, ich bin leider gezwungen, Ihnen mein Kompliment zu machen. (Große Heiterkeit.) Sie haben

die Herren richtig eingeschätzt!

(Sehr gut! links.) Allerdings weiß ich nicht, ob dieser Artikel ein Ausfluß Ihres Prophetengeistes war oder ob Sie damit dem Zentrum haben sagen wollen, welche Taktik es im Wahlrechtskampf einschlagen sollte. (Große Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung links.) Jedenfalls haben die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage deutlich

die gottgewollte Abhängigkeit des Zentrums von den Konservativen

bewiesen. (Lärm im Zentrum.) Jedenfalls stelle ich die Tatsache fest, daß derselbe schwarze-blaue Floß, dem wir im Reich so viele schlechte Gesetze verdanken, auch hier sein Unwesen treibt. (Sehr richtig! links. Lärm rechts und im Zentrum.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Zentrum seine Grundsätze preisgibt. (Wahr! im Zentrum.) Das Zentrum tut so etwas nicht umsonst. Die Herren vom Zentrum sind tüchtige Geschäftleute. Ich fürchte sehr, daß sie beim Aufstand mit ihren Forderungen hervortreten werden. (Sehr richtig! links.) Wenn dem Zentrum diese Forderungen gewährt werden, dann hat es sein dreifaches Ziel erreicht:

Volkserntrecht, Volksverdummung und Volksausbeutung!

(Lärm im Zentrum. Lebhaftes Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Die Volkserntrecht beim Wahlrecht, die Volksverdummung, indem man die Schule noch mehr der Kirche ausliefert und die Volksausbeutung, die wir bei der Reichsfinanzreform haben sehen müssen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit verlässe ich diese Partei. (Ironisches Grinsen im Zentrum.) Wenn Ihnen daran liegt, daß ich Ihr ganzes Sündenregister aufdecke, dann will ich diesem Sündenregister gern nachkommen. (Heiterkeit.) Aber dann käme hier heute niemand mehr zum Wort, so groß ist Ihr Sündenregister. (Große Heiterkeit.)

Die Konservativen.

Ich komme nun zu den lieben Bundesbrüdern des Zentrums: zu den Konservativen. (Unruhe rechts.) Ein Vertreter der Konservativen hat in der Kommission gesagt, die Konservativen wären bei der Wahlrechtsvorlage selbstlos. (Lärm und Unruhe links.) Konservativ und selbstlos! Wer glaubt das? Sie selbst nicht! (Sehr richtig! links.) Sie sind nicht selbstlos, sondern sie trachten danach, ihre Macht zu erweitern, genau so wie das Zentrum und wie wir natürlich auch. (Hört! hört! rechts.) Natürlich haben wir den Willen zur Macht! Sie aber heucheln und sagen, Sie seien „selbstlos“! (Lärm rechts. Rufe: Zur Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Borsch:

Sie haben soeben von konservativer Seite gesprochen. Ich nehme an, daß sich dieses Wort nicht auf Mitglieder dieses Hauses bezieht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Hirsch (Soz.) (fortfahrend):

Ich muß zu meinem Bedauern erklären, daß dieser Ausdruck sich auf den Herrn bezieht, der von konservativer „Selbstlosigkeit“ gesprochen hat. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Borsch:

Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.) (fortfahrend):

Ein konservativer Führer, der Freiherr v. Hammerstein, hat am 6. Dezember 1899 hier im Hause gegenüber den Freisinnigen erklärt:

„Sie sagen sich einfach, daß Sie bei Abgeordnetenwahlen mit öffentlicher Stimmabgabe schlechtere Geschäfte machen als mit dem Reichstagswahlrecht. Wir sagen umgekehrt: Bei den Abgeordnetenwahlen machen wir bessere Geschäfte als im Reich, und deshalb wollen wir das preussische Wahlrecht erhalten.“ (Wahrheit! Hört! hört! links.)

Das ist ein offenes und ehrliches Bekenntnis, das ich das Bekenntnis: Geschäft ist Geschäft! (Unruhe rechts.) Diesen Grundsatz haben Sie stets verfolgt. (Erneute Unruhe rechts.) Was es mit Ihrer „Selbstlosigkeit“ auf sich hat, hat die Reichsfinanzreform gezeigt. Sie wollen nicht nur Ihre Macht erweitern, sondern Sie wollen auch gewisse Kreise der Bevölkerung auf Kosten der anderen Bevölkerungskreise, die gleichzeitig entrechtet werden, bereichern! (Lärm rechts.)

Nun haben Sie ja ein großes Recht gebracht, indem Sie für das Kompromiß mit dem Zentrum gestimmt haben. Sie betrachten es als ein riesiges Opfer, daß Sie überhaupt so gnädig waren, in der Kommission sich zu irgend welcher Mitarbeit und zu Konzessionen bereit zu zeigen. Ah, Sie werden wohl selbst endlich eingeschlagen haben, daß Sie auf die Dauer an dem Standpunkt, am Dreiklassenwahlrecht nicht zu rütteln, nicht festhalten können. Ein konservativer Verein, der Bürgerverein der Hamburger Vorstadt, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der er sich erstens für das Klassenwahlrecht unter einziger Berücksichtigung der Steuerleistung, zweitens für direkte und geheime Wahl, drittens für die von der Regierung vorgeschlagene Maximierung des Steuerbetrages bis zu 5000 M. ausgesprochen hat! Ich zweifle nicht daran, daß es auch im Lande selbst in den Kreisen der Konservativen — ich meine diesmal die Konservativen im Lande (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — zu bämmern beginnt, daß auch diese endlich einschlagen werden, daß eine Wahlreform dringend notwendig ist. In Ihrer Mitte gibt es übrigens einen Herrn, dem sogar das Dreiklassenwahlrecht noch zu weit geht. Das ist

der Abg. Hammer,

der am 8. d. Mts. bei der Beratung des Etats des Handelsministeriums erklärt hat:

„Die Demonstrationen und Aufzüge beweisen, daß das Volk aus für das jetzt bestehende Wahlrecht noch lange nicht reif ist.“ (Sehr richtig! und Lärm rechts.)

Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Hammer damit seine Wähler gemeint hat; sollte dies der Fall sein, so gebe ich ihm unumwunden recht. (Heiterkeit links; Zurufe rechts.) Seine Wähler folgen dem Grundsatze:

Nur die allergrößten Mäher

Wählen ihren Weg selber! (Lärm rechts.)

Unabhängig davon ist es nur noch ein kleiner Prozentsatz der Wähler, die noch so verblendet sind, Ihre Stimme zu folgen. Sie haben es ja auch unter dem Dreiklassenwahlrecht nur auf 14,15 Proz. der Urwähler gebracht, und unter diesen 14,15 Proz. sind noch Tausende und Abertausende, die durch den Terrorismus, der von Ihnen (Sehr richtig! links. Lärm rechts) und der Regierung ausgeht, gezwungen gewesen sind, für Sie zu stimmen, weil sie sonst wirtschaftlich ruiniert worden wären. (Sehr richtig! links.) Herr Hammer hat selbst nicht einmal die absolute Mehrheit der Wähler seines Wahlkreises auf sich vereinigt! (Lärm rechts. Als der Redner nach dem Wasserglas greift, ertönt rechts der Ruf:

„Wie der Hirsch säuret nach frischem Wasser!“

[Wütendes Gelächter rechts.] Die 23,87 Prozent Urvähler, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben, sind reif für das Wahlrecht, das wir fordern. Das Proletariat, das die Massen wirklich reif sind, nicht nur das Wahlrecht zu erlangen, sondern auch die Staatsgewalt zu erobern, (Lebhaftes Uho! rechts; Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dafür hat das Proletariat in Berlin ja erst am letzten Sonntag den Beweis gegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten; Lachen und Uhm rechts.) Sie (nach rechts) mögen noch so sehr verziehen, sich über den Reinsfall hinweg zu setzen, den der Berliner Polizeipräsident erlebt hat, durch die Taktik der Berliner Sozialdemokratie am Sonntag ist erreicht worden, daß

die Berliner Polizei dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen

ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Könnte Lächerlichkeit töten, so wäre nicht nur Herr v. Jagow, sondern es wären auch noch einige seiner Vorgesetzten heute tote Männer. Aber bei uns in Preußen tötet Lächerlichkeit nicht, im Gegenteil. Die Polizei sehen wir demnächst Herrn v. Jagow hier als Minister! Gerade die vorzüglich organisierten Wahlrechtsdemonstrationen, nicht nur die vom vorigen Sonntag, sondern überhaupt, zeigen, wie das Volk sich betührt ist, daß es um seine heiligsten Güter kämpft. (Lachen rechts.) Mit Ihnen ist darüber nicht zu reden. (Sehr richtig! rechts.) Sie glauben, hinter Spott und Hohn Ihre Angst verbergen zu sollen! (Lärm rechts.) Das zeigt der

Augsburger, den Herr v. Jeddig bedrückt hat, worin er schärfere Maßnahmen wünscht, damit es nur ja nicht einmal zu einem politischen Massenstreik kommt!

Sie haben in Ihrer Presse sich erküht, davon zu reden, daß der Mob es ist, der an den Wahlrechtsdemonstrationen teilnimmt! Ein Mitglied dieses Hauses, der Abg. Graf Nolte, hat sogar kürzlich die Wahlrechtsdemonstrationen, die für ihr heiligstes Recht kämpfen (Lachen rechts), verglichen mit

„Gesindel, das einen Juwelierladen plündert!“

(Psi! bei den Sozialdemokraten.) Ich unterlasse es, auf diesen Angriff einzugehen, ich würde keine parlamentarischen Worte finden. Die Wahlrechtsdemonstrationen sind **Kassendiebstahl Arbeiter, die ihr alles einsehen, nicht nur für ihre Rechte, sondern auch für die Ehre Preußens.**

(Lärm und Lachen rechts.) Die Ehre Preußens steht auf dem Spiel, wenn dem Volk nicht das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gewährt wird; wenn Preußen weiter hinter Rußland einherhinkt, dann können Sie sich selbst denken, wie das ganze Ausland über die preussische Gesetzgebung denkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

die Freikonservativen

ein. (Unruhe rechts.) Allerdings befinden sich die Freikonservativen hier in der Opposition, aber nicht deshalb, weil ihnen die Vorlage der Regierung nicht genug gibt, sondern weil ihnen die Regierungsvorlage und die Beschlüsse der Kommission noch nicht schlecht genug sind! (Zuruf bei den Freikonservativen: Wir wollen sie härter haben.) Da haben Sie recht: Sie sind ja **die Scharfmacher par excellence!**

(Große Heiterkeit.) Warum haben die Freikonservativen in der Gesamtabstimmung gegen die Vorlage gestimmt? Einmal weil die Terminfrist abgelaufen ist, zweitens weil bezüglich des § 8 eine Lücke im Gesetz ist, drittens, weil sie die Drittelung in den Wahlbezirken nicht erreichen konnten! Auch jetzt haben die Herzen das wieder beantwortet. Ich muß offen zugeben, vernünftiger wäre es, wenn die Drittelung nicht im Urvahlbezirk, sondern im Wahlskreis vorgenommen würde. Aber da das preussische Dreiklassenwahlrecht so furchtbar unvernünftig ist, kommt es wahrhaftig nicht darauf an, ob an einer Stelle ein Urden mehr Unvernunft ist oder nicht. (Lärm rechts.) Was bezwecken Sie mit diesem Antrag auf Drittelung in den Gemeinden? Sie bezwecken damit, die Sozialdemokratie vollkommen aus diesem Hause fernzuhalten!

(Sehr richtig! bei den Freikonservativen.)

Es freut mich, daß Sie „Sehr richtig!“ rufen, dann haben Sie aber auch den Mut, zu sagen, daß Sie nicht eine Wahlreform wollen im Interesse des Volkes, sondern damit die wenigen Volkstretter, die es hier gibt, auch noch aus dem Parlament herauskommen! (Rufe rechts:)

Wir sind auch Volkstretter!“

Sie sind keine Volkstretter! (Lärm rechts und im Zentrum.) **Sie sind im Leben keine Volkstretter!**

(Großer Lärm rechts und im Zentrum.)

Die Nationalliberalen.

Recht interessant ist es, zu sehen, wie jetzt die Presse der Konservativen und die Zentrumspresse um die Stimmen der Nationalliberalen wirt. Die Nationalliberalen und sogar ein Vertreter der Staatsregierung sollen sich ja an den Kompromißverhandlungen beteiligen haben! Soweit aus der Presse hervorgeht, sind ja die Nationalliberalen bis jetzt wenigstens standhaft geblieben. Allerdings, allzu hoch rechnen wir Ihnen das nicht an. Wir wissen ganz genau, was wir von Ihnen zu halten haben und wie ein Wahlrecht aussehen würde, das Sie machen! Wenn ich mich also mit Ihnen weniger beschäftigen als mit dem Zentrum, so bitte ich, nicht etwa zu glauben, daß wir Ihnen auch nur um einen Deut näher stehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe kein Recht, den Nationalliberalen irgendwelche Verhandlungsvorschläge zu machen. Wir sehen mit voller Gemütsruhe den weiteren Verhandlungen hinter den Kulissen entgegen; denn wir sagen uns: Schlechter als das jetzt bestehende Gesetz ist, kann es auch beim besten Willen der Nationalliberalen nicht werden.

Auf die Parteien, die mit uns für das allgemeine Wahlrecht kämpfen, gehe ich nicht ein. Die Sozialdemokraten, die Polen und die Freisinnigen kämpfen jetzt gemeinsam für das Reichstagswahlrecht, es hat keinen Zweck, sich während dieses Kampfes gegenseitig anzugreifen.

die Regierung

tun? (Heiterkeit und Zurufe.) Die Regierung ist eigentlich in einer unglücklichen Lage, denn ihre Vorlage ist ihr direkt vor die Füße geworfen!

Sie wollte die direkte und öffentliche Wahl. Die Kommission sagt: Nein, machen wir nicht! Wir machen es unangelehrt! Die Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie auf die öffentliche Stimmabgabe das allergrößte Gewicht legt. Das Wort „unannehmbar“ ist ja aus dem Munde des Regierungsvorgeschlagten nicht gefallen; es wird auch schmerzlich fassen, weil auch die Regierung von dem konservativ-kerisalen Block abhängig ist. Die Regierung weiß also gar nicht, was sie tun soll; sie hat alle ihre Hoffnung auf das Herrenhaus gesetzt. Aber schließlich wird sie der Vorlage doch in der Form, wie sie das Abgeordnetenhaus verabschiedet, zustimmen, weil sie glaubt: Wenn jetzt eine Wahlreform zustande kommt, dann wird sie Ruhe haben.

Nun, die Ruhe, die Sie so schließlich herbeiwünschen, wird nicht eintreten, dafür werden wir sorgen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts und im Zentrum.) Wir werden das Volk weiter aufreizen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts und im Zentrum.) Wir werden das Volk aufpeitschen, damit es sich des Unrechts betührt wird. (Fortdauernder Lärm rechts und im Zentrum.) Wir werden dafür sorgen, daß ein Sturm der Empörung durch das ganze Land geht, der die

Regierung und die Mehrheitsparteien nicht standhalten werden. Sie können sicher sein, wir werden nichts unversucht lassen, um in den Gegenden, wo Sie (zum Zentrum) dominieren, das Volk aufzuklären, und die Früchte unserer Aufklärungsarbeit sollen Sie an Ihrem eigenen Leibe spüren. (Heiterkeit links. Dhoruse i. J.) Wir haben bisher den Kampf für das allgemeine und direkte Wahlrecht geführt, und wir werden den Kampf weiter führen in diesem Parlament und außerhalb des Parlaments. Welcher Mittel wir uns dabei bedienen, das sage ich Ihnen nicht. (Gelächter rechts.) Wer abschreden lassen wir uns nicht, weder durch Ihre Drohungen noch durch Drohungen, die von anderer Seite kommen. Sie sagen immer, wir sollten doch geschicklich vorgehen. Ja, das Wort „geschicklich“ macht sich besonders schön in einem Parlament, das selbst auf ungeschicklichem Boden entstanden ist. (Dhoruse rechts, großer Lärm.) Haben Sie denn ganz vergessen, daß durch einen niederträchtigen Gewaltstreich der Regierung von 1849 — (Andauernder Lärm rechts und laute Rufe: Zur Ordnung! zur Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Vorsch ersucht den Redner, solche Ausdrücke nicht zu gebrauchen.

Abg. Hirsch (fortfahrend: ... dem Volk sein Wahlrecht geraubt worden ist, daß dem Volk das noch heute bestehende Dreiklassenwahlrecht einfach gestrichelt worden ist? Der Umstand, daß die beiden Kammern die königliche Verordnung vom 30. Mai 1849 nachträglich genehmigt haben, ändert nichts daran, daß ein auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewähltes Parlament nicht auf gesetzlichem Boden steht.

Sie sollen uns nicht Ungeheuerlichkeiten vorwerfen, bevor Sie nicht alle Ihre Macht anwenden, um die Regierung zu veranlassen, daß sie den Streich von 1849 wieder gutmacht und dafür sorgt, daß die Verordnung vom 30. Mai 1849 wieder aufgehoben wird! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber das tut die Regierung nicht, weil sie

keinen Rechtsstaat, sondern einen Knechtsstaat

haben will. Die herrschenden Klassen und die Regierung treiben ein gewagtes Spiel. Glauben Sie wirklich, daß die Massen verhezt sind? (Lärm rechts.) Glauben Sie wirklich, daß es einer Hand voll Volksführern, Volksberatern möglich ist, solche Massen auf die Beine zu bringen? (Lärm rechts.) Nein, wenn das Volk verhezt ist, dann ist es verhezt durch Sie. Dann ist es dadurch verhezt, daß Sie ihm auch jetzt noch kein einfaches Naturrecht, kein höchstes Recht, vorenthalten wollen. Ich erinnere Sie an das Wort von Schiller: „Wenn der Bedrückte nirgends Recht kann finden, Wenn unerträglich wird die Last, Greift er hinauf getrosten Mutes in den Himmel Und holt herunter seine ewigen Rechte, Die droben hangen unerbürdlich Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst.“

(Rufe rechts: Literatur schwach! Ja ja von Goethe! — Ein anderer ruft: Nein, aus dem „Demetrius“!)

Ihre Literaturkenntnis entsprechen nicht einmal der heutigen Volksschule. Einer der Herren ruft: Goethe! ein anderer: „aus Demetrius“! Das Zitat ist aber aus der Nützigen im „Zell“! (Große Heiterkeit.)

Die Empörung der Massen ist aufs äußerste gestiegen. An Ihnen liegt es, welchen Lauf die Entwicklung der Dinge weiter nehmen soll. Wir haben hunderte von Malen erklärt, daß wir die friedliche Entwicklung wollen. (Rufe rechts: Aufpeitschen!) Aber ob die Entwicklung friedlich vor sich gehen wird oder nicht, das liegt nicht in unserer Macht, das hängt von Ihnen ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie dem Volke weiter sein höchstes Recht vorenthalten, dann können wir nicht dafür einstehen, welchen Lauf die Entwicklung nimmt. (Hört! hört! rechts.) Wollen Sie aber wirklich eine ruhige und friedliche Entwicklung, dann sorgen Sie dafür, daß dem Volke das wird, was ihm von Rechtswegen gebührt, dann sorgen Sie dafür, daß dem Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in der Ausdehnung, wie wir es fordern, zuteil wird! (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Ich habe nur eine kurze Erklärung über die Stellungnahme meiner politischen Freunde abzugeben. Ich halte daran fest, und auch die Ausführungen des Abg. Hirsch können mich nicht verlocken, den Boden dieser kurzen Erklärung zu verlassen. Meine politischen Freunde haben von jeder in der preussischen Wahlrechtsfrage den Standpunkt eingenommen, daß sie für ein abgestuftes Wahlrecht eintreten. Von diesem Standpunkt aus lehnen wir den sozialdemokratischen Antrag ab und werden im übrigen unsere Stellungnahme bei den einzelnen Paragraphen näher präzisieren. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Jhr. v. Jeddig (fl.):

Meine Freunde werden Gelegenheit nehmen, zu den einzelnen Fragen an der Hand der jetzt gestellten Anträge Stellung zu nehmen. Wir fühlen kein Bedürfnis, in eine längere Generaldebatte einzutreten. Der sozialdemokratische Antrag charakterisiert die Partei, die ihn gestellt hat. Er zeigt, daß die Sozialdemokratie mit der Unersahrenheit und Unbildung arbeitet und sich darauf stützt! Im übrigen ist er kein Wort weiter wert. (Beifall rechts.)

Abg. Fischbeck (fortf. Sp.):

Wie meine Freunde zur Wahlrechtsfrage stehen, ist in erster Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir sind für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Wir halten es taktisch für falsch, jetzt weitergehende Forderungen zu stellen und das Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechts, also auch den Frauen, zu gewähren. Wir halten es weiter nicht für angezeigt, das Wahlrecht vom 21. Lebensjahre an zu geben. Der Antragsteller selbst hat ja auch über diese Frage sich gar nicht ausgesprochen, und ich nehme an, er hat mit dem ganzen Antrag demonstrativ die Grundzüge seiner Partei zum Ausdruck bringen wollen. (Sehr richtig! links.) Wir werden bei § 4 unseren grundsätzlichen Standpunkt zum Ausdruck bringen. (Beifall links.)

Abg. Herold (Z.):

Ich beschränke mich in dieser Generaldebatte auf die Erklärung, daß wir gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen wollen, weil er uns viel zu weit geht. Ich behalte mir vor, bei der Einzelberatung die verschiedenen Gesichtspunkte, welche uns geleitet haben, darzulegen. (Bravo! im Zentrum.)

Ein

Schlussantrag

wird angenommen. Der Antrag der Sozialdemokraten wird gegen die Stimmen der fünf Sozialdemokraten abgelehnt.

(Brüllendes Gelächter rechts und im Zentrum.)

Artikel 1 bis 3 werden debattelos angenommen.

§ 4 bestimmt nach der Regierungsvorlage die unmittelbare Wahl der Abgeordneten durch die stimmberechtigten Wähler des Wahlbezirks. Der Kommissionsbeschluss fordert die indirekte Wahl, die Wahl der Wahlmänner soll durch verdeckte Stimmzettel erfolgen. — Hierzu liegen folgende Anträge vor: Ein Antrag der Abgeordneten Bronschoh und Gen. (fortf. Sp.) verlangt Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Ein Antrag Hobercht und Genossen (natl.) verlangt die Einführung der direkten Wahl und die Einteilung der Wähler für die ganze Gemeinde bezw. den Wahlbezirk. Der ersten Abteilung sollen mindestens 10, der zweiten Abteilung mindestens 30 Proz. der Wähler angehören müssen. Ferner verlangt der Antrag eine Ver-

mehrung der Abgeordneten insoweit herbeizuführen, wie dies nach Maßgabe der veränderten wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse angemessen erscheint. — Schließlich liegt ein Antrag Ahrens-Klein (fl.) vor, der die Öffentlichkeit der Wahl fordert.

Abg. Jhr. v. Nichteusen (l.):

Wir hegen sämtlich schwere Bedenken gegen die Veröffentlichung der öffentlichen Wahl, die wir nach wie vor für

das in Preußen Gegebene

ansehen! Auch andere Kreise und Angehörige anderer Parteien vertreten diesen Standpunkt, für den ich mich auch auf Bismarck und eine Anzahl sidddeutscher Geschlechter berufen könnte, die ebenso zur Intelligenz zählen wie die Freunde der geheimen Wahl im Zirkus Busch. In Rheingand und Bessalen haben sich weite national-liberale Kreise für die öffentliche Wahl ausgesprochen. Auch die „Morning Post“ und Clemenceaus früherer Gehilfe Jules Roche haben sich für das preussische Wahlrecht ausgesprochen. Roche wünscht den Franzosen nur so viel Freiheit, wie die Preußen sie haben! (Hört! hört! rechts. Heiterkeit links.) Unser Antrag will vor dem Lande und der Regierung feststellen, ob sich hier in Plenum nicht eine Mehrheit für die öffentliche Wahl findet! (Lachen links.)

Abg. Jhr. v. Jeddig (fl.):

Wir halten die öffentliche Wahl aus prinzipiellen und praktischen Gründen für besser als die geheime, und wir werden daher für den konservativen Antrag stimmen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.):

Wir sind überwiegend für die geheime Wahl, und diejenigen auch von uns, die für die öffentliche Wahl sind, werden mit Ausnahme des Abgeordneten Hege mit uns stimmen. Die Freunde der öffentlichen Wahl unter uns tun das, weil sie glauben, daß der konservativste Antrag wertlos ist, nachdem die Rechte in der Frage selbst umgefallen ist. Der konservativste Antrag soll diesen Umstand doch nur rechtfertigen, damit die Herren sagen können, sie seien durch die Mehrheit für die geheime Wahl im Hause zu diesem Umfall gezwungen worden. Diese Legende wollen wir nicht aufkommen lassen. Die Rechte tritt nur deshalb für die geheime Wahl ein, weil sie nur eins retten kann: entweder die geheime oder die indirekte Wahl! Und die indirekte Wahl ist ihr wertvoller. Wir werden uns, um die Konservativen zu zwingen, ihren Umfall vor dem Lande zu markieren, an der Abstimmung über den Antrag Ahrens nicht beteiligen. (Lebhafter Beifall links, große Unruhe rechts.) Uebrigens stellen wir den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Abg. v. Heubrand (l.) (zur Geschäftsordnung):

Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß ein erheblicher Teil meiner politischen Freunde sich der Abstimmung enthalten wird. (Stürmisches, langanhaltendes, immer wiederholt einsehendes Gelächter auf der ganzen Bank.)

Wenn Sie fertig sind, will ich fortfahren. Die Nationalliberalen sind scheinbar der Meinung, daß sie in der Art und Weise, wie sie jetzt die Abstimmung vornehmen wollen, einen ganz besonders geschickten taktischen Zug gemacht haben; anders ist es überhaupt nicht zu verstehen. Aber auch wir sind in der Lage, die Sache taktisch zu behandeln! (Sehr richtig! und Heiterkeit.) Ich möchte darum klarstellen, daß durch Ihr Vorgehen und durch die Art und Weise, wie Sie das jetzt begründet haben, die Notwendigkeit hervorgerufen ist, eine der wichtigsten Fragen, die für uns besteht, leblich und taktischen Gesichtspunkten zu behandeln. Die Verantwortung tragen Sie! (Gelächter links.) Ich behauere das aufrichtig, um so mehr, als nicht bloß die Sache es gerechtfertigt hätte, taktische Momente hier ganz auszuscheiden, ich behauere es auch, weil die ganze Art und Weise, wie der Abg. Friedberg hier uns gegenübergetreten ist, es uns sehr schwer macht, mit den Nationalliberalen in einer Weise politisch zusammenzuwirken, wie es der dringende Wunsch meiner politischen Freunde ist. (Zustimmung rechts, Widerspruch links und lebhafter Rufe: „Zur Geschäftsordnung!“) Ich muß Ihnen doch sagen, weshalb wir den Antrag gestellt haben! (Stürmisches Rufe links: Zum Wort melden, aber nicht zur Geschäftsordnung!“) Das geht nicht! Die machen ja, was sie wollen!! Ich stelle noch einmal fest, daß Sie es sind... (Stürmisches, andauernde Unruhe und lebhafter Rufe links: „Zur Geschäftsordnung!“) so daß die weiteren Worte des Redners ganz unverständlich bleiben. Erneute lebhafter Rufe links: „Wird es denn keine Geschäftsordnung mehr?“)

Vizepräsident Dr. Vorsch:

Wenn ich dem Redner so weit das Wort verstatte, so hätte ich es auch für notwendig gehalten, den Abg. Dr. Friedberg in gleicher Weise zur Geschäftsordnung reden zu lassen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) (zur Geschäftsordnung):

Die Ausführungen des Abg. v. Heubrand beweisen klipp und klar, daß der Antrag der Konservativen überhaupt nur taktisch gemeint war. (Lebhaftes Zustimmung links.) Einen klareren Beweis für die Richtigkeit meiner Auffassung konnte ich nicht bekommen, als durch die Erklärung des Abg. v. Heubrand, daß ein Teil seiner Freunde sich der Abstimmung enthalten werde! (Lebhaftes Zustimmung links und Rufe: Abstimmmandiert!) Herr von Heubrand, wenn Ihnen unsere Taktik nicht gefällt, dann schieben Sie es immer auf den Ton und glauben, wegen dieses Tones mit uns nicht zusammenarbeiten zu können! Das ist jetzt auf Ihrer Seite so oft geschehen, daß es wirklich keinen Eindruck mehr macht. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wenn Sie hier zum Ausdruck gebracht haben, mit uns taktisch des Tones wegen nicht zusammenzuwirken zu können, so glaube ich, das ist auch wieder ein Stück „Taktik“, das Sie uns hier zum besten gegeben haben! (Stürmisches Beifall links.)

Abg. Herold (Z.):

Den konservativen Antrag lehnen wir ab, da wir immer für die geheime Wahl gewesen sind. (Gelächter links und Rufe: Dieser Heuchler!)

Abg. Fischbeck (fortf. Sp.):

Wenn der Abg. Herold eben gemeint hat, seine Partei sei immer für die geheime Wahl gewesen, — ja, in Worten! Wenn man die geheime Wahl mit der indirekten Wahl verwechselt, hat die geheime Wahl keinen Wert mehr. (Lebhaftes Zustimmung links.) Daß ein Teil der Konservativen sich der Stimme enthalten wird, ist wahrscheinlich noch notwendig, um das Zentrum in die Majorität zu bringen! (Sehr richtig! links.) Veranlassen Sie (zu den Konservativen) doch das Zentrum, für Ihren Antrag zu stimmen, dann haben Sie alles, was Sie wollen, auch ohne Ihre Taktik! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Ich habe nur kurz zu erklären, daß wir den konservativen Antrag gar nicht für würdig erachten, ihn irgendwie sachlich zu behandeln. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es findet hierauf die

namentliche Abstimmung

statt. Die Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten verlassen den Saal. (Großer Lärm rechts und im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Vorsch:

An der Abstimmung haben teilgenommen 275 Abgeordnete. (Hört! hört! links.) Mit Ja haben gestimmt 62, mit Nein 124, der Stimme enthalten haben sich 89. (Lautes Gelächter links.) Der Antrag Ahrens-Klein-Fische ist somit abgelehnt. (Trotzisches Bravo! links.)

Abg. Freiherr v. Nichteusen:

Es liegt zum § 4 noch der Antrag Bronschoh vor, der die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen verlangt. Wir werden gegen den Antrag stimmen.

Was die Frage anlangt, ob wir stimmen werden für die geheime Wahl in Verbindung mit der indirekten Wahl, so haben meine Freunde des Haus soeben vor die Frage gestellt, ob es sich prinzipiell für die geheime Wahl entscheiden will oder nicht. (Lautes Lachen links.) In der Kommission ist die geheime Wahl mit 15 gegen 13 Stimmen gefallen. Trotzdem wollten wir im Plenum das ganze Haus, jedes Mitglied noch einmal vor die Entscheidung stellen:

Geheime oder öffentliche Wahl!

Die Entscheidung ist nicht herbeigeführt worden in dem Sinne, daß jeder Anhänger der öffentlichen Wahl auch dafür stimmen würde, und zwar durch das Verhalten der Nationalliberalen. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Auf links: Bergern Sie sich nur nicht! Große Heiterkeit links.) Ich konstatiere einfach diese Tatsache, die Sie hoffentlich noch vertragen können. (Erneute Heiterkeit links.) Ich konstatiere weiter, daß, nachdem der Abg. Friedberg namens der nationalliberalen Partei namentliche Abstimmung beantragt hatte, die nationalliberalen Mitglieder dieses Hauses den Saal verlassen haben. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum. Lautes Gelächter links.) Wir aber wollen ernsthaft an dieser Sache mitarbeiten. (Erneutes Gelächter links.) Wenn Ihr Mandat seinen Zweck erreicht hätte, dann wäre die Folge gewesen, daß diese Vorlage an die Kommission zurückgegangen wäre. In der Kommission wäre wieder die geheime Wahl mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen worden, und wir ständen in der nächsten Woche vor derselben Situation. Wenn dann die Herren wieder hinausgegangen wären, dann hätten sie wiederum das Zustandekommen des § 4 vereitelt können. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Ich konstatiere vor dem Lande, daß an diesem Verfahren die Nationalliberalen die Schuld tragen. (Stürmisches Beifall rechts und im Zentrum. Langanhaltendes Gelächter links.) Wir werden die Regierung in ihrem Bestreben, eine Wahlreform zustande zu bringen, ernsthaft unterstützen. Wir werden in der dritten Lesung nochmals auf den Antrag zurückkommen.

Der Abg. Friedberg hat gesagt, wir seien bezüglich des § 4 umgefallen. Wir haben und gesagt, daß mit der Annahme der geheimen Wahl die ganze Basis der Wahlreform auf eine andere Grundlage gestellt war. Die Regierung hatte die öffentliche Wahl für notwendig erklärt. Nachdem sie gefallen ist, standen wir vor der Frage: Sollen wir eine zweite Grundlage des bisherigen Wahlrechts aufrecht erhalten oder nicht? In der ersten Abstimmung haben die Nationalliberalen mit und gestimmt. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) In der zweiten Lesung allerdings nicht mehr. Meine Freunde haben sich daher in ihrer großen Mehrzahl — mit ganz geringen Ausnahmen — dahin schlüssig gemacht, das Vorgehen der konservativen Kommissionsmitglieder zu billigen, und sie sind hier im Plenum bereit, für die Kommissionsbeschlüsse auf Zusammensetzung des geheimen und indirekten Wahlrechts zu stimmen. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Wir haben durch dieses außerordentliche Entgegenkommen... (Stürmisches Gelächter links) ist das nicht ein außerordentliches Entgegenkommen? (Lebhafte Zustimmung links: Nein! nein! „Selbstlos!“) Es paßt Ihnen nur nicht in Ihre Taktik! Durch unser Entgegenkommen kommt eine Wahlreform zustande, während Ihr Vorgehen dazu führt, die Wahlreform auf die Dauer zu zunichte zu machen. (Zustimmung rechts und im Zentrum. Lachen links.) Deshalb bitte ich Sie, den § 4 so anzunehmen, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Friedberg (nall.):

Namens meiner Partei habe ich die Erklärung abgegeben, daß wir die Kommissionsbeschlüsse in der vorliegenden Form ablehnen. Wir haben in der ersten Lesung der Kommission für die Kombination des geheimen mit dem indirekten Wahlrecht gestimmt, um zunächst einmal eine breite Basis für die geheime Wahl zu schaffen, nachdem die Konservativen nun einmal auf diesen Boden getreten waren. Das war ganz richtig, da die Konservativen von der geheimen Wahl jetzt nicht mehr loskommen können oder wollen, denn sonst hätten sie ihre Leute nicht abkommandiert! (Lärm rechts.) Wir haben die Ueberzeugung mit anderen Parteien dieses Hauses, daß eine Wahlrechtsreform, die sich auf die Dauer behaupten soll, nur getragen werden kann von einer großen Majorität. Deshalb sind wir uns unserer Verantwortung wohl bewußt, und deshalb haben wir den dringenden Wunsch, mit den anderen großen Parteien zu einer Verständigung zu gelangen. (Lachen rechts.) Wenn eine Verständigung vor der Hand nicht erfolgt ist, so glaube ich es für uns in Anspruch nehmen zu dürfen, daß das nicht unsere Schuld ist. (Lebhafte Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Meine Freunde halten an der Ueberzeugung fest, daß eine befriedigende Lösung nur gefunden werden kann durch Einführung der direkten Wahl. Ich brauche mich gar nicht auf eine besondere Begründung einzulassen, sondern kann mich auf die Begründung der Regierungsvorlage beziehen. Dort ist ganz richtig ausgeführt, daß die indirekte Wahl sich

überlebt

hat, daß sie dazu führt, für die Landtagswahlen kein genügendes Interesse zu erwecken und daß

die Minoritäten bei der indirekten Wahl nicht berücksichtigt

werden können. Das sind alles schwerwiegende Gründe, und deshalb beantragen wir die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ich kann mir auch nicht denken, daß die Regierung dieses Herzstück ihrer Vorlage unter den Tisch fallen lassen wird. Die Vorlage ist ja derart umgestaltet worden, daß sie geradezu in ihr Gegenteil verkehrt ist. Ob eine Regierung das ruhig mitansehen kann, ist mir einigermaßen zweifelhaft. (Zuruf: Umsturzvorlage! — Heiterkeit.) Wenn man nun etwa sagen wollte, daß die geheime Wahl eine Kompensation sei für die mangelnde direkte, so würde ich das für einen Irrtum halten, denn jeder weiß, daß die geheime Wahl ihre volle Wirkung erst ausüben kann im Zusammenhang mit der direkten. (Lebhafte Zustimmung links.) Bei der Wahl von Wahlmännern stehen diese immer unter einer gewissen öffentlichen Kontrolle, gleichviel, ob nun die Wahlmänner selbst geheim oder öffentlich gewählt werden. (Sehr richtig! links.) Die Einführung der geheimen Wahl wollen wir gern als einen gewissen Fortschritt anerkennen. Aber dieser Fortschritt wird wieder weit gemindert durch die indirekte Wahl. Meine Vermutungen haben sich als durchaus richtig erwiesen: daß die Konservativen gern gewissen Strömungen im Lande nach außen hin entgegenkommen und zeigen wollten: Wir sind für die öffentliche Wahl eingetreten, wir haben sie aber nicht durchgesetzt, wir sind gezwungen gewesen, wenn wir etwas zustande bringen wollten, auch die geheime Wahl einzuführen! (Sehr richtig! links.) Diesem taktischen Verfahren wollten wir entgegenreten, weil es eine Taktik ist, für die ich nicht den geringsten Ausdruck habe, die wir nicht für angebracht erachten. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen mühten sich weniger als 89 Abgeordnete abkommandieren, um das Resultat zu erlangen, das nun wirklich vorliegt. (Lebhafte Zurufe des Abg. v. Hentzebrand.) Daß dieser Antrag nur diesen taktischen Zweck verfolgte, festgesetzt zu haben, rechne ich mir als Verdienst an. (Lebhafte Zustimmung links.)

Unser unbedingtes Eintreten für die direkte und geheime Wahl enthebt uns aber nicht der Verpflichtung, Besserungen vorzuschlagen, wenn nun einmal eine Majorität dafür nicht vorhanden ist. Die Entnahme der Wahlmänner aus einem größeren Bezirk ist eine Verbesserung. Unser Vorschlag auf Entnahme der Wahlmänner aus dem ganzen Wahlkreise in der Kommission ist eigentlich zuerst vom Zentrum in die Debatte hineingeworfen worden. Daß uns dann das Zentrum im Stich gelassen hat, wundere mich bei dem ganzen Verhalten des Zentrums nicht mehr. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Zentrum hat sich auf den

Vorschlag der Entnahme der Wahlmänner nur aus der Gemeinde zurückgezogen. Danach bleibt alles beim alten im wesentlichen. (Zustimmung links.) Denn in den Großstädten haben auch die anderen Parteien ihre Wahlmänner. Aber auf dem Lande bleibt der Kreis der Gemeinde so klein, daß tatsächlich alles beim alten bleibt.

Was nun

die Drittelung nach Urwahlbezirken

angeht, so schlägt diese dem ganzen Grundsatze des Klassenwahlrechts ins Gesicht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Denn bei dieser Form der Drittelung kommt es dahin, daß die höhere Steuerleistung in denselben Wahlbezirk geringer ins Gewicht fallen kann als eine mindere Steuerleistung, wenn diese in einem anderen Urwahlbezirk erfolgt. Dadurch stellen Sie die Dinge doch auf den Kopf! (Erneute Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Drittelung nach Urwahlbezirken soll es ermöglichen, daß wenigstens einige Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus hineingelangen. Auch das ist nicht ganz richtig. Die plutokratische Wirkung des Dreiklassenwahlrechts wird in einigen Bezirken durch die Drittelung nach Urwahlbezirken allerdings abgeschwächt, in anderen aber wird sie verstärkt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Diese Bestimmung ist vollkommen sinnlos. Wir haben zwar in der Kommission für die Majorisierung gestimmt, aber nur unter Vorbehalt, denn auch sie schlägt dem Prinzip der Steuerleistung ins Gesicht. (Zustimmung links.) Die Majorisierung von 5000 R. bedeutet in den großen Städten etwas ganz anderes als in den kleinen und auf dem Lande. Wir haben deshalb andere Grundzüge vorgeschlagen, und zwar zunächst dahin, daß man den anderen Steuerzahlern etwas zulegt, die sonst kein Anrecht auf die Wahl hätten.

Wir hätten weiter beantragt, daß in der ersten Abteilung ein Zehntel und in der zweiten zwei Zehntel aller Wähler enthalten sein sollen. Das würde eine außerordentliche Einwirkung auf die Bildung der Abteilung gehabt haben, und wir begreifen nicht, weshalb man nicht darauf eingegangen ist. Wir haben jetzt absolute Zahlen für die zuerst vorgeschlagenen Prozentzahlen eingefügt, so daß in der ersten Abteilung mindestens zehn und in der zweiten mindestens dreißig Wähler vorhanden sind.

Zur Privilegierung haben wir keine Anträge gestellt. Die Regierung wird zwar sagen: Kritiker sind leicht, besprechbar schwer, aber so berechtigt der Grundsatze ist, so wenig ist eine wirkliche praktische Lösung auf dem Boden des Dreiklassenwahlrechts möglich. Die Kommissionsbeschlüsse sind im ganzen nichts weiter als eine Garantie für den Bestand zweier großer Parteien dieses Hauses. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir wollen aber ein derartiges Wahlrecht nicht machen und können es auch nicht machen. (Beifall links.) Bei der Neueinteilung der Wahlkreise wünschen wir, daß die historischen Verhältnisse durchaus berücksichtigt bleiben. Aber deshalb kommt man um die Frage selbst doch nicht herum. Die Einteilung der Wahlkreise ist außerordentlich maßgebend für den Anteil der Parteien an der politischen Macht. (Sehr richtig! links.) Besonders im Westen klagt man mit Recht, daß die städtische Bevölkerung außerordentlich benachteiligt ist gegenüber dem platten Lande. Aus diesem Gesichtspunkte heraus schlagen wir eine Veränderung in denkbar mildester Form vor. Wir haben niemals gesagt: Alles oder nichts. Wir würden jede Verbesserung dankbar begrüßen. Wir lehnen es aber ab, nur eine Scheinreform zu machen, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine reformatio in pejus (Reform zum Schlimmeren!) (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Frischbeil (fortsch. Sp.):

Meine politischen Freunde fordern in erster Linie das gleiche politische Recht. Das Prinzip der Steuerleistung beim Wahlrecht ist um so ungerechter geworden, je gerechter die Steuer an sich geworden ist. Je mehr unsere Steuererhebung den Wohlhabenden heranzog und den unteren Schichten der Bevölkerung gegenüber wälde walten läßt, um so geringer wird das Wahlrecht auf der einen und um so größer auf der anderen Seite. Diese Ungerechtigkeit haben auch diejenigen, die Segner unserer Forderung des gleichen Wahlrechts sind, anerkannt. Das geht schon daraus hervor, daß man bei allen Änderungen unserer Steuererhebung versucht hat, an unserer Wahlgesetzgebung herumzuspielen. So hat man dafür gesorgt, daß diejenigen, die nicht 900 R. verdienen und deshalb von der Steuer befreit sind, das Wahlrecht nicht verlieren, sondern man hat die Einrichtung der Dreimark-Männer geschaffen. Aus demselben Grunde ist man feinerzeit mit der Drittelung in den Urwahlbezirken vorgegangen. Ich muß dem Abg. Dr. Friedberg recht geben, daß das Zentrum damals mit der Einführung der Drittelung in den Urwahlbezirken seine politischen Geschäfte besorgte.

Die Widersinnigkeit dieser Maßregel geht ganz besonders daraus hervor, daß in Berlin in einem Bezirk der geringstbesteuerten Wähler der ersten Klasse 210 000 R. zahlen muß, in einem anderen 48 Mark!

Als wir im vorigen Jahre eine Novelle zum Einkommensteuergesetz gemacht haben, hat man dafür gesorgt, daß die Wirkung des Stinderprivilegs keinen Einfluß auf die politischen Rechte habe. Die Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts erkennt ja auch die Vorlage an, wie aus Ihren Vorschriften über die Majorisierung und die Privilegierung der Kulturträger hervorgeht. Selbst die Konservativen haben sich solchen Betrachtungen nicht entziehen können, als sie in der Kommission den fingierten Steuerfuß von 3 auf 4 Mark erhöhten. Auch die Zentrumspartei stellte sich mit ihren Anträgen über die Privilegierung der Abiturienten auf diesen Fuß. Aus alledem ersehen wir eine Anerkennung unserer Behauptung, daß das jetzt abgestufte Wahlrecht ungerecht ist.

Wir wollen das gleiche Wahlrecht für alle Männer über 25 Jahre! Von den drei Prinzipien des Reichstagswahlrechts hat die Kommission nur die geheime Wahl akzeptiert. Bei all den Parteien, die eine Reform des preussischen Wahlrechts für notwendig halten, bestand bisher niemals ein Streit darüber, ob die indirekte Wahl beseitigt werden sollte oder nicht. Das galt bisher als selbstverständlich.

(Sehr richtig! links.) Es handelte sich immer nur darum, was bei einer Reform außer der selbstverständlichen direkten Wahl noch zu erreichen war. Alle Parteien sind für die geheime Wahl, ausgenommen die Konservativen. Nun ist ein Kompromiß zwischen Zentrum und Konservativen zustande gekommen. Das Zentrum, das angeblich die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen wünscht, hat aus diesem Reichstagswahlrecht ein Stück herausgehoben, das das Fundament des ganzen Reichstagswahlrechts ist: die direkte Wahl! Die Konservativen haben scheinbar ihrem Herzen einen Stoß gegeben und sind scheinbar der Volksstimmung entgegengekommen, indem sie das geheime Wahlrecht akzeptiert haben. Und die Zentrumspartei wird es auf allen Märkten verkünden, daß es der Zentrumspartei gelungen ist, dieses Kunststück fertig zu bringen.

Der Abgeordnete Dirsch hat schon ganz richtig ausgeführt, daß Herr v. Jellisch sich als guter Prophet erwiesen hat. Aber Herr v. Jellisch hat nicht durchgesehen, wie schlaue die Herren vom Zentrum sind. (Zuruf links: Wie falsch!) Wie die Konservativen über das geheime Wahlrecht denken, das hat kürzlich die „Kreuzzeitung“ mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht. Sie schrieb in einem Artikel über die Wahlen zur Hamburger Bürgerchaft:

„Was lernen wir in Preußen aus diesen Vorgängen? Daß die geheime Wahl, wenn sie nicht in letzter Stunde vermieden werden kann, durch ganz außerordentliche Sicherheitsmaßregeln möglichst unschädlich zu machen ist.“ (Lebhafte Zustimmung links.)

Inschädllich machen, das ist die Taktik der Konservativen und des Zentrums dem Volke gegenüber. (Sehr richtig! links.) Dadurch, daß die direkte Wahl geköpft ist, ist die geheime Wahl im Sinn der Konservativen unschädlich gemacht. Das Zentrum sagt zu seiner Rechtfertigung, daß bei der Wahlrechtsvorlage nichts zustande kommen könne, wenn die Konservativen nicht dabei sind. Zunächst möchte ich einmal wissen, welche Garantien die Herren denn

vom Herrenhaus in der Tasche haben? Was im übrigen die Majorität anlangt, so beträgt die Majorität, die die direkte Wahl beibehalten hätte, in der Kommission 15 gegen 13 Stimmen, und das Kompromiß ist gleichfalls nur mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen! Wo ist da die große Mehrheit?

Den Konservativen lag vor allem an der Aufrechterhaltung der indirekten Wahl. Wenn die Konservativen, die eine Wahlreform nicht wollten, zur geheimen Wahl übergingen, so geht daraus nur hervor, daß den Konservativen das indirekte Wahlrecht wichtiger erschien als die geheime Wahl. (Sehr richtig! links.) Der Wahlmann muß sich eben fügen, und wenn auf einem Dorf noch so viel Wähler gewillt sind, liberal zu wählen, es bleibt erfolglos, wenn kein liberaler Wahlmann da ist! (Sehr richtig! links.) Die Abhängigkeit des Wahlmanns soll aufrechterhalten werden, und deshalb sträubt man sich gegen die vom Zentrum selbst gegebene Anregung, die Wahlmänner aus dem ganzen Kreise nehmen zu dürfen. (Hört! hört! links.) Was hat das andere für einen Grund als den, daß man, wenn man den Wähler nicht mehr fassen kann, sich an den Wahlmann halten will?! (Sehr richtig! links.)

Aus demselben Grunde sind die Konservativen gegen die geheime Abstimmung der Wahlmänner. Wenn die Konservativen den Wähler nicht mehr kontrollieren können, dann wollen sie es wenigstens beim Wahlmann tun! (Zustimmung links.)

Die indirekte Wahl bildet in der Hand einer Partei, die die politische und wirtschaftliche Macht hat, das Mittel, einen Druck auszuüben. Deshalb ist in Verbindung mit der indirekten Wahl die geheime Wahl wertlos, und die ganze Reform verdient nicht den Namen einer Wahlreform. (Lebhafte Zustimmung links.) Das sehen die weitesten Volksteile ein. Diese Reform wird nicht Beruhigung verschaffen, sondern neue Unzufriedenheit. Deshalb stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir lieber im Augenblick gar nichts zustande kommen lassen wollen als eine Scheinreform, die vom Volke als Verhöhnung aufgefaßt werden muß! (Lebhafte Zustimmung links.) Wir tragen die Verantwortung dafür, wenn augenblicklich nichts zustande kommt. (Sehr richtig! links.)

Und nun die Regierung. Von ihr gilt der Vers: „Und die Rutter blinde stumm, auf den ganzen Tisch herum.“ (Heiterkeit und Zustimmung links.)

Wenn die Regierung den Willen hat, das auszuführen, was dem Volke in der Thronrede versprochen ist, dann kann sie niemals dieser Reform zustimmen! (Sehr richtig! links.) Sie wird gut tun, mit einer neuen Vorlage zu kommen, und sie weiß ja auch, wo sie dann die Majorität zu suchen hat! Wir werden gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen und bitten um Annahme unseres Antrages. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Frhr. v. Jellisch (fr.):

Würden wir in Preußen das Reichstagswahlrecht einführen, würden die Freimüthigen verschwinden. Wir sind aber so guten Herzens, daß wir diese Aufopferung nicht wünschen. Das gleiche Wahlrecht ist die größte Ungerechtigkeit. (Lebhafte Zustimmung links.) Höhere Leistung gegen den Staat, größere Erfahrung, größere Bildung — alles bleibt dabei außer acht. Das gleiche Wahlrecht ist weiter ein Wechsel auf die Herrschaft des Proletariats, der an dem Tage eingelöst wird, wo es der Sozialdemokratie gelungen sein wird, das Proletariat zu organisieren. Eine Herrschaft des Proletariats wollen wir aber in Preußen nicht. (Beifall rechts.) Die geheime Wahl kann nur staatsverhaltend wirken, wenn sie mit der indirekten verbunden ist. (Abg. Borgmann ruft: Terrorismus!) Was, Sie klagen über Terrorismus?! (Der Redner schlägt lachend die Hände zusammen. Abg. Borgmann: Komödiant!)

Vizepräsident Dr. Krause: Herr Abg. Borgmann, für diesen unwürdigen Zuruf rufe ich Sie zur Ordnung!

Abg. Frhr. v. Jellisch: Für die geheime Wahl ist eine Mehrheit vorhanden, und auf Grundlage der geheimen Wahl müssen wir nun schon die Vorlage aufbauen. Unsere endgültige Stellungnahme hängt aber von der ganzen Gestaltung der Vorlage ab, die die Gewähr dafür bieten muß, daß die Wahlrechtsfrage auf längere Zeit geregelt ist, und das ist nur der Fall, wenn eine große Mehrheit hier die Vorlage gestaltet. (Zurufe des Abg. Borgmann.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. (Zuruf rechts: Die wollen herrschen! Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Jellisch: Die Drittelung nach Urwahlbezirken in Verbindung mit der Majorisierung verleiht geradezu gegen den Grundgedanken unseres geltenden Wahlrechts. Der Gedanke, 10 und 30 Wähler als Mindestzahl für die erste und zweite Klasse festzusetzen, paßt für die Städte, aber nicht für das platte Land. Wir werden heute für den § 4 in der Kommissionsfassung stimmen und alle dazu gestellten Anträge ablehnen. Wir wollen uns aber für die Gesamtbestimmung nicht die Hände binden. Da wird es sich für uns darum handeln, ob etwas in sich Geschlossenes zustande gekommen ist, und etwas, was Dauer verspricht. (Beifall bei den Freikonserverativen.)

Abg. Gerold (Z.):

Die Taktik der Nationalliberalen ist mehr als seltsam. Herr Friedberg sagt: Wir sind einstimmig für die geheime Wahl. Aber wenn es zur Abstimmung darüber kommt, dann verlassen die Nationalliberalen einfach das Lokal! Das erinnert an die ärgsten Zeiten der sozialdemokratischen Obstruktion, die die Nationalliberalen damals mit uns bekämpften. Sie treten damit in die Fußstapfen der Sozialdemokraten. (Stürmischer Widerspruch bei den Nationalliberalen. Lebhafte Zustimmung rechts und im Zentrum.) Wir werden den Nationalliberalen diese Haltung dauernd nicht vergessen. (Zustimmung im Zentrum und rechts.) Der Antrag der fortschrittlichen Volkspartei will die gleiche und geheime Wahl. Auch wir sind Anhänger des gleichen Wahlrechts. (Widerspruch links. Zuruf: Das glauben wir nicht!)

Wenn ich hier eine Erklärung namens meiner politischen Freunde abgebe, ist niemand berechtigt, zu sagen: Das glauben wir nicht! Das ist eine schwere Beleidigung. (Anbauender großer Lärm links. Aufre rechts: Auf! Auf! Der Vizepräsident Dr. Krause kann sich nur mit Mühe Gehör verschaffen und ersucht das Haus, die störenden Zwischenrufe zu unterlassen.) Wir wissen aber, daß das gleiche Wahlrecht weder hier noch im Herrenhause durchgesetzt werden kann, und wir sehen deshalb in dem fortschrittlichen Antrag nichts als eine veränderte Form des Antrages, die Kommissionsbeschlüsse null und nichtig zu machen und die ganze Wahlreform zu hintertreiben. (Stürmischer Widerspruch links. Zustimmung rechts und im Zentrum.) Die Kommissionsbeschlüsse bieten einen so großen Fortschritt, daß wir sie mit aller Kraft unterstützen wollen. Wir sind nicht so leicht, auf die Taktik der Linken hereinzufallen und die ganze Reform zum Scheitern zu bringen, indem wir auf weitergehende Forderungen bestehen. Die Drittelung in Urwahlbezirken hat sich ganz außerordentlich bewährt. Eine wesentliche Abschwächung der plutokratischen Wirkung des Wahlrechts wird dadurch erreicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Warum wollen nun die Nationalliberalen diese Plutokratie? (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Deshalb, weil ihre Partei bei den Wahlen am besten dabei zurechtkommt. (Sehr richtig! im Zentrum. Lachen bei den Nationalliberalen.) Wir haben die begründete Hoffnung gehabt, daß die Regierung und das Herrenhaus gegenüber einer großen Majorität für die geheime Wahl nachgeben werde. Dr. Friedberg bezeichnet die Drittelung in den Urwahlbezirken als unhaltbar, weil sie Ungleichmäßigkeiten entziehen läßt. Aber bestehen denn nicht dieselben Ungleichmäßigkeiten zwischen den verschiedenen Wahlbezirken ebenso? (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir wünschen natürlich, daß das Gesetz jetzt mit einer großen Majorität zustande kommt. Die Nationalliberalen haben sich aber weiter nach links gewandt. Je mehr aber die Taktik der Linken dahin geht, das Zustandekommen des Gesetzes zum Scheitern zu bringen, um so mehr werden wir geschlossen dafür eintreten, daß die Kommissionsbeschlüsse durchgesetzt werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Karfaun (Pole)

erklärt namens seiner Partei, daß sie die Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist, ablehnen wird, da sie der

Vormundung und Entziehung der breiten Massen in keiner Weise ein Ziel sein. Selbstverständlich werde seine Fraktion allen Vorschlägen, die immerhin Verbesserungen bringen könnten, im einzelnen zustimmen.

Abg. Strödel (Soz.):

Herr v. Zedlitz hat sich selbstverständlich wiederum in allerhöchster Weise gegen das Reichstagswahlrecht ausgesprochen, weil dieses zu einer Herrschaft des Proletariats führe. Wenn die Mehrheit des Volkes aus dem Proletariat besteht, dann hat diese Mehrheit natürlich auch das Recht, durch das demokratische Wahlsystem zur Herrschaft zu kommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn diese Herrschaft des Proletariats etwa der Sozialdemokratie zufällt, so ist das ein Beweis dafür, daß die Sozialdemokratische Partei die Interessen der großen Masse der Bevölkerung am allerwichtigsten verteidigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also Herr v. Zedlitz vor einem solchen Wahlsystem warnt, dann geschieht er gleichzeitig das zu, was er sonst so oft und so gern bestreitet: daß nämlich die Sozialdemokratische Partei die Interessen der Massen des Volkes am wirksamsten wahrnimmt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Zedlitz hat durch seine Verhörerregierung des Reichstagswahlrechts aber gewissermaßen wiederum auch einen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht gemacht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die namentliche Abstimmung über die öffentliche Wahl hat in außerordentlich dankenswerter Weise gezeigt, wie wenig Gegner das geheime Wahlrecht eigentlich hier hat. Das Ergebnis war, daß nur 62 Herren von der Rechten

den Mut hatten, für die öffentliche Wahl hier einzutreten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Laufen rechts.) Alle anderen 80 haben sich der Abstimmung enthalten. Wo höchstens der sechste oder siebente Teil der hier im Hause vorhandenen Abgeordneten hat die Courage gehabt, für die öffentliche Wahl einzutreten! Wir können Herrn v. Nitschhofen außerordentlich dankbar sein, daß er uns zu dieser Feststellung verholfen hat. Wenn nur 62 Mitglieder für die öffentliche Abstimmung eingetreten sind, so geht daraus hervor, daß das Kompromiß zwischen dem Zentrum und den Konservativen

ganz unnötig und hinfällig

war! Denn wenn nur eine solche Handvoll Junker dafür eintrat, so brauchte das Zentrum nicht zu fürchten, daß das Herrenhaus sich gegen die geheime Wahl wenden würde. Das Zentrum hätte alle Ursache, von dem Kompromiß zurückzutreten, statt daß es den Junkern zuliebe für die öffentliche Wahl eintritt.

Herr v. Nitschhofen hat darauf hingewiesen, daß die indirekte Wahl bereits in dem Wahlrecht von 1848 enthalten war, aber dieses enthält auch das geheime und gleiche Wahlrecht, was Herr v. Nitschhofen nicht erwähnt hat! Die Herren nehmen sich aus diesen früheren Vorgängen eben immer nur das heraus, was sie brauchen können. Wenn Herr v. Nitschhofen weiter erklärt hat, die Konservativen hätten mit der Gewährung der geheimen Wahl ein außerordentliches Entgegenkommen bewiesen, so behaupte ich: Nein! sie haben sich

rieffig gegen, daß sie die rettende Hand des Zentrums ergreifen konnten!

Die Konservativen hätten auch das geheime und direkte Wahlrecht zusammen gewährt, wenn ihnen das Zentrum nicht so entgegengekommen wäre. Es war kein Entgegenkommen, das die Konservativen zu ihrer Haltung brachte, sondern die Angst; sie wollten

retten, was noch zu retten war!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist allerdings richtig, daß Sie den Willen zur Macht haben, daß Sie Ihre Macht aufrecht erhalten wollen.

Auch die sozialdemokratische Partei hat den Willen zur Macht. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn eine demokratische Partei den Willen zur Macht hat, um die Volkswohlfahrt durchzuführen, um dem Fortschritt eine Hilfe zu leisten, als wenn eine Handvoll Leute den Willen zur Macht hat, um ihre rassistischen Bestrebungen durchzuführen! Die Rechte hat allerdings heute schon die Macht, sie hat sie zu Unrecht infolge des Dreiklassenwahlrechts. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist interessant, daß 1906 selbst

das Wahlbüchlein der babilischen Konservativen

die indirekte Wahl als „tatsächlich überlebt“ bezeichnet hat! (Hört! hört! links.) Also selbst in konservativen Kreisen wird an der indirekten Wahl nicht mehr festgehalten, und es war durchaus nicht notwendig, daß das Zentrum hier den Konservativen entgegenkam. (Sehr richtig! links.)

Kann verführte der Abg. Gerold, daß auch das Zentrum für das gleiche Wahlrecht eintrat! Als darauf bei der Linken ein Laichen entstand, sagte er sehr entrüstet: wenn das Zentrum durch seinen Mund eine solche Erklärung abgegeben lasse, so habe niemand das Recht, daran zu zweifeln! Es mag ja wunderbar sein, sich solche feierliche Erklärungen abzugeben, aber die Erklärungen nützen nichts, wenn ihnen nicht die entsprechenden Taten folgen! (Sehr richtig! links.) Die Taten des Zentrums bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage beweisen, daß es nicht möglich ist, daran zu glauben, daß das Zentrum wirklich ernstlich für das gleiche Wahlrecht ist. (Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Abg. Gerold kann sich ja auch von vornherein nicht auf eine Anzahl von Abgeordneten beziehen, die öffentlich haben erklären müssen, nicht für das Reichstagswahlrecht einzutreten. Und mit der Ablehnung des freisinnigen Antrages beweist das Zentrum ja auch, daß es nicht für das gleiche Wahlrecht eintritt. (Widerpruch im Zentrum.)

Weiter sagte Herr Gerold, seine Partei lege Wert auf die wesentlichen Verbesserungen, die in der Vorlage enthalten seien. Welcher Art diese angeblich wesentlichen Verbesserungen sind, geht schon daraus hervor, daß sogar die Nationalliberalen diese Vorlage ablehnen, die in ihren Forderungen doch wirklich nicht unbedeutend sind. Die Nationalliberalen sind erklärte Gegner des Reichstagswahlrechts, sie sind Anhänger eines Klassenwahlrechts oder eines Pluralwahlrechts. Wenn selbst die Nationalliberalen erklären, daß diese Vorlage hier eine

Verfälschung

bedeutet, dann ist es nicht zu verstehen, wie das angeblich demokratische Zentrum in ihre „wesentlichen Verbesserungen“ finden kann. (Sehr gut! links.)

Der Abg. Gerold hat die Verbeibehaltung der Drittelung in den Wahlbezirken als eine „Verbesserung“ bezeichnet. Diese Drittelung ist doch aber keine Verbesserung, sondern sie bestand bisher schon! Außerdem ist es gar nicht das Verdienst des Zentrums, daß diese Drittelung beibehalten ist. Auch die Konservativen wollten sie, und nur die Freikonservativen und Nationalliberalen waren dagegen. Die Drittelung stand also gar nicht in Gefahr, und das Zentrum braucht sich wirklich nicht als Retter dieser Drittelung in den Wahlbezirken aufzuspielen. (Sehr richtig! links.) Sogar die Freisinnigen haben erklärt, daß sie, wenn sie auch einen Schaden von dieser Drittelung im Bezirk haben, sie dennoch beibehalten wollen, um den platonischen Charakter des Dreiklassenwahlrechts wenigstens etwas abzumildern. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Auch die Nationalliberalen legen keinen großen Wert mehr auf die Vereinfachung dieser Drittelung. Als ich in der Kommission ausführte, daß mit der Vereinfachung dieser Drittelung die Sozialdemokratie ihre wenigen Mandate verlieren würde, erklärte der nationalliberale Abg. Dippe, daß er dann seinen Antrag zurückziehe! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also

die Drittelung war nicht gefährdet,

und das Zentrum braucht mit seinem Verdienst nicht zu prahlen. Aber wo soll Herr Gerold die Vorzüge hernehmen, wenn keine im Gesetz drin sind? Was kann er dafür, wenn er sich vergreift, weil nichts Greifbares drin ist? (Sehr gut! links.)

Kann sagt der Abg. Gerold

die Maginierung

wäre eingeführt. Die Maginierung war doch aber auch schon in der Regierungsvorlage vorhanden! Deshals hat das Zentrum die Summe nicht herabgesetzt auf 2000 oder 3000 M? Ist ihm gar nicht „eingefallen“, trotzdem ich das in der Kommission angeregt habe? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vereinfachung der Terminiwahl

ist gewiß zu begrüßen, aber im Vergleich zur Wahlrechtsfrage überhaupt ist dieses doch eine sehr nebensächliche Frage.

Wenn der Abg. Gerold weiter darauf hingewiesen hat, daß die Nationalliberalen in der Kommission die Erhöhung der fingierten Steuerumme von 3 M. auf 5 M. als Kompensation für die Maginierung einführen wollten, so vergißt er dabei zu erwähnen, daß das Zentrum nur für 4 M. gestimmt hat! Warum hat das Zentrum nicht auch für 5 M. gestimmt? Wir sehen eben, daß das Zentrum in dieser ganzen Frage verfaßt hat, weil es eben nichts annehmen wollte,

was seinen Freunden vom Schnapsbrot unangenehm war.

(Lärm rechts und im Zentrum.) Zum Schluß hat der Abg. Gerold förmlich ein Loblied angestimmt auf die kluge diplomatische Taktik des Zentrums, der allem es zu danken sei, daß einige Verbesserungen durchgeführt seien! Nach dem Abstimmungsergebnis, das wir vorhin erörtert haben, sollte das Zentrum doch endlich in sich gehen! Es ist

Verrat am Volk,

wenn es am Kompromiß festhält und sagt, daß nur mit der indirekten Wahl die geheime Wahl zu erreichen war. Die Abstimmung der Konservativen hat gezeigt, daß selbst bei ihnen nur eine winzige Minorität für die öffentliche Wahl ist! Wenn selbst die Konservativen in ihrer Mehrheit gegen die öffentliche Wahl sind, dann hätte in dieser Frage auch das Herrenhaus nachgegeben. (Zurufe.) Wir hätten Ihnen von Herzen gegnnt, daß die 80 Mann, die sich der Stimme enthalten haben, für die öffentliche Wahl gestimmt hätten, dann wäre wenigstens

das schwachbrotte Kompromiß

ins Wasser gefallen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber den Schmerz wollten die Konservativen dem Zentrum nicht antun. Sie wußten nur zu genau, daß sie niemals etwas Besseres als dieses Kompromiß bekommen hätten!

Der Abg. Gerold hat weiter behauptet, das Zentrum hätte für das Kompromiß stimmen müssen, um die geheime Wahl von der Regierung zugesprochen zu bekommen. Warum auf einmal eine solche Furcht vor der Regierung? Als die geheime Wahl angenommen war, hat die Regierung

sein „Unannehmbar!“

erklärt. (Hört! hört! links.) Als die Deamtenbefehlungskommission weitergehende Wünsche sagte, da hatte die Regierung regelmäßig erklärt: „Dieser Wunsch ist für uns unannehmbar!“ Das hat die Regierung bei der geheimen Wahl nicht gesagt! (Zurufe im Zentrum: Doch! doch!) Ist sie gar nicht eingefallen! So etwas überhört man doch nicht! Erst in einer späteren Sitzung erklärte die Regierung auf meine Provokation: nicht etwa, daß die geheime Wahl für sie unannehmbar sei, sondern daß sie sie für „höchst bedenklich“ halte! (Hört! hört! links.) Aber selbst wenn die Regierung sie für „unannehmbar“ erklärt hätte, hätte das Zentrum nicht zurückweichen brauchen. Bei der Finanzreform haben sich die Herren vom Zentrum um die Erklärung des höchsten Vizepräsidenten den Tausel gekümmert! (Sehr richtig! links.) Die Regierung wußte zu strengem Frieden und der Reichskanzler wurde gekürzt! Bei sonstigen Gelegenheiten haben Konservative und Zentrum auf ein Unannehmbar der Regierung schon gepfiffen und ihren Willen durchgesetzt. Wenn das Zentrum diese Courage aufbringt bei neuen Vorkäufen, dann möge es sie auch aufbringen bei der Erweiterung der Wahlrechte! (Sehr richtig! links.) Statt dessen hat es sich mit der Rechten verbündet, um selbst das zu verhindern, was mit den Nationalliberalen zu erreichen war! Es gibt keinen parlamentarischen Ausdruck, um diese Handlungsweise richtig zu kennzeichnen. (Sehr richtig! links.) Und ohne das Kompromiß wäre die geheime Wahl zu erreichen gewesen. Aber das Zentrum wollte eben nicht für die Volkrechte eintreten; es wollte

Kuhhandel treiben und die Volksrechte verschachern!

Man hat gesagt, wie hätten ja selbst die indirekte Wahl als gar nicht so schlimm bezeichnet. Wenn die Regierungsvorlage mit der öffentlichen Wahl Gesetz geworden wäre, dann war die direkte Wahl allerdings wertlos. Wenn bei einer öffentlichen Wahl Terror geübt wird, dann spielt die direkte Wahl keine Rolle mehr; sie gewinnt ihre große Bedeutung erst in dem Augenblick, wo die geheime Wahl angenommen ist. Gerade weil das Zentrum für die Aufrechterhaltung der indirekten Wahl gestimmt hat, hat es die geheime Wahl zum größten Teil entwertet! (Sehr richtig! links.) Bei der indirekten Wahl ist es den oppositionellen, demokratischen Parteien außerordentlich schwierig, auf dem platten Lande und in den kleinen Städten Wahlmänner aufzustellen. Sie wissen, welcher

Terror auf dem platten Lande

geübt wird, wo keine Organisationen bestehen. Da, wo Organisationen sich zu Schul und Tag zusammengeschlossen haben, kann dem Terror ein Einhalt geboten werden. Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb, daß nach der Regierungsvorlage durch die direkte Wahl und die Anrechnung der Minoritäten in der 1. und 2. Klasse die Zahl der Sozialdemokraten sich verdoppeln würde! Man sieht also, von welcher außerordentlichen Bedeutung die indirekte Wahl zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Reaktion ist! Das Zentrum schädigt also auch die Wähler in der 3. Klasse in den Städten auf das allerschwerste durch Wiedereinführung der indirekten Wahl. Das Zentrum hat

ganz nach dem Rezept des Freiherrn v. Zedlitz

gehandelt und keine Vorlage angenommen, die den Konservativen irgendwie unangenehm wäre. Es hat sich in jeder Beziehung als

Quandlanger der schlimmsten Reaktion

erwiesen: a) schlimmster Wahlrechtsfeind! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Freiherr v. Nitschhofen sprach von den Millionen proletarischen Wähler, die hinter den Konservativen händen. Ah, Herr v. Nitschhofen, lassen Sie die doch einmal amorphischen! Bleisicht verankalten Sie auch einmal Straßendemonstrationen, wo Sie diese Wähler und wirklich vorführen können. Die Masse der Wähler ist für das gleiche Wahlrecht. (Widerpruch rechts.) Wenn Sie die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Freisinnigen zusammennähmen, so haben Sie die große Mehrheit der Wähler! Innerhalb der konservativen Partei sind auch Stimmen vorhanden, welche zwar nicht gleich für das allgemeine, gleiche Wahlrecht sind, aber doch für die geheime Wahl und die vor dem Kompromiß — nicht erst nach dem Kompromiß — sich so äußerten. So z. B. Professor Savigny. Das aristokratische „Reich“, das auch von den konservativen Blättern gehört, erklärte, daß mindestens der Arbeiter als preußischer Staatsbürger zu verlangen hat, daß er bei der Vereinfachung seiner politischen Überzeugung gegen jeden Terrorismus geschützt ist. Sogar in einer Verammlung des Bundes der Landwirte erklärte der konservative Parteisekretär Dr. Stauffold, er glaube, daß man die Konzeption der geheimen Wahl machen wird! Die Konservativen haben also in der eigenen Reihen schon vor dem Kompromiß Anhänger der geheimen Wahl gehabt, und trotz dieser Tatsache, die dem Zentrum doch nicht unbekannt sein wird, geht das Zentrum auf das Kompromiß ein!

Einer Handvoll Junker gibt es das Wahlrecht preis!

Hinter den Konservativen standen bei der Reichstagswahl 1906 878 000 Wähler und hinter den übrigen Parteien, die für die direkte und geheime Wahl sind, 1 556 000 Wähler! Sie sehen, daß die große Mehrheit des Volkes tatsächlich nicht nur für die geheime Wahl ist, sondern auch für die direkte Wahl!

Das Zentrum hat aber nicht nur mit Bezug auf die direkte Wahl Verrat geübt, sondern es hat in geradezu systematischer Weise verhandelt, jede, auch die kleinste Verbesserung zu hintertreiben. Als der Antrag auf gleiches Wahlrecht in der Kommission beraten wurde, erklärten die Herren vom Zentrum, daß sie dafür seien. Aber sie machten nicht den allerleisesten Versuch, Konservative und Nationalliberale davon zu überzeugen, daß es notwendig sei, die Wahlreform so zu machen, daß tatsächlich die berechtigten Wünsche des Volkes berücksichtigt würden. Die Herren vom Zentrum erklärten: „Es nützt ja doch nichts!“ Dabei ist das Zentrum immer die Partei gewesen, die der Sozialdemokratie bei ihrem kämpferischen Vorgehen sagte, es würde schon dafür sorgen, daß auf parlamentarischem Wege eine vernünftige Verbesserung des Wahlrechts eintreten wird. Als das Zentrum nun glücklich in der Kommission diese außerordentlich wichtige Prinzipienfrage, von der die „Germania“ verlangt, daß sie in der Kommission eine eingehende und gründliche Erörterung erfahren sollte, zu behandeln hatte, da rühte das Zentrum nicht den kleinsten Finger, um für diese prinzipielle Forderung einzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sich das Zentrum damit herauszureden sucht, daß es nicht auf dem Standpunkt des „Alles oder Nichts“ steht, daß man auch kleine Verbesserungen annehmen müsse, so ist das Zentrum mit seinem eigenen Waffens zu schlagen! Als es sich um die freisinnigen und nationalliberalen Kurage handelte, hätte man meinen sollen, daß das Zentrum sich energisch für diese Anträge ins Zeug legen würde. Wer sich aber aus dem Weg, das waren die Herren vom Zentrum! Sie entschleuten sich bei dem freisinnigen Antrage der Abstimmung und verhielten dazu, den freisinnigen Antrag zu Fall zu bringen! Dasselbe Partei verlogt sich auch sogar dann, wenn es sich um Abschlagszahlungen handelt. Und selbst bei dem nationalliberalen Antrage, der nämlich weit vom allgemeinen gleichen Wahlrecht entfernt ist, der aber immerhin eine Verbesserung des Dreiklassenwahlrechts bedeutet, verweigerte das Zentrum. Wenn das Zentrum für diesen Antrag gestimmt hätte, wäre dieser Antrag angenommen worden. So able das Zentrum

Zug um Zug ganz systematisch Verrat am Wahlrecht,

nicht bloß am allgemeinen, gleichen Wahlrecht, sondern es hintertrieb auch jede Verbesserung! Das ist die Taktik des Zentrums! Angesichts solcher Sünden ist es begreiflich, daß es der Redner des Zentrums vermeiden hat, auf alle diese Dinge einzugehen.

Es kam weiter in der Kommission darauf an, den Kreis, aus dem die Wahlmänner zu nehmen sind, möglichst groß zu ziehen. Herr Sieberts, der Zentrumsvorredner, hat dies auch vorher versprochen, aber nachher hat er dies Versprechen nicht eingelöst. Das, was nachher beschlossen worden ist, ist geradezu eine Verhöhnung des Volkes. Wenn die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlkreise genommen werden würden, wäre es auch der Sozialdemokratie möglich, auf dem Lande Wahlmänner aufzustellen. Aber hier ist mit Zustimmung des Zentrums beschlossen worden, daß gerade in den ländlichen Kreisen, wo die Gefahr des Terrors vorliegt, wo es den oppositionellen Parteien nicht möglich ist, Wahlmänner aufzubringen, die Wahlmänner aus dem Unwahlsbezirk entnommen werden müssen! Gerade für das platt Land muß der Kreis für die Entnahme der Wahlmänner erweitert werden. Herr Sieberts hat sein Versprechen nicht eingelöst; das Zentrum hat Herrn Sieberts

im Stich gelassen.

Nach Her hat das Zentrum wieder am Volke Verrat geübt!

Vizepräsident Krause

bittet den Redner, entsprechend dem Brauch des Hauses nicht Namen aus den Kommissionsberathungen zu nennen.

Abg. Strödel (fortfahrend):

Ebenso hat sich das Zentrum bei der Wahlkreiseinteilung verhalten. Gerade die Wahlkreise der Großstädte mit der historischen Entwicklung, von der ja seinerzeit der Abg. Gerold sprach, bergen unzählige Arbeiter, ebenso die Industriezentren. Gerade diese Wahlkreise müßten eine ganze Menge mehr Abgeordnete zu wählen haben, als es heute der Fall ist, und umgekehrt müßten die entvölkerten Wahlkreise entsprechend weniger Abgeordnete zu stellen haben. Ein großer Teil (zum Zentrum) Ihrer Arbeiter befindet sich auch in den Großstädten in Rheinland und Westfalen, und diese sind alle durch die jetzige Wahlkreiseinteilung

kolossal entrechtet.

Durch Verbeibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung sorgen Sie dafür, daß die Konservativen recht fest im Sattel bleiben, damit auch in absehbarer Zeit eine vernünftige Verbesserung des Wahlrechts nicht möglich ist, auf daß auch weiterhin jede wirkliche Wahlreform vereitelt wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das alles tut das Zentrum nur, um den Konservativen einen Gefallen zu tun. Was hier verbrochen worden ist während des Wahlrechtskampfes, das geht auf keine Tiefentart. (Auf rechts: Ruhhaut!) Ich habe schon nachgewiesen, daß das Zentrum nicht sagen kann, daß das Herrenhaus und die Regierung nachher die direkte Wahl abgelehnt hätten, daß es auf das Kompromiß hätte eingehen müssen, um etwas zu erreichen. Ich habe schon gesagt: Warum ist das Zentrum hier so ängstlich gewesen, wo es sich um

Volksrechte

handelt? Das Zentrum schreckt doch sonst nicht vor der Regierung zurück! Man denke auch an den Kulturkampf, wie da das Zentrum gegen die Regierung zu Felde gezogen ist. Man mag aber über den Kulturkampf denken, wie man will, aber das wird man zugeben müssen, das war eine große Zeit, das war Ihre Heroenzeit, damals haben Sie auch etwas erreicht! Fürst Bismarck hat nachgeben müssen, Sie haben den Sieg davongetragen. Aber damals haben Sie den Sieg davongetragen, weil Sie den Kampf ernsthaft aufgenommen, und jetzt würden Sie erst recht den Sieg davontragen, weil Sie diesen Kampf nicht allein zu kämpfen hätten, sondern im Bunde mit der Sozialdemokratie und weil Sie

die große Mehrheit des Volkes hinter sich

hätten. Wenn Sie den Kampf aufgenommen hätten, wenn Sie gekämpft hätten, wie es Ihre verdammte Pflicht gewesen wäre, wenn Sie die Interessen des Volkes nicht verraten (Ohne! im Zentrum), sondern Seite an Seite mit allen Anhängern des allgemeinen Wahlrechts den Kampf aufgenommen hätten, dann würden Sie den Sieg davongetragen haben, dann würde die Regierung nachgegeben haben, dann würde das Herrenhaus nachgegeben haben, dann würden die Konservativen zu Kreuzen gekrochen sein. (Ohne! rechts.)

oder sie wären an die Wand gedrückt worden!

(Weiter rechts.) Aber Sie haben den Kampf aufgegeben, ja, Sie haben den Kampf nicht einmal begonnen und in jeder Weise die Interessen des Volkes verraten! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm im Zentrum.)

Ein

Schlusssatz

wird angenommen.

(Schluß im Hauptsaal.)

Vermischtes.

Der erste Zusammenstoß in den Lüften.

Die Chronik der Unglücksfälle in den Lüften hat ein neues Kapitel begonnen. Auf dem Flugplatz von Mourmelon-le-Grand stürzte bei seinem Fluge der Aviatiker Frey mit seiner Maschine...

fammenstoß stattfand, war ein Unglückstag für die Eroberer der Lüfte. Am gleichen Vormittag war auf demselben Flugplatz Crochon mit seiner Maschine aufgestiegen...

und fiel aus ziemlicher Höhe zu Boden. Er hat von seinem Sturze sehr schwere Verletzungen davongetragen...

Ein Professor ertrunken aufgefunden. Einer Meldung aus Chemnitz zufolge wurde der Leiter der dortigen öffentlichen Handelslehranstalt, Professor Wächter, gestern früh in der Nähe von Helbersdorf im Chemnitzflusse ertrunken aufgefunden...

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Stellmacher! Achtung!

Sonntag, den 13. März 1910, vormittags 9 1/2 Uhr:

Außerordentl. Branchen-Versammlung der Stellmacher

1. Wann und wie sind wir in der Lage, unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern? 2. Der Streik in der Wagenfabrik von Lenzauer vormalig Kühflein. 3. Diskussion.

Wegen außerordentlicher Wichtigkeit der Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß sämtliche in Groß-Berlin beschäftigten Stellmacher erscheinen.

Auf dem Kostümfest des Holzarbeiter-Verbandes in der „Neuen Welt“ am 5. März ist eine

Silberne Damenuhr

gefunden worden. Abzugeben: Engelauer 14, Zimmer 5.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Kandidat: Hof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 13. März 1910, vormittags 10 Uhr

Allgemeine Versammlung

in der Drahtwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokale von Wolfschläger, Adalbertstr. 21.

1. Welche Stellung muß die Arbeiterschaft gegenüber den Firmen einnehmen, die einen Tarifvertrag nicht vereinbaren wollen? 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß Sie alle, ganz gleich, ob Sie bei einer Tarif-Firma oder bei einer tariflosen Firma arbeiten...

Montag, den 14. März 1910, abends 6 Uhr

Allgem. Gürtler-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal IV. 1. Vortrag des Genossen Veko. 2. Diskussion. 3. Ersatzwahl der Kommission. 4. Branchenanliegenheiten und Beschlüsse.

„Segler-Schloß“ - Hankels Ablage.

Bahnstation Zenthen. Leiter: W. Heinrich. Zur bevorstehenden Sommerreise halte ich mich werten Vereinen, Familien, Schulen usw. bei Zulieferung ausnehmender Bedienung bestens empfohlen.

Ein Geheimnis

für viele ist es, daß so manche ihrer Mitmenschen elegant, modern und leicht gekleidet gehen, obwohl ihr Einkommen kein so hohes ist.

Nur für Herren

folgendes zu wissen. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reisenden sowie feinsten Kavaliere nur wenig getragene, in den ersten Werksstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar aus Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M. Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben Große Frankfurter Straße 93. Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten. Streng reelles christl. Geschäft. Keine Fiktalen am Platz. Abteilung II Neue Garderoben.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Montag, den 7. März verschied plötzlich unser altes bewährtes Mitglied, der Schlosser Franz Bartsch (145. Bezirk). Ehre seinem Andenken!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Am Donnerstag früh 6 Uhr entschlief sanft nach langem Schwere, in Geduld ertragenen Leiden, mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Klavierarbeiter Franz Werner im Alter von 41 Jahren.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Am 10. März verstarb unser Mitglied, der Tischler Hermann Warnke (13. Bezirk). Ehre seinem Andenken!

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Am 10. März verstarb unser Mitglied, der Einseher Hermann Warnke (13. Bezirk). Ehre seinem Andenken!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Der Kollege zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur Otto Deckelmann am 10. März im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Am Donnerstag früh 6 Uhr entschlief sanft nach langem Schwere, in Geduld ertragenen Leiden, mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Klavierarbeiter Franz Werner im Alter von 41 Jahren.

Allen Freunden und Bekannten die Nachricht, daß der Schneider Karl Schnirch am 8. März verstorben ist.

Allen Freunden und Bekannten die Nachricht, daß der Schneider Karl Schnirch am 8. März verstorben ist.

Wenn eins krank ist in der Familie... Medizinisches Volksbuch von Dr. J. Wiedemann. Dieses Prachtwerk in elegantem Ganzleinenband, 320 Seiten stark, mit prächtigen Illustrationen...

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin Herta Quos im Alter von 18 Jahren gestorben ist.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Walter Kuhl sagen wir hiermit allen Beteiligten auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Danksagung.

Allen denen, die uns aus Anlaß des Todes meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Bruders und Schwagers, teilnehmend zur Seite gestanden haben, insbesondere auch für die zahlreichen Kranzspenden...

Tüchtige Gürtler, Monteur, Schleifer, Polierer, Löter, Bronzeur, Anseiler

für Kronenleuchterfabrik, möglichst organisierte, Stundenlohn 60-70 Pf., sofort verlangt. Dauernde Beschäftigung. Meldungen bis 1/8 Uhr morgens.

Tüchtige Klempner, Schnittarbeiter, Blechgürtler, Drücker, Ziseleure

für Kronenleuchterfabrik, möglichst organisierte, Stundenlohn 60-70 Pf., sofort verlangt. Dauernde Beschäftigung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse für Tempelhof.

Den Herren Arbeitgebern und Kassemitgliedern zur Kenntnis, daß die durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. Januar 1910 beschlossene 13. Abänderung des Statuts §§ 20, 31 und 32 die Genehmigung des Bezirksausschusses gefunden hat und am

Montag, den 14. März 1910 in Kraft tritt.

§ 30 erhält folgende veränderte Fassung: Die wöchentlichen Kostenbeiträge werden auf 4/1, Proz. des durchschnittlichen Tageslohnes festgesetzt und betragen

Table with 2 columns: Klasse, Beitrag. 1. Klasse 99 Pf., 2. Klasse 84 Pf., 3. Klasse 69 Pf., 4. Klasse 60 Pf., 5. Klasse 48 Pf., 6. Klasse 36 Pf.

Die Beiträge für die der Klasse angehörigenden verpflichteten Mitglieder aller vier Klassen (samt Wochen (monatlich) für die abgelaufene Beitragszeit (postnumerando) auf Grund einer angestellten Hebeliste zu entrichten. Das Eintrittsgeld ist mit dem ersten fälligen Beitrage einzugahlen.

Dr. Simmel

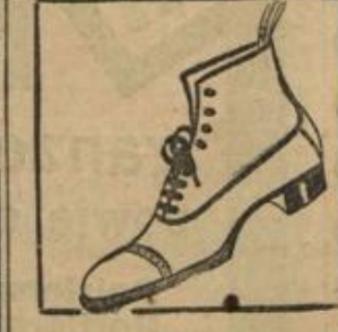
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Mass, feinste Verarbeitung. S. Boltuch, Frankfurter Allee 75, 1 Eingang Tilsiter Strasse.

Nathan Wand

129 Stalher Str. 129. Die schönsten Herren-Frühjahrs-Paletots und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend.



SALAMANDER

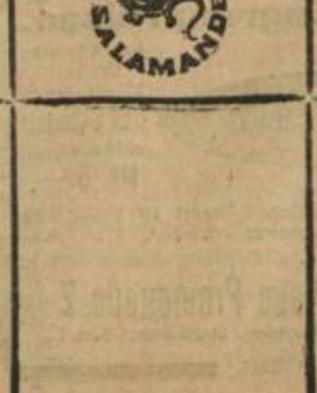
Schuhges. m. b. H., Berlin.

- W. 8 Friedrich-Strasse 182 C. König-Strasse 47 SW. Friedrich-Strasse 221 C. Rosenthaler Tor W. Potsdamer Strasse 5 NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turm-Strasse 9 W. Tauentzien-Strasse 15 N. Bad-Strasse 20 Spandau, Breite Strasse 30 Siedlitz, Schloss-Strasse 20

Der Salamanderstiefel ist infolge seiner Vorzüge rasch beliebt geworden. Er sieht elegant aus, sitzt schön, ist bequem, dauerhaft und preiswert. Fordern Sie Musterbuch. V Einheitspreis... M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50

SALAMANDER

Schuhges. m. b. H., Berlin.



Der Salamanderstiefel ist infolge seiner Vorzüge rasch beliebt geworden. Er sieht elegant aus, sitzt schön, ist bequem, dauerhaft und preiswert. Fordern Sie Musterbuch. V Einheitspreis... M. 12.50 Luxus-Ausführung M. 16.50

SALAMANDER

Schuhges. m. b. H., Berlin.





Trinkt keinen Kaffee!



Seit vielen Jahren ist die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. — Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung. — Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffe Zusatz und künstlichen Kaffeessorten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffees, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schweres Geld verkauft werden.

1 Pfund Kaffee = 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10, also 1 Tasse Kaffee ca. 2 Pfg.
1 Pfund Saman Tee = 1500 Tassen kostet M. 3.—, also 1 Tasse Saman Tee 0.2 Pfg.

Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee
Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee

Saman Tee ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee. Saman Tee ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde, Saman Tee ist schon in den kleinsten Packungen von 10 Pfg. erhältlich. — Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees.

Nach eingehenden Versuchen und Untersuchungen des bekannten vereidigten Chemikers Dr. Paul Jeserich enthält eine 10-Pfg.-Packung Saman Tee 30 Tassen Tee. Herr Dr. Jeserich hat die dauernde Kontrolle von Saman Tee übernommen.

Verlangen Sie Saman Tee, denn er vereinigt Billigkeit mit köstlichem Wohlgeschmack.

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/8 und 1/4 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

Allgemeine Teeimport Gesellschaft Berlin SO 36, Harzer Str. 33.



Trinkt Saman Tee!



In in durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt.

Zur Beachtung.

In letzter Zeit sind mir aus Händler- und Konsumentenkreisen viele Klagen zugegangen, daß unter meinem Namen andere Fabrikate in den Handel gebracht werden.

Ich erlaube mir daher, darauf aufmerksam zu machen, daß ich meine Tabake wie folgt fabriziere:

Nur echt in 10-Pfg.-Rollen
" " " 5-Pfg.-Stangen
Twist nur echt mit Kopfbild.

Achten Sie bitte auf den Einlage-Zettel mit meiner Firma in jeder Rolle und in jedem Bunde Stangen.

Ebenso muß jedes Bund Stangen eine Plombe mit Firma tragen, die 3-Pfund-Kisten sind mit Firma-Brand verschnürt und plombiert erhältlich.

Weisen Sie daher Nachahmungen meiner Fabrikate zurück!

G. A. Hanewacker, Nordhausen.
Spezialität: Kautabak.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Trotz Tabaksteuer - Erhöhung verkaufen wir unsere vorzüglichen Zigarrenmarken zu bekannt billigsten Engrospreisen.



Nebenstehende Original-7/8-Pf.-Zigarre „El Grande“ mild u. pikant Mk. 5.—

Kl. Mexiko . . . 100 Stück 3.— | Else 100 Stück 4.35 | Pflanzler-Import 100 Stück 5.50
Don Pedro . . . 3.50 | Suprema 4.85 | Amande 6.—
Nicht unter 100 St. von einer Sorte, 400 St. franko Deutschl. Nachn., Nichtzusag. nehmen zurück.

Czollek & Geballe Zigarren Berlin C., Neue Promenade 7 1/2 Tr.
Engros, vis-a-vis Haupting. Stadtbahnhof Börse.

Geöffnet bis 8 Uhr abends, auch Sonntags geöffnet.

Kredit!

C. Wuchsmann & Co.
Reinickendorferstr. 15
Ecke Ravenstraße neben der Feuerwache

gibt jedermann **Kredit**

Möbel

ganze Einrichtungen sowie einzelne Ersatzstücke

Polsterwaren □ Teppiche □ Gardinen
Portièren □ Tischdecken □ Betten etc.

Herren- und Damen-Konfektion

in grösster Auswahl
zur Saison-Neuheiten

Schuhwaren
Kinderwagen

Alles auf KREDIT.

Kredit!

Wöchentliche Abzahlung
von 1 Mark an

Geringe Anzahlung
Kredit!



Oskar Wollburg

Damen- und Mädchen-Bekleidung
 Gold-Medaille für gemittelte Leistung
 Berlin N, Brunnenstraße 56
 (zwischen Bernauer und Stalender Str.)

Frühjahrs-Neuheiten.

Frühjahrs-Kostüme aus Tuch, Cheviot, engl. Stoffen in blau, lila, erica, mit Moiré und reicher Handverzierungen 16.50 24.00 33.00 bis 58.00 M.

Frühjahrs-Paletots aus engl. gemust. Stoffen, blau Cheviot, auch schwarzweiß kariert 8.75 12.50 17.50 bis 23.00 M.

Frauen-Paletots, anliegend und geschweift, aus Tuch, lila und Kanariengrün-Cheviot, elegante Ausführung, auch für starke Damen 18.50 23.00 31.00 bis 45.00 M.

Große Auswahl in Kinder-Konfektion vom Baby bis zum Backfisch.

Durch Selbstfabrikation im großen Maß sind meine Fabrikate erstklassig verarbeitet u. außerordentlich preiswert.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Vorräte beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Verhältnissen (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrenhelfern, Doktoren, Kavaliern nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, (selbst) billig. Außerdem Herren-Paletots . . . 8 12 14 18 M. Gehrock-Anzüge . . . 14 18 22 26 M. Jackett-Anzüge . . . 10 12 16 20 M. Herren-Hosen . . . 3 4 5-7 M. Rock-Anzüge . . . 12 16 18 20 M. Jacketts, Fracks, Smoking's etc.

J. WAND, Hauptgeschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: Chausseestr. 89, Hindenburgstr. III. Geschäft: Brunnenstraße 170.

Das grosse Los

der von mir unter Hinzuziehung eines Königlich preussischen Notars veranstalteten Lotterie mit 50 Gewinnen, wie 1 komplette Küchen-Einrichtung, 1 Vertiko etc., kann jedermann kostenlos erlangen, und erfolgt die Ausgabe der Lose von heute, Sonnabend, den 12. März cr., 9 Uhr vormittags, ab in meinen beiden Geschäften vollständig gratis.

Möbel Der Gipfel der Leistungsfähigkeit

Mit nur **10** Mark Anzahlung liefert ich **1** Bettstelle **1** Kleiderspind **1** Spiegel **1** Spiegelkonsole **2** Stühle oder **1** kompl. Küche **1** gratis Bettvorleger **auf Kredit!** pro Woche nur **1** Mark.

Bunte Küchen Lesen und staunen Sie!

Mit nur **35** Mark Anzahlung liefert ich **2** Bettstellen **1** Kleiderspind **2** Matratzen **1** Vertiko **1** Waschtollette **1** Spiegel **1** Sofa, **1** Tisch **1** Spiegelspind **2** mod. Stühle **1** kompl. Küche **Polsterwaren** pro Woche nur **2** Mark.

Möbel Stoffen.

Anfertigung nach Mass in englischen und deutschen Stoffen. **Garderoben für Herren und Damen** moderne - elegante Täglich Neuheiten in Damen-Kostümen Damen-Jacketts Damen-Röcken Damen-Blusen **Paletots o Anzüge** 1 Paletot oder Anzug 18 M. Anz. 4 M. 1 Paletot oder Anzug 26 M. Anz. 5 M. 1 Paletot oder Anzug 32 M. Anz. 8 M. Anzahlung 3 M. an **auf Kredit!**

Grösstes Kredit-Haus Deutschlands

A. DAMITT

I. Geschäft: Rosenthaler Str. 46/47 Müller-Strasse 181
 Ecke Neue Schönhauser Str. am Wedding-Platz.

Möbel auf Teilzahlung

1/2-1/3 Anzahlung unter Garantie guter Arbeit. 10735 Hermann Brandt, Alte Jakobstr. 65.



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

Neue Friedrichstr. 35 liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben fertig und nach Maß unter Garantie für labellenen Sitz gegen wöchentlich Teilzahlung von 1 M. an. Aufgeberei u. Berstalt im Hause. Auf Wunsch Bezug des Stellenbes mit neuesten Stoffmustern. Sonntag geöffnet.

Wilhelm Crahé

Wrangelstr. 81 u. 65. Mehl- u. Kolonialwaren * Kaffee-Rösterei Margarine.

Warnung

vor minderwertigen Rollschuhen! Sie sind gefährlich und haben zu langsamem Lauf!

Das anerkannt leistungsfähigste Meisterfabrikat ist die Marke: „Sport“



Vorzüge: Sauberste Präzisions-Arbeit, größte Haltbarkeit, entzückender Lauf, ff. vernickelt, ausziehbar, für jeden Fuß passend, geschützte Kugellagerung, trotz billigster Preise: No. 209 für Herren . . . 9.45 M. No. 310 für Damen . . . 10.45 M.

gegen Voreinsendung zugänglich Porto oder Nachnahme des Betrages (0.85 M. mehr). - Nachweisbaren Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.

Rollschuh-Import-Haus, Berlin 1, Friedrichstraße 12. Prospekte gratis und franko.

Norden

Schirm-Harrie!

Billigst, Einkauf für Schirme u. Stöcke Nordenmarken.

1. Geschäft Schönhauser Allee 146, Vinetaplatz 2.
2. " Schönhauser Allee 189.

Reparaturen u. Bezüge billig u. gut.

Solinger Stahlwaren

empfehle in größter Auswahl Tischbestecke, Löffel, Tranchier-, Hack- und Wiegemesser, Scheren, Haarschneide-Maschinen, Taschen- und Rasiermesser, Nickel-Service, Aluminium-Geschirre, Wagen, Haushaltungs-Maschinen, Tablette, Kassetten, Revolver, Taschen, Luftbüchsen, Munition, Schlittschuhe, Rollschuhe etc.

Wilhelm Dietz, Solinger Stahlwaren, Brunnenstr. 5, an Rosenthaler Ter.

J. Baer Ecke Badstr. 26 Prinz-Allee Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Elegante Einsegnungsanzüge. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß. Allerbilligste, streng feste Preise.

Hutfabrik Alfred Krug Brunnenstraße 54, Schönhauser Allee 115 Herrenhüte BR. 1.00, 2.40, 3.--, ff. 4.50. Hutleder BR. 8, 9, 10, 12 inkl. Reifstark. Wägen in allen Preislagen von 35 M. an. Größte Spezialgeschäfte des Nordens! Lesern dieser Zeitung 5 Prozent Rabatt!



Zum Goldonkel Karl Lütow, Goldschmiedemeister Brunnenstr. 195 am Rosenthaler Tor Gold- u. Silberwaren, Uhrenlager Trauring-Fabrik Reparaturen in eigener Werkstatt gut u. billig. Streng reelle Bedienung. Vorzeigern dieses 5% Rabatt.



Gebrüder Becker, Moabit

Gegründet 1885! Centrale: Wilsnacker Str. 66, Ecke Turmstraße Filiale: Turmstraße 36 (Nähe Arminiusplatz) Hüte, Mützen, Wäsche, Krawatten Handschuhe, Pelzwaren Schirme, Stöcke Reparaturen: schnell und billigst! Größtes Geschäft der Herren-Artikel-Branche in Moabit.

Kaufhaus Julius Loewenberg Müllerstr. 163a

Am Bahnhof Wedding Ecke der Burgdorffstraße Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend E. G. m. b. H. und Lieferant des Rabattsparevereins Norden. **Extra billige Verkaufstage!** Große Posten Gardinenreste zu 1-3 Fenster passend, Fenster von 1.85 an. Gardinen Portieren Decken Läufer Steppdecken große Auswahl, allerbeste Qualitäten. Bettfülldecken Bettvorleger Schlafdecken Tischdecken 2.55. 58 Pl. 75 Pl. 89 Pl. 78 Pl. 95 Pl. Bettbezüge Inletts Laken von 2.65 an. von 3.75 an. von 95 Pl. an. Große Posten Korsetts, in neuesten Fassons, enorm billig. Kostümrocke (Faltenrock) 4.95. Blusen 95 Pl. 125 Pl. Unterröcke 95 Pl. 145 Pl. 195 Pl. Damenhemden Herrenhemden Damenbeinkleider 95 Pl. 1.25 1.85. 1.45 1.75 2.25. 95 Pl. 1.25 1.85. Große Posten Damen- und Kinderschürzen, neueste Fassons, in allen Preislagen. Größte Auswahl in Damen- und Kinderstrümpfen, in glatten und bunten Farben. Normalhemden Normalhosen Jacken Handschuhe Regenschirme Stöcke Schirme Hüte Krawatten. Sämtliche Berufsbekleidung jeder Art, enorm billig und gut sitzend. Umtausch sämtl. Waren gern gestattet. Nur reelle Qualitäten. Bitte um gefällige Besichtigung meiner Fensterauslagen.

Partei-Angelegenheiten.

1. Wahlkreis Sonntag, den 13. März, abends 6 1/2 Uhr, in Dreifels Hof, Neue Friedrichstr. 35: Versammlung. Vortrag des Stadterordneten Waldemar an der Spitze über: „Im Zeichen der Zeit“.

2. Wahlkreis (Friedrichstadt). Wahlmorgen für Sündererei-Nacharbeiter: Sonntag, den 13. März, bei Jul. Meyer, Oranienstraße 103. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag. 3. Diskussion. Guten Besuch erwarten. Die Bezirksführer.

Zehlendorf (Wannseebahn). Die Genossen werden aufgefordert, am Sonntag früh, pünktlich 7 1/2 Uhr, in ihren Bezirken zu erscheinen. Jeder, der fehlt, macht sich einer Pflichtverletzung der Organisation gegenüber schuldig. Der Vorstand.

Tempelhof. Morgen (Sonntag) früh 8 Uhr Flugblattverbreitung zu der am Dienstagabend im „Wildeggarten“, Berliner Straße 9, stattfindenden Gemeindevorstanderversammlung.

Nariendorf. Sonntag früh 8 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von den bekannten Stellen aus. Pflicht aller Genossen ist es, sich hieran zu beteiligen.

Nudow. Sonntag, 13. März, nachmittags 6 Uhr, Versammlung des Wahlvereins im Lokal von Kolle, Köpenicker Straße. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Geschäftliches, darunter Abrechnung vom Weihnachtsergebnis. 3. Erwahlung zum Vorstand. 4. Berichtendes.

Karlshorst. Heute abend: Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus. — Sonntag, den 13. März: Volksversammlung im Etablissement „Fürstentum“, mittags 12 Uhr. Referent: Adolf Hoffmann. Sorgt für zahlreichen Besuch! Der Vorstand.

Siedorf. Heute (Sonabend): Extra-Zahlabend bei Guyard Berlin. Es gilt, weitere Beschlüsse zu fassen und uns zur Stichwahl zur Gemeindevahl vorzubereiten.

Waldorf-Süd (Ostbahn). Die Parteigenossen werden ersucht, heute abend 8 1/2 Uhr, vollständig zu einem Zahlabend im „Haidekrug“, Köpenicker Allee 1, zu erscheinen.

Weidensee. Morgen (Sonntag) früh, pünktlich 8 Uhr, findet von den Bezirkslokale aus eine Subvertverteilung für die Gemeindevahl statt.

Rantow. Morgen (Sonntag), von früh 8 Uhr an, findet von den Zahlabendlokale aus Subvertverteilung für die Gemeindevahl statt, bei der die Mitglieder des Wahlvereins pünktlich und vollständig zur Stelle sein müssen. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 13. März, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung in Subvert statt. Da die Arbeit gewissenhaft erfolgen muß, ist eine zahlreiche und pünktliche Beteiligung der Parteigenossen dringend notwendig. Die Bezirksleitung.

Potsdam. Die Frauenmitglieder des Wahlvereins veranstalten am Sonntag, den 13. März, bei Pruschkowsky, Kaiser-Wilhelm-Straße, ein Vergnügen, zu welchem sämtliche Wahlvereinsmitglieder eingeladen sind. — Der Zahlabend für alle Mitglieder findet am Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokale statt.

Spanau. Den Genossen, welche sich am Sonntag, 13. März, an der Tour nach Gladow beteiligen, zur Kenntnisnahme, daß der Abmarsch nachmittags Punkt 2 Uhr vom Hause des Genossen M. Seior, Gadower Straße 1, erfolgt. — Am Dienstag, 15. März, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Böhle, Gabelstr. 20, eine Volksversammlung statt. Agitiere jeder für Massenbesuch derselben. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Heilsarmee kann die ihr aus der Kasse gegangenen dreitausend Mark der Stadt Berlin noch immer nicht verschmerzen und bemüht sich, diese Summe, die sie ohne die geringste Schwierigkeit den eigenen reichen Mitteln entnehmen könnte, jetzt aus der Privattasche zu ziehen. Sie hat es mit der ihr eigenen Mühseligkeit und Fähigkeit verstanden, beim Berliner Zentralkomitee der Anstalts- und Fürsorgestellen für Lungen-, Alkohol- und Krebskranke Anschluß zu finden, und jetzt hier ihre Vetteleien zur Errichtung eines Heimes für aufgelassene betrunkene Obdachlose fortzusetzen. Bekanntlich unterhält das Berliner Hauptquartier der Heilsarmee schon seit Jahren eine sogenannte Trinkerbrigade, die abends von 9 Uhr ab in Stärke von 6-8 Mann auszieht, um Betrunkene in ihr Netz zu nehmen. An sich ist das ein ganz löblicher Zweck. Nur muß man sehr mißtrauisch sein, wenn solche Sache von der Heilsarmee ausgeht. Man wird da das Gefühl nicht los, daß es sich nicht um Trinkerrettung, auch gar nicht mal um „Seelenrettung“, sondern um verschleierte Gewinnung billiger Arbeitskräfte in den verschiedenen Arbeitsheimen der Heilsarmee handelt. Insbesondere hat es die Heilsarmee fertiggebracht, den Verwaltungsdirektor der Charité, Geheimrat Pütter, der gleichzeitig Leiter des genannten Zentralkomitees ist, für ihre vorgeschobene Geldkammer zu interessieren. Herr Pütter, der sich bereit erklärt, Geld für die Heilsarmee in Empfang zu nehmen, sollte doch etwas vorsichtiger sein. Auch bei der Mitwirkung im Zentralkomitee verfolgt die Heilsarmee lediglich Profitelntmächerei. Wie aus dem von Herrn Pütter erstatteten Bericht hervorging, sind unter anderem auch der Heilsarmee 15 Genossenschaftstrinker zur Fürsorge überwiesen worden. Sind diese 15 Trinker zur Heilsarmee übergetreten oder was ist sonst aus ihnen geworden? Man hört in allen solchen Fällen stets viel vom Anfang, aber niemals etwas vom Ende?

Das Mädchen-Realgymnasium Berlin, das vor einigen Jahren gegründet wurde, hat bisher in der Bevölkerung nicht die Anteilnahme gefunden, die man damals erwartet hatte. Die Frequenz hat sich in so bescheidenen Grenzen gehalten, daß die Sparmaßnahme unserer Stadtverwaltung sich eigentlich die Frage vorlegen mußten, ob nicht das Bedürfnis für den Fortbestand dieser Anstalt — sie sind ja sonst so oft und so rasch bereit zu solchem Schluß — zu verneinen sei.

Die Anstalt wurde 1906 mit 4 Klassen und 58 Schülerinnen eröffnet, brachte es in zunächst schneller und dann langsame Steigerung bis Michaelis 1908 auf 9 Klassen mit 139 Schülerinnen und hatte darauf einen Rückgang der Frequenz, so daß das Winterhalbjahr 1909/10 mit nur 135 Schülerinnen begann. 135 Schülerinnen in 9 Klassen, das macht pro Klasse nur 15 Schülerinnen. In den unteren Klassen ist die Besetzung höher und geht über 20, über 25 hinaus, aber dafür ist sie in den oberen und obersten um so geringer und bleibt im Minimum, wenn wir nicht irren, noch unter 10 zurück. Eine so schwache Besetzung ist schließlich sogar in höheren Schulen etwas Ungewöhnliches, ganz zu schweigen von Gemeindefschulen, wo man dergleichen überhaupt nicht kennt! Für 1910 rechnet der Etat des Mädchen-Realgymnasiums zwar mit einer Gesamtfrequenz von 150 Schülerinnen, aber wie in den Vorjahren die Erwartungen des Etatentwurfs in diesem Punkt nicht erfüllt worden sind, so dürfte auch in 1910 die Frequenz schwerlich bis zu der veranschlagten Höhe steigen.

Man wird hier fragen, was eigentlich diese Anstalt dem Stadtsäckel kostet und wieviel da pro Schülerin im Jahr aufgewendet wird. Für die Gesamtheit der 9 höheren Schulen (Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen) gibt die Stadt so viel aus, daß pro Schüler und Jahr etwa 330 M. herauskommen. Das Schulgeld beträgt 140 M. (für Auswärtige 160 M.); es müssen also für die meisten Schüler immer noch pro Kopf 190 M. aus dem Stadtsäckel hergegeben werden, während der jährliche Zuschuß pro Gemeindefachkind sich jetzt auf rund 100 M. stellt. Wenn man aber das Mädchen-Realgymnasium für sich allein betrachtet, so kommt hier infolge der ungewöhnlich geringen Frequenz ein Zuschuß heraus, der sogar noch sehr weit über 100 Mark hinausgeht. Aus dem Etatentwurf ist nicht genau zu ersehen, wieviel in 1910 für die einzelnen Anstalten ausgegeben werden soll; man muß daher eine Durchschnittsberechnung versuchen. Das Mädchen-Realgymnasium hat 12 wissenschaftliche Lehrpersonen (1 Direktor, 9 Oberlehrer, 2 Oberlehrerinnen), deren Gehalt, nach der Durchschnittsberechnung, sich auf zusammen etwa 80 000 M. belaufen dürfte. Dazu kommen Aufwendungen für Unterricht in Bezug, Zeichen, Turnen, für den Schuldiener, weiter für Unterrichtsmittel, Heizung, Beleuchtung, Reinigung usw. usw., so daß die gesamte Ausgabe weit über 100 000 M. hinausgeht. Da wird also, selbst wenn wirklich die Frequenz 150 erreicht würde, die Schülerin immer noch durchschnittlich etwa 700 M. kosten. Auch auf dem Mädchen-Realgymnasium beträgt das Schulgeld nur 140 M. (für Auswärtige 200 M.), mithin hat hier die Stadt für die Mehrzahl der Schülerinnen pro Kopf etwa 560 M. zuzuschlagen.

In einer Zeit, wo im Rathaus der Stadtkammer unter dem Vorfall der Freitragenden bei allem und jedem vorgetragen, „wie fürchtbar viel das kostet“, wird man es begreiflich finden, daß schließlich auch wir zu rechnen anfangen. Für das Mädchen-Realgymnasium trifft es in noch größerem Umfang als für die ähnlichen Schulen des männlichen Nachwuchses zu, daß es hauptsächlich Kinder der Wohlhabenden sind, die dort ihre Bildung erwerben. Nach den Grundsätzen, die wir so oft in der Stadtverordnetenversammlung von Freitragenden haben entwickeln hören, müßten eigentlich die Wohlhabenden das „Almosen“ zurückweisen, das ihnen da mit den 560 M. pro Jahr „aufgedrängt“ wird. In- des, als „Almosen“ gilt so etwas immer nur dann, wenn es der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommt.

Unfall des Siemens- und Halde-Luftschiffes. Auf dem Bornstedter Feld fuhrte gestern abend gegen 6 Uhr der Siemens-Schudert-Aeroplan, welcher mit drei Personen besetzt war, infolge Seitenwindes und Versagens des Motors ab. Der führende Monteur Raub erlitt einen Schenkelbruch und mußte nach dem städtischen Krankenhaus in Potsdam transportiert werden. Die beiden übrigen Mitfahrer erlitten nur leichtere Verletzungen.

Schwer zu Schaden gekommen ist am Donnerstag eine achtzigjährige Frau Seidenberg aus der Brunnenstraße. Sie fiel beim Absteigen von einem Straßenbahnwagen und erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes, eine blutende Kopfwunde, Hautabschürfungen im Gesicht. Sie wurde in bewußtlosen Zustände nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Nachdem Frau S. Notverbände erhalten hatte, wurde sie auf ihren Wunsch nach der nahen Wohnung übergeführt.

Ein gewerbemäßiger Schwindler. In dieser in unserer Nummer vom 10. März gedachten Notiz teilt uns der mit dem dort genannten Arnold Jörg in Verbindung gebrachte Ratermeister Hülsgraf mit, daß er mit den Schwindleien auch nicht das geringste zu tun hat. Er habe sich unverzüglich auf dem Rixdorfer Polizeipräsidium näher erkundigen wollen, aber keine Auskunft erhalten.

Und war die Notiz von einer Lokalkorrespondenz zugegangen. Aus der Spree gelaubet wurde gestern früh um 5 Uhr die Leiche einer weiblichen Person, die etwa 28 Jahre alt gewesen ist. Die Leiche wurde etwa 200 Meter stromaufwärts vom Neuen Eierhäuschen entdeckt. Sie hat dunkelblondes Haar und trug ein schwarzes Kleid und einen grauen Unterrock. Neben den Namen und die sonstigen Verhältnisse hat sich mangels jeglichen Ausweises bisher nichts ermitteln lassen.

Vermißt wird seit dem 7. Januar dieses Jahres der Malermeister Heinrich Wendig, am 8. November 1870 in Kolterode geboren, Dieffenbacherstr. 23 wohnhaft gewesen. Wendig, welcher geisteskrank ist, hatte sich auf Anraten seines Arztes zu seinen Eltern nach Kollerode i. S. begeben. Am obengenannten Tage hat er sich dort heimlich entfernt und ist bisher nicht wieder zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß er sich das Leben genommen hat. Etwaige Mitteilungen über den Verbleib werden von der Kriminalpolizei sowie von jedem Reviere zu 665 IV 2. 10 entgegengenommen.

Auf der Dreptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Archenhold am Sonntag, den 13. März, nachmittags 5 Uhr, über den „Halley'schen Kometen und Weltuntergangsprophetieungen“; abends 7 Uhr „Nebulose Katastrophen auf der Erde und am Himmel“ und Montag, abends 9 Uhr „Nebulose das Auffuchen der Sternbilder und des Halley'schen Kometen“ mit praktischen Übungen. Mit dem großen Fernrohr wird am Tage die Sonne, abends Alkone, von der Wälder fälschlich annahm, daß sie die Zentralsonne aller Welten sei, gezeigt. Dieser Stern, der zu den Plejaden gehört, ist deutlich im Dreptower Fernrohr als ein vierfaches Sonnenbild zu erkennen. Bei ganz klarer Luft kann auch der Halley'sche Komet beobachtet werden.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Pelrshagen. Heute, Sonnabend, finden hier im Lokal von Drese die Gemeindevahlwahlen statt. Die dritte Klasse wählt von 2 1/2-4 1/2, die zweite Klasse von 5-8 Uhr. Kandidat in der dritten Klasse ist Franz Stimming, in der zweiten Klasse Erwin Höfelbarth. — Genossen! Wenn ein jeder seine Pflicht erfüllt, ist der Sieg unser trotz aller Machinationen der beiden neuen Parteigruppierungen. Seid alle möglichst frühzeitig zur Stelle. Auch diejenigen Arbeiter, welche mit Petershagenern zusammenarbeiten, werden ersucht, diese auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen.

Nieder-Schönweide. Mit einer gut besuchten öffentlichen Gemeindevahlversammlung, in der auch einige bürgerliche Vertreter teilnahmen, waren, eröffnete der hiesige Wahlverein den Gemeindevahlkampf. Das Thema des Abends: „Sozialdemokratie und Gemeindepolitik“ behandelte der Stadterordnete Genosse Graetz-Vogelberg. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung entrollte der Redner ein großartiges Bild der Forderungen und Aufgaben, die die Sozialdemokratie an die Gemeinde und an Staat stellt. In der Diskussion übten die Genossen Dehml und Köhler scharfe Kritik über die örtlichen Verhältnisse, indem sie auf die immer noch fehlende Bedürfnisanstalt, ebenso auf den verwerflichen Zustand bestimmter Straßen hinarbeiteten. Auch daß der Gemeindevorsteher die Belanngabe der Wahl bis zum letzten Tage seiner Vorschrift geheim hält, wurde scharf verurteilt. Von den Bürgerlichen sprachen die Herren Friede und Scheit. Beide versicherten, daß sie immer für soziale Forderungen eingetreten seien. Sie gaben ihrer Verwunderung Ausdruck, daß in der Gemeindevahlwahlen von unseren Genossen nie oder selten jemand als Zuhörer anwesend wäre, da es dann doch

manchmal anders stimmen würden. Unsere Genossen erwiderten den Herren, daß die Arbeiter unmöglich schon um 1/2 8 Uhr, wo die Sitzungen stattfinden, anwesend sein können. Die Vertretung möge die Sitzungen auf Abends verlegen, dann werde der Zuhörertraum auch stets voll sein. Zum Schluß forderte Genosse Bonafowski mit begeisterten Worten die Anwesenden auf, für die einmütig aufgestellten Kandidaten, die Genossen Dehmel und Köhler, am kommenden Wahltage einzutreten, damit die Sozialdemokratie siegreich aus dem Kampfe hervorgehe.

Kanisdorf (Ostbahn). Die Gemeindevahlwahlen für die 3. Abteilung findet am Montag, den 14. d. M., nachmittags 1 bis 8 Uhr, im Restaurant Göde, Frankfurter Chaussee, statt. Kandidat unserer Partei ist Genosse Heinrich Schmidt, Bureaubeamter. Es ist Pflicht sämtlicher Genossen, alles daran zu setzen, um unserem Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Heinrichsdorf. Der Aufruf der Parteien zur Gemeindevahlwahlen hat auch hier begonnen. Die Ergänzungswahlen für die dritte Klasse finden am Donnerstag, den 17. März, und die Erwahlung für den verletzten Genossen Maleika am Freitag, den 18. März, statt. Der Hauptkampf konzentriert sich auf den zweiten (mittleren) Bezirk. Hier müssen unsere Genossen alle Kräfte aufbieten, wollen sie den Sieg erringen. Unsere Kandidaten sind die Genossen Köhler (der in diesem vor zwei Jahren neugebildeten Bezirk gewählt und in diesem Jahre aufgelöst wurde) und der Genosse Höpfer, der als Vertreter der Genossenschaftsbücherei als Angehöriger im Sinne der Landgemeindevahlordnung gilt. Am Sonntag findet eine Flugblattverbreitung statt. Am Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, spricht Genosse Fagel-Rixdorf bei Sadu, Residenzstr. 124 über: Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde. Von den Hausbesitzern werden unsere Genossen die schon von früheren Wahlen als Durchfallskandidaten bekannten Schorsch und Reumann als Kandidaten entgegengestellt. Wie geeignet diese sind, beweist, daß man dem einen nur seine Tätigkeit als Oberführer der Feuerwehr, dem anderen aber gar nichts nachsagen kann. Nun die Wähler werden diesen Herren auch die neue Bürde, die sie opfermütig auf sich nehmen wollen, so leicht als nur möglich machen.

Wohnsdorf. Die Wahl zur Gemeindevahlwahlen findet am Dienstag, den 15. März, statt. Die 3. Abteilung wählt in der Zeit von 4 bis 6 Uhr nachmittags. Dem Antrage unserer Genossen, die Wahlzeit bis 7 Uhr auszudehnen, um allen auswärtigen Arbeitenden Gelegenheit zur Stimmabgabe zu geben, ist nicht stattgegeben worden. Es ist nun doppelte Pflicht aller Arbeiter, rechtzeitig zur Wahl zu erscheinen. — Auch bitten wir diejenigen, welche mit Wohnsdorfern zusammenarbeiten, sie auf diese Notiz zu verweisen. Nur wenn jeder seine Schuldigkeit tut, können wir unserem Kandidaten, dem Genossen Paul Schiffe, zum Siege verhelfen.

Wildau-Hohereiche. Die Wahl der Gemeindevahlwahlen findet am Mittwoch den 16. März, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, im Lokal von Trappe, Hohereiche, statt.

Hierzu wird am Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Lokal von Heister, Wildau, eine öffentliche Gemeindevahlwahlenversammlung stattfinden. Die Tagesordnung in obiger Versammlung lautet: 1. Vortrag: „Was leistet die Sozialdemokratie in der Gemeindevahlwahlen?“ 2. Diskussion. 3. Aufstellung von Kandidaten zur dritten Klasse. Montag abend 7 Uhr findet für diese Versammlung von bekannten Bezirkslokale aus Handzettelverbreitung statt.

Wahlergebnisse.

Ober-Schönweide. Bei der am 10. März stattgefundenen Erwahlung erhielten die Genossen Gustaf Ruth 697 Stimmen, Otto Jamburg 661 Stimmen. Die Kandidaten der Katholiken erhielten je 57 Stimmen. Es ist somit ein Zuwachs gegen die letzte Wahl von 600 Stimmen zu verzeichnen.

Strala. Ein Hohn auf die Bestimmungen der Landgemeindevahlordnung bedeutet die gestern hier stattgefundenen Wahl in der dritten Abteilung, in der ein Angelegener zu wählen war. Unsere Genossen konnten sich in Ermangelung eines die Eigenschaft als Angelegener habenden Kandidaten an der Wahl nicht beteiligen. Das kam denn auch bei den auf den bürgerlichen Kandidaten entfallenen Stimmen in erschrecklicher Weise zum Ausdruck. Von 600 eingeschriebenen Wählern gaben ganze 17 ihre Stimme ab, wovon 13 auf den Hausbesitzer Lehmann entfielen. Und diese 17 Stimmen mußten erst zusammengeholt werden.

Es zeigt sich wieder einmal, daß das ganze Grund- und Hausbesitzerprivileg immer mehr zu einem Hohn für unsere Zeit geworden ist und daher dringend beseitigt werden muß.

Waldorf. Mit Autos und Trompeten wurde am Donnerstag die Gemeindevahlwahlen in der II. Abteilung vollzogen. Vom Bürgerverein (Konservative) waren drei Automobile in Bewegung und auf jedem derselben saß neben dem Chauffeur ein Trompeter, welcher vorzeitig seine Siegesdrummen in die Welt hinausposaunte, bis selbst der Polizei dieser Unfug zu hant wurde und das Trompetengelächel unterlagte. Welchen Wert unsere so gesinnungstreuen Akademiker, die Honoration des Ortes, als Wahlfestspiele und Schläger per Automobile dem Dreiklassenwahlrecht beilegen, ging aus einem an den Autos und den Anschlagläulen besetzten Platz hervor, nach welchem die Mitglieder des Bürgervereins zu einem am Wahltage abend stattfindenden Karne-Wahl-Schlus-Kommer eingeladen wurden. Ziehen wir einen Vergleich der Wahlhandlungen in der II. und III. Abteilung, so wird auch für jeden einsichtsvollen und gerechdenkenden Gegner der Unterschied klar erkennbar werden. 841 Wähler der III. Abteilung übten ihr Wahlrecht würdig und in dem Bewußtsein aus, mit ihrer Stimmabgabe der Allgemeinheit zu dienen. 133 Wähler der II. Abteilung mußten unter Tamtam zum Wahltisch geschleppt werden, weil der größere Teil dieser Wähler keine politische Überzeugung besitzt, sondern Geschäftsinteressen die Teilnahme an der Wahl bestimmen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß beide festig kämpfenden Parteien mit Forensenstimmen operierten, welche von ein und denselben Forensen ausgestellt waren. Krasser als bei dieser Wahl konnte der Blödsinn des Gemeindevahlrechts nicht erkennbar gemacht werden.

Birkenwerder. Die Ergänzungswahlen zur hiesigen Gemeindevahlwahlen haben am 9. März d. Z. in der dritten Abteilung noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt. In erster Stelle stehen die Genossen August Püllig und Karl Raeker mit 93 bzw. 92 Stimmen; fast ebenso viel Stimmen haben die Kandidaten des Ortsvereins erhalten, während die „Patrioten“ und der mit ihnen verbundene Grundbesitzerverein diesmal weit zurück sind. Eine so grausame Niederlage haben die „Patrioten“ oder die Schwärzen, wie sie hier allgemein genannt werden, noch nie erlebt. In der ersten und zweiten Abteilung, die ihnen sonst immer ziemlich sicher waren, sind sie glatt durchgefallen, und in der dritten Abteilung durch den Ortsverein aus der Stichwahl gedrängt. Und wie unbarbarisch hatten die „Patrioten“, die sich meißerhaft darauf verstanden, den Terror gehandhabt. Wer dabei gewesen ist, hat die Vermlen bedauert, die von ihren Vorgesetzten scharf beobachtet, ihre Stimme Leuten geben mußten, die ihnen wohl mehr als gleichgültig waren. Es hat ihnen aber alles nichts genutzt. Die Mehrheit der Wähler hat sich gegen sie entschieden, und hoffentlich haben sie jetzt in unserem Orte für immer abgewirshafet.

Stadterordnetenversammlung. Fortsetzung der Etatberatung. Der Vorsitz über die Schulverwaltung führte zu einer Generaldebatte über Erziehungsgrundsätze.

Aus der Untersuchungshaft entlassen wurde der Missetäter Wilhelm Biedle aus der Hermannstr. 64. Er war bekanntlich unter dem Verdacht verhaftet worden, seine Frau am Sonntag, den 6. Februar, aus der im 4. Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinausgestoßen zu haben.

Zreptow-Baumkulturbeweg. Die Notwendigkeit der Arbeiterbaukontrollen geht wieder einmal aus folgendem Vorkommnis hervor. Auf dem Heimwege von der Schule am 9. dieses Monats passierte die kleine Tochter des Herrn Weiskopf den Neubau an der Ecke der Scharhdtstraße.

Steglit. Das Opfer eines schweren Automobilunfalls wurde der elfjährige Schüler Arthur Ludwig, dessen Eltern Schloßstr. 30 wohnen. Beim Ueberqueren des Bahndammes vor dem elterlichen Wohnhause wurde der Knabe von einem daherausenden Kraftwagen erfasst und überfahren.

Alt-Blende. Einen eigenartigen Verlauf nahm die letzte Gemeindevorstanderversammlung. Nach Eröffnung derselben teilte der Vorsitzende mit, daß von den beiden Grundbesitzern zum 13. März bei Vorn eine öffentliche Versammlung einberufen sei.

Banne. Nachdem unsere Genossen die Begründung zu diesem Antrag gegeben, wurde derselbe mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Als Vertreter der Gemeinde zum Vorstand der Freiwilligen Feuerwehr wurde Genosse Rißke gewählt.

Waidmannslust-Lübars. In der letzten Gemeindevorstanderversammlung wurde ein Antrag betreffs Ausschluß der Gemeindevorordneten bei Lieferung für die Gemeinde angenommen. Dem Anlauf des Grundstückes Waidmannslust-Edle Dianastraße von 156 Quadratruten zum Preise von 18 000 M.

Gerichts-Zeitung.

Revision Dähfel verworfen.

Das Landgericht Berlin I hat bekanntlich am 9. Oktober v. Js. den Redakteur Hermann Dähfel wegen vollendeter und versuchter Erpressung zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem die Mitangeklagte Frau Emma Schubach wegen versuchter Erpressung zu acht Monaten Gefängnis.

Nunmehr wird wohl der Prozeß gegen den Reichstagsabgeordneten Bruhn schnelleren Fortgang nehmen.

Grober Unfug des Rektors oder des Schülers.

Am 21. Oktober v. J. wurden vor dem Schulgebäude in Steglitz in der Jahnstraße abends gegen 7 Uhr, als die Fortbildungsschüler herauskamen, Einladungen zu einer Versammlung der Jugendorganisation verteilt. Der Rektor Steink verbot das Verteilen in erregter Weise und drohte den Zettelverteilern mit der Polizei.

Der räuberische Ueberfall auf die Juwelierfrau Richter. Der Angeklagte Szj machte gestern folgende Angaben: Er ist geborener Schweizer und lebt seit mehreren Jahren in Deutschland, trotzdem er von der schweizerischen Regierung als flüchtiger Ausländer ausgewiesen worden war.

Verbindung zu treten. Nach seiner Entlassung aus der Straf-anstalt habe ihn Höhe eines Tages auf der Straße angesprochen und ihn gebeten, ihm einige Tage Obdach zu gewähren. Er (Szj) sei darüber sehr erstaunt gewesen, da ihm Höhe im Gefängnis erzählt hatte, er sei der Sohn eines schweizerischen Hotelbesizers und werde sofort wieder aufgenommen.

In Anschließ hieran kommt es zu zum Teil sehr erregten Auseinandersetzungen zwischen Szj und Höhe, die sich bis zum Schluß der Sitzung hinziehen.

Die Verhandlung wird schließlich gegen 5 Uhr abgebrochen und auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Die sogenannten „Spitzbuben im Richterlalar“.

In der gestrigen Verhandlung beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Lüdtke, Warnike und Meier mildernde Umstände zu verjagen, bezüglich der übrigen Angeklagten stellte er die Verjagung der Frage auf mildernde Umstände anheim.

Die Beratung zog sich bis in die 10. Abendstunde hin. Das Urteil lautete gegen Lüdtke auf 3 1/2 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Erwerbsloshilfe, gegen Meier auf 6 Monate, gegen Warnike auf vier Monate Gefängnis zusätzlich, gegen Domburg auf 6 Monate und gegen Reumann auf 2 Monate Gefängnis.

Vermischtes.

Erdbeben in San Francisco. Wie aus San Francisco gemeldet wird, wurde dort vorgestern abend um 10 Uhr 30 Minuten ein starkes Erdbeben mit langandauernden Bewegungen verspürt.

Versammlungen - Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, 16. März, abends 8 Uhr, in Lammer's Restoran, Kommandantenstr. 72, Vortrag des Herrn Dr. Plehner: „Aus dem Ruffeld der Al-Bienen“.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 13. März, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17; freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag von Herrn Oswald Vogherm: „Jesuiten-Moral“.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag; Futur stark, Geschäft reg, Preise unverändert.

Witterungsübersicht vom 11. März 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand am Morgen, Windrichtung, Windstärke. Rows include: Saimende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Casaranda, Petersburg, Sells, Theresien, Vants.

Wetterprognose für Sonnabend, den 12. März 1910. Wind, jedoch vorherrschend wolkig bei wähligen schließlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 10.3., seit am 10.3., Wasserstand, am 10.3., seit am 10.3. Rows include: Remel, Zülth, Regel, Ansternburg, Weichsel, Dohn, Ober, Rathor, Kraffen, Frankfurt, Warthe, Schimm, Landsberg, Rege, Vordamm, Elbe, Leimnitz, Dresden, Paritz, Magdeburg, Saale, Groditz, Gabel, Spandau, Spree, Spremberg, Bese, Binsow, Bese, Rinden, Rhein, Raminiankan, Raub, Rahn, Redar, Heilbronn, Rain, Wertheim, Rosel, Tritz.

*) + bedeutet Hoch, - bedeutet Tief. *) Unterpegel.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 8, zweites Hof, dritte Etage, vier Treppen, **Fahrstuhl** wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantragung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

— **M. Bismarck.** Monatliches Postabonnement des „Vorwärts“ ist angänglich. Beschreiben Sie sich bei dem Vorsetzer des Postamts — **Postamt 1910.** Da, nach Beendigung des Dienstverhältnisses — **N. St. 52.** Ein solches Testament ist gültig. Die anderen Geschwister haben aber Anspruch auf den Pflichtteil. Wenn Ihre Frau die Beerdigungskosten bestreitet, so kann sie mit denselben gegen den Pflichtteilanspruch der Geschwister aufrechnen. Das Testament kann auch bei Ihnen aufbewahrt werden. — **H. M. Drengelhaus, Witten 2500.** Das Urteil ist rechtskräftig, ein Rechtsmittel also nicht mehr gegeben. Auf Grund Ihrer Darstellung läßt sich ein Schadensersatzanspruch gegen die Anwaltschaft nicht mit Aussicht auf Erfolg begründen. — **C. K. 225.** Haare sind in heiligem Wasser zu waschen und aus dem Wasser vor dessen

Erfüllung heranzunehmen, da sie sonst die Krause verlieren. — **Stein 33.** 1. Die angegebene Firma ist uns nicht bekannt. Wir raten aber von der Verwendung des Balsams und ähnlicher Mittel ab, empfehlen vielmehr die Konsultation eines tüchtigen Spezialarztes und den Besuch einer Heilanstalt. Sind Sie in der geschlichen Unmöglichkeit und Altersverhinderung, so stellen Sie einen Antrag auf Heilversicherung, unter Ueberreichung der Quittungsbücher, der Aufrechnungsbescheinigungen und einer ärztlichen Bescheinigung an die Landesversicherungsanstalt. 2. Reichstagsabgeordneter v. Garmer, Konserwalt, Landtagsabgeordneter Gerhard und Passate, beide ebenfalls Konserwalt. — **G. K. 25.** Die Werbung kann noch erfolgen. Das Nähere erfahren Sie bei dem Zivilprokuristen der Erbschaftskommission desjenigen Ortes, in dem der junge Mann seinen Wohnsitz hat. — **H. M. 19.** Wenn nach zehnjähriger Abwesenheit keine Nachricht von dem Leben Ihrer Frau eingegangen ist, so können Sie die gerichtliche Todeserklärung im Wege des Aufgehobensverfahrens beantragen und nach Erledigung dieses Verfahrens wieder heiraten. — **C. K. 100.** Genosse Weidmeyer wurde am 12. Oktober 1907 zu 1 1/2 Jahren Festungshaft verurteilt, welche Strafe er am 22. Oktober 1907 angetreten hat. Eine Verurteilung zu Justizhausstrafe ist weder bei dem Hochverratsprozeß noch bei anderer Gelegenheit erfolgt. Der Oberreichsanwalt hatte allerdings Justizhausstrafe beantragt. — **H. St. 23.** Ihre

Tochter bleibt Eigentümerin der eingebrachten Sachen und kann für den Fall der Pfändung Freigabe verlangen. Zweck Erleichterung des Nachweises empfiehlt sich jedoch der Abschluß eines Ehevertrages vor einem Notar. — **H. 100.** Wenn Sie den Sachverhalt vollständig wiedergegeben haben, so brauchen Sie nicht anzuziehen. — **Waldau.** Der Flächeninhalt des A m t s bezirk Mannheim beträgt 109 Quadratkilometer, derjenige Berlins 83 1/2 Quadratkilometer. — **Karl 18.** Da vierzehnjährige. — **99 M. 7.** Eine Mark, auch müssen 50 Pf. für 1909 nachgezahlt werden. — **Treuer Abonnent 10.** Durch Testament, das in diesem Falle am besten vor einem Notar erklärt wird. Die Kosten sind nicht erheblich. — **H. 100.** U. E. genügt es, wenn Ihre Frau an dem einjährigen Kurkurs für Chemie in der zweiten Handwerkerlehre, Andreasstr. 1/2, teilnimmt. Er beginnt im Sommerhalbjahr und hat vier Stunden wöchentlich. Wenn Sie noch weitere Ausbildung in der Angelegenheit wünschen, so wenden Sie sich an die „Brauereiarbeiter-Zeitung“, Schilderstr. 6, IV. — **M. G. 30.** Sie sind selber an den Vertrag gebunden. Wir können Ihnen nur eine Einigung mit dem Vermieter empfehlen. — **C. K. 99.** Heim. — **G. K. 33.** Wir raten von einem gerichtlichen Vorgehen ab mit Rücksicht auf den Inhalt des schriftlichen Vertrages. — **G. K. 13.** 1. Beim Patentamt. 2. Ausführliche Sachdarstellung und Zeichnung. 3. Einige Monate. 4. In der Regel ja. 5. Nach Vereinbarung mit dem Patentanwalt.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 12. März, Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus, Carmen.
Königl. Schauspielhaus, Der Widerspenstigen Zähmung.
Neues Königl. Oper-Theater, Geschlossen.
Deutsches Jüdisches Kammertheater, Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.

Berliner Laifun.
Leffing, Das Konzert.
Neues, Der Philosoph von Sanssouci.
Neues Schauspielhaus, Der Herr Verteidiger.
Nachm. 3 Uhr: Die Räuber.
Abend, Die geschiedene Frau, Komische Oper, Iphigenie.
Neues Operetten, Der Graf von Luxemburg.
Tranon, Theodore u. Cie.
Kleines, Der große Name.
Reichens, Im Laubenschlag.
Thalia, Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Geldstück.
Schiller, Charlottenburg, Gespenster.
Friedrich-Wilhelmstädtisches, Die Jungfrau von Orléans.
Gebbel, Komische Oper, Die Affen.
Volksoper, Die Affen.
Luisen, Vater und Sohn.
Kaufm. 4 Uhr: Die sieben Raben.
Wiese, Die Ehre.
Nachm. 4 Uhr: Der gefesselte Rater.
Luisen, Der dunkle Punkt.
Metrovol, Gallopoli — Die große Revue.
Volles Caprice, Herr Wassertröpfel.
Der Lustturner. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Casino, Berlin bei Nacht.
Gebd. Herrfeld, So muß man's machen. Eine Liebes-Oper.
Stadttheater Moabit, Geschlossen.
Rosa, Satan Gold.
Volks, Eigenbrödel.
Apolis, Der Jachpreller, Spezialitäten.
Wintergarten, Spezialitäten.
Reichens, Stettiner Sänger.
Polak, Spezialitäten.
Wagner, Spezialitäten.
Karl Oberland, Spezialitäten.
Waldhalla, Spezialitäten.
Boggenhagen, Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Urania, Laubenschlag 48/49.
Abend 8 Uhr: Im Himmelsland des Ober-Engadin.
Nachmittags 4 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte, Invalidenstr. 67—68.
Lessing-Theater.
8 Uhr: Das Konzert.
Sonntag, 3 Uhr: John Gabriel Borkman.
Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: Goldfische.
Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schöthan und Gustav Kadelburg.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Montag, abends 8 Uhr:
Neue Jugend. (Johan Ulfskjerna.)

Schiller-Theater (Charlottenburg).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gespenster.
Ein Familien-drama in 3 Aufzügen v. Henrik Ibsen. Deutsch v. E. Lange.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Meinelbauer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Jungfrau von Orléans.
Montag, abends 8 Uhr:
Egmont.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Sonntag, den 13. März 1910, in Kellers Festsälen, Kopenstr. 29:

Frühjahrs-Vergnügen

MITWIRKENDE:
Berliner Uk-Trio, Gesangsverein Fichte-Georgiana (M. d. A.-S.-B.), Mitglieder des Turaverins Fichte, des Arbeiter-Radfahrer-Bundes und des Violinen-Solisten Herrn Gutdeutsch.

Konzert Nach der Vorstellung: **Tanz** 216/10*

Kasseneröffnung 4 Uhr **Billets 30 Pf.** **Anfang 5 Uhr**

Wir bitten die Mitglieder und deren Angehörige, sich rechtzeitig mit Billets zu versehen, weil offene Kasse nicht stattfindet.

Castan's Panopticum
Friedrichstr. 165, Pschorrpal.

Neu! Mr. Frank Lentini **Doppelmann** **einzig in der Welt.**
Sensationell! Mr. der
Ali Ben Mohamed, **Orientalischer Gaukler.**
Mr. Widowski, Schwert- und Bajonettkünstler.
Täglich 7 1/2 Uhr abends und
Sonntags zwei Vorstellungen:
Heltene Vorträge.

Brauerei Friedrichshain am Königstor,
Morgen Sonntag:
Großes Doppel-Konzert
unter Mitwirkung der Sängerschöre
„Sleswigia 1871“, Saarmannsche Liedertafel“ und „Grüne Schleife“
(Chormeister: H. Demetz).

Anschließend an das Konzert: **Fidelitas Abschiedskonzert**
v. Schorsch Ehrengrubler mit seiner Kapelle aus Wilmanns.

Kinematograph — Akrobaust.
Anfang 4 Uhr. — Nach dem Konzert im großen Saale Tanzkränzchen.

Arnold Scholz Neue Welt **Nasenheide 108/114**
Nur noch bis Sonntag, den 13. März 1910:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen
U. a.: Baron Muckls Banerkapelle.
Andreas Hofer-Truppe. Die beide Orig.-Gausbunm.

Zirkus Sarrasani
alter Botanischer Garten.
Sonnabend, den 12. März 1910,
abends 8 Uhr:
2 brillante Vorstellungen 2
nachm. 4 u. abends 8 Uhr.
In beiden Vorstellungen ein rein zirkusmässiges Programm.
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Protektorat des Herrn Prof. Reinhold Bogas.

Es ringen:
Cazeaux de Bastieux gegen Max Schwarz.
Jakob Koch gegen Bernard.
Paradise gegen Van den Berg.
Entscheidungskampf:
Michailoff gegen Reykowitz.

Zirkus Schumann
Sonnabend, den 12. März,
abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Neu! Die Amerikaner Neu!
Aerial Shaws.
Casa Blanca
neuester Sportakt zu Pferde der drei Welt-Houde.
Bl. Dora Schumann mit Cammeramerhengst Demetz.
Barbarentänze
der Ri Tchaves, 11 Berl.
Mlle. Silva Loyal mit dreifachem Tanz.
Um 9 1/2 Uhr **Ende 11 Uhr**
Die drei Rivalen.
Sonntag zwei Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen halbe Preise.

Zirkus Busch.
Neu! Sonnabend, den 12. März,
abends 7 1/2 Uhr präz.:
Gr. Gala-Vorstellung.
Therese Filla, James Leon Filla jun., Heinrich Filla, in ihren Produktionen d. hohen Schule.
Die Hassans!
Lockford-Truppe!
Herr Ernst Schumann, Neu-dressuren.
Zwergclown Francois, Kunstr. 9 1/2 Uhr ca. **Ende 10 1/2 Uhr.**
Marja!
Sonntag: Zwei Vorstellungen.

Volksooper.
SW, Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Afrikanerin.
(Kaiser-Abonnement.)

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szenen gesettet vom Dir. Rich. Schulte.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Sonntag 8 Uhr: Die Kreuzschreiber

Herrnfeld Theater
Kommendantenstr. 57. T. U. 4, 5083
Nur noch bis inklusive
Montag, den 14. März:
So muß man's machen und Eine Uebergangs-Ehe.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Dienstag, den 15. März:
Beginn des großen Herrnfeld-Zyklus.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Das große Brogt Watt, das lebende Elektrizitäts-werk u. die übrigen Spezialitäten.
Tunmel: Die allergrößte Kanne.
Theaterbesuchern freier Eintritt!

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, den 13. März, Anfang 8 Uhr
Armut und Reichtum.
Hollstädt in 4 Akten v. Chr. Fißgen.
Montag, den 14. März, Anfang 8 Uhr:
Wenn Deutschen lieben.
Schauspiel in 3 Akten v. Georgias-Schmid.

Berliner Theater.
Heute: Taifun. 8 Uhr.
Morgen: Taifun.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Philosoph von Sanssouci.
Morgen und folgende Tage:
Der Philosoph von Sanssouci.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Vorlesung der Kinder-Vorstellung.
Die sieben Raben.
Märchenstück in 7 Bildern mit Ges. und Tanz von Thede-Paré.
Abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.
Lustspiel in 3 Akten von G. Gömann.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ich mich frei. 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.

WINTERGARTEN
Das Dreigestirn
weiblicher Schönheit, Grazie u. Kunst
Rosario Guerrero
Marie Lafargue
Odette Valery
und die anderen
— Star-Attraktionen. —
Morgen:
Nachmittagsvorstellung
Anfang 3 1/2 Uhr. Kleines Preis.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr: Das gesellschaftliche Ereignis von Berlin
Auftreten der schönen Sisters Ridley
In ihren historischen Tänzen.
Georg Kaiser
Schneider-Ducker
und das große Programm!

Casino-Theater
Rothfingerring 37. Anfang 8 Uhr.
Berlin
bei
Nacht.
Vosseln 3 III. v. G. Schäfer-Beroffin.
Sonnt. 4 U.: Trudehans Sommerreise.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss (Vorl. Woche)
Der Nachtwächter von Zerpenschleuse
von Meißel.
Anfang:
8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der ideale Bauer.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu er-mäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

ROSE-THEATER
Große Kanarierstr. 192.
Nachmittags 4 Uhr:
Der gefesselte Rater.
Abends 8 Uhr:
Die Ehre.
Schauspiel in 4 Akten v. Sudermann.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wankender Boden. 8 Uhr: Die Ehre.

Palast-Theater.
Burgstr. 94, am Bahnhof Döber.
Internationales Ringkampf-Championat
um die Weltmeisterschaft.
Protektor: Herr Prof. H. Hundrasser.
Preis: 10 000 M. in bar.
Sonnabend, den 12. März:
Romanoff, Rußland, geg. Charles d'Anvers.
John Wohl-Abd II. gegen Kouba.
Emile Verbet gegen Ali Sala.
Chambard Jipso gegen Biancati.
Entscheidungskampf:
Streu gegen Wolfesir.
Vorher: Die glanzvollen Spezialitäten.
Anf. 8 Uhr. Preise 50 Pf. bis 3 M.

Passage-Panoptikum
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
Ohne Extra-Entree!

Schloß-Brauerei
Schöneberg, Hauptstr. 122.
Jeden Sonntag:
Paul & Springers
Kabarett- und Possen-Gesellschaft.
Anf. Konz. 5 Uhr, Vorst. 7 Uhr. Tanz.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nord. Sänger und Tanztruppe.
Beg. Sonnt. 6. nachm. 8 U.
Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree
Neues hochakt. Programm.
3. Schluß: Tanzkränzchen.
3. Mittw.: Theaterkonz.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Laubenschlag.
Schwarz in 3 Akten von Hennequin und Beber.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Dieser Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Räumere Dich um Amelle.

W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Potsdamer Tor.
Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male:
Satan Gold.
Vollstück in 5 Akten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Heber's Grad hinan. Abends 7 1/2 Uhr:
Satan Gold.

Folies Caprice
Der Luftturner.
Neuer bunter Teil.
Herr Wasserkropf.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11—2 Uhr.

Gr. Schlachte- u. Bockbierfest
Sonntag, 13. März,
wozu freudl. einladet Frau Fein, Grunewald, Gubertsdorfer-straße 8.

Tonbild-Theater
Reinickendorfer Str. 26—27
Gala-Vorstellung
Cäsars Liebesraum, Diana, Entagung, Drama, Der Richter v. Cesar Gulch, Drama u. das hebräische Wochenprogramm.
Entr. 30 Pf. 10 Pf. Reinertrag.
Dauereröffnung v. 4—11 Uhr.

Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79
Neue erstklassige Spezialität
Liliputaner-Truppe prolongiert.
Heute nach d. Vorstellung: Ball.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Vorort - Nachrichten.

Wilmersdorf.

Die Wilmersdorfer Liberalen zur Wahlrechtsvorlage. Zu der Frage, welche Stellung der Liberalismus in der jetzigen Ausschließungsstunde dem Wahlrecht gegenüber einnimmt, kann aus Wilmersdorf ein recht anschauliches Beispiel geliefert werden. Wir berichteten in Nr. 53, daß der neue demokratische Stadtverordnete Koll seinen Kollegen in der Sitzung vom 2. März einen gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung gerichteten Antrag zur Unterschrift vorgelegt hatte. Während anfangs niemand unterschreiben wollte, erklärten sich am Schluß der Sitzung fünf im Geiste des Liberalismus sitzende Herren bereit, ihr Teil zu tun, damit der Antrag geschäftsordnungsmäßig dem Plenum vorgelegt werden könne. Am vergangenen Mittwoch blieb es nun endlich harbe bekennen. Und da setzten die liberalen Stadtverordneten den Herrn Koll mit den üblichen Ausdrücken des Bedauerns davon in Kenntnis, daß sie bei aller Sympathie für die Tendenz des Antrages es doch für geraten hielten, denselben lieber nicht zu unterschreiben. Ja, mehr noch. Auch der eine Liberale, dessen Name bereits unter dem Schriftstück prangte, erklärte, seine Unterschrift wieder zurückziehen zu müssen. Man gab dem Antragsteller entscheidungsbildend zu verstehen, daß man gerade um der Wahlrechtsreform willen davon abliehe, sich für sie ins Zeug zu legen. Der davor verwundert den Kopf schüttelnde, möge die liberale Erklärung vernehmen: Die konservative Partei sei Gegnerin des von Herrn Koll für das Abgeordnetenhaus erstrebten Wahlrechts. Die Mehrzahl der Wilmersdorfer Stadtverordneten gehöre aber der konservativen Partei an oder sympathisiere doch mit deren Tendenz. Somit sei eine Ablehnung des demokratischen Wahlrechtsantrages sicher zu erwarten, wie denn ja auch die Vertretungen mehrerer anderer Städte ähnliche Anträge abgelehnt hätten. Um aber die Zahl solcher Ablehnungen nicht zu vermehren, sei es im Interesse der Sache besser, wenn man den Wahlrechtsantrag nicht unterschreibe. Dies Verhalten spricht Vände für das Maß von Überlässigkeit, das gewissen liberalen Elementen im Wahlrechtskampfe beizumessen ist. Der Planterier halber führen wir noch an, daß einer der freisinnigen Stadtverordneten Wilmersdorfs zu den Unterzeichnern der bekannten Kundgebung im „Sexl Tageblatt“ gehört, in der die „Interessierten“ sich zu Anfang Dezember 1909 dahin ausdrückten, daß es eine Lebensfrage für ganz Deutschland sei, den aufstrebenden Erwerbsständen den Weg zur preussischen Volksvertretung frei zu machen.

Der Herr ist auch freisinniger Landtagsabgeordneter und heißt Wächtermann.

Aus den Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung vom 9. März sei die Erörterung einer Petition des neuerdings viel genannten Bundes für Ritterschutz hervorgehoben. Der Bund verlangte von der Stadt eine Weisung in Höhe von 300 M. Stadt. Koll hat die Versammlung, sich durch die letzten Vorgänge im Verein nicht betreten zu lassen und sich im Gegenseitig zu dem auf Uebergang zur Tagesordnung abzielenden Ausschlußantrag für die Bewilligung der genannten Summe zu erklären. Einige andere Stadtverordnete unterstützten diese Bitte. Die Mehrheit entschied jedoch dem Antrage des Berichterstatters gemäß in ablehnender Sinne.

Große Beachtung hat im Kommunalleben der Stadt eine auf Aufhebung oder Ermäßigung der Schankkonzessionssteuer gerichtete Petition des Vereins der Gast- und Schankwirte von Deutsch-

Wilmersdorf gefunden. Mit dieser im Jahre 1907 eingeführten Steuer hat Wilmersdorf nicht die besten Erfahrungen gemacht. Im Jahre 1908 sind statt der erwarteten 87 000 M. nur 26 000 M. und im Jahre 1909 statt 53 000 M. nur 17 000 M. eingegangen. Der Referent empfahl die Aufhebung der Steuer. Die Stadtverordnetenversammlung überwies die Petition dem in Betracht kommenden Staatsauschuh zur Verlesung.

Bei der Erörterung über die beantragten Raub- betwillingungen der gegen den Voranschlag 1909 erfolgten Ueberschreitungen kam es zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu einem Geplänkel über das Budgetrecht. Es handelte sich um einen Betrag von 3012,74 M. den der Magistrat in der Lungensfürsorge zuviel ausgegeben hatte. Stadtrat Grohm entschuldigte die vom Ausschuh beanstandete Ueberschreitung mit der wirtschaftlichen Depression und der Erhöhung der Krankenhauskosten. Es berührte gerade nicht angenehm, daß es ein Gegenstand der ohnehin in Wilmersdorf vernachlässigten sozialen Fürsorge war, an dem die Stadtverordnetenversammlung sich fühlte. Aber sachlich genommen hatte sie recht darin, daß es Sache des Magistrats sei, rechtzeitig um Bewilligung der formell zuviel ausgegebenen Summen einzukommen. Dem Antrage des Finanzausschusses entsprechend lehnte die Versammlung die Position ab und nahm überdies eine die Staatsüberschreitungen tadelnde Resolution an.

Ein Antrag, wonach der Magistrat sich mit dem Eisenbahnstas wegen der dringend notwendigen Verbreiterung der Brücke am Bahnhof Schmargendorf ins Einvernehmen setzen soll, wurde einem Ausschuh überwiesen.

Weiter nahm die Stadtverordnetenversammlung ein Ortsstatut betr. Aufgehalt und Hinterbliebenenversorgung für die Feuerwehrlente an; desgleichen stimmte sie einem Ortsstatut zu, das die Unfallversicherung der städtischen Beamten regelt. Bei dieser Gelegenheit regte man an, auch für die unbefolgt im Dienste der Stadt tätigen Bürger eine Unfallversicherung einzuführen.

Zum Schluß fand eine Magistratsvorlage Annahme, welche den Beiträgen ein Ende machen soll, mit denen gewisse Staatsstühlen sich bei Grundstücksgechäften durch Bildung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw. vor der Zahlung der Umsatzsteuer drücken. Ein Herr Waldschmidt, der sich sonst in der Stadtverordnetenversammlung durch konsequentes Schweigen auszeichnete, trat mit einem Klappbayer zugunsten der armen Grundstückspekulanten nicht gerade sehr glücklich an die Deffenlichkeit.

Notawes.

Als ein recht freibleibender Gemeindevorsteher erwies sich in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Bürgermeister unseres Ortes. In dieser Sitzung hatten unsere Genossen einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, wonach die Vertretung ersucht wird, eine Petition um Ablehnung der preussischen Wahlrechtsvorlage und Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht an den Landtag zu senden. Der Bürgermeister erklärte, er habe diesen Antrag deshalb nicht auf die Tagesordnung gesetzt, da die Ablehnung einer derartigen Petition gegen die Landtagsordnung verstoße. Genosse Gruhl führte aus, daß er dieser Ansicht nicht beitreten könne, da die Landtagsordnung keine Vorschriften enthalte, welche sich auf die Beratung und Beschlußfassung über derartige Petitionen beziehen. Eine ganze Anzahl anderer Gemeindevorsteher haben ebenfalls derartige Petitionen an den Landtag abgesandt; wenn die Ansicht des Bürgermeisters richtig wäre, dann hätte er es auch nicht zulassen dürfen, daß seinerzeit die Gemeindevertretung die Ablehnung einer Petition gegen die Einführung einer Elektrizitäts- und Beleuchtungssteuer an den

Landtag beschlossen hat. Die Aenderung des Landtagswahlrechts sei für die Gemeinde von mindestens derselben Bedeutung wie die Ablehnung der Beleuchtungssteuer. Der Bürgermeister erwiderte, daß die Ablehnung der Petition gegen die Beleuchtungssteuer ein Fehler gewesen sei; im übrigen habe er aber noch einen weiteren Grund gehabt, den Antrag der Sozialdemokraten nicht auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar folgenden: Seit dem Bestehen der neuen Gemeinde habe die Vertretung trotz der verschiedenen politischen Meinungen der einzelnen Mitglieder in harmonischer Weise zusammengearbeitet, da sich alle Vertreter in ihrer Tätigkeit nur von der Rücksicht auf das Wohl der Gemeinde leiten ließen. Bei der Verhandlung über den vorliegenden Antrag würden die verschiedenen politischen Ansichten aufeinanderprallen und eine Debatte entstehen, die wahrscheinlich für das fernere Zusammenarbeiten der Vertreter nicht förderlich sei. Hierzu bemerkte Genosse Gruhl, daß diese Anschauung des Bürgermeisters für die Zulässigkeit der Beratung nicht maßgebend sein könne; die verschiedenen politischen Richtungen seien schon bei der Beratung über die Petition betreffs der Beleuchtungssteuer in der Vertretung vorhanden gewesen, und trotzdem habe die letztere einstimmig die Ablehnung der Petition beschlossen. Es sei doch nicht ausgeschlossen, daß bei der Beratung des vorliegenden Antrages dieselbe Einstimmigkeit erzielt würde; er ersuche deshalb den Bürgermeister, den Antrag zur Debatte zu stellen. Herr Boback konstatierte, daß auch vom Liberalen Verein ein ähnlicher Antrag zur heutigen Sitzung gestellt sei, im übrigen schloß auch er sich den Ausführungen Gruhls an. Der Antrag der Sozialdemokraten wäre nun wahrscheinlich zur Beratung gelangt, wenn nicht Herr Fabrikdirektor Döring, der der liberalen Partei angehört, den Standpunkt des Bürgermeisters eingenommen und die Beratung des Antrages für unzulässig erklärt hätte. Der Bürgermeister präziserte hierauf nochmals seinen Standpunkt und erklärte den Antrag durch den Widerspruch des Herrn Döring für erledigt.

Bezüglich der Uebernahme der Provinzialstraßen durch die Gemeinde teilte der Bürgermeister mit, daß er laut Beschluß der letzten Sitzung nochmal mit der Provinzialverwaltung verhandelt habe; das Resultat war ein derartiges, daß die Finanzkommission empfehle, wegen der hohen finanziellen Anforderungen, die an die Gemeinde in nächster Zeit gestellt werden, vorläufig von der Uebernahme der Straßen Abstand zu nehmen. Genosse Gruhl erklärte sich mit dem Vorschlage einverstanden, ersuchte aber den Bürgermeister, bei günstigerer Finanzlage den Antrag wieder einzubringen, da die Uebernahme der Straßen von großer Bedeutung für die Gemeinde sei. Der Bürgermeister versprach, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, da er selbst ein warmer Freund der Uebernahme sei.

Zu einem Antrage auf Ueberlassung von Strohengelände während der Höherlegung des Eisenbahnkörpers zur Anlage von Notgleisen erklärte der Bürgermeister, die Eisenbahndirektion wolle trotz erheblicher Nebelkosten auf die Wünsche der Gemeinde wegen Einschränkung des Bahnkörpers bei den Grundstücken von Thal und von Höhne durch Anlage von Futtermauern eingehen, ferner auch die Unterführung beim frh. Leonhardschen Grundstücke von 9 auf 12 Meter verbreitern, wenn die Gemeinde weiteres Strohengelände auf der Nordseite der Bahn bis an die Leitungstangen heran zur Anlage von Notgleisen während der Bauzeit zur Verfügung stellt, ferner alle wegzunehmenden Bäume, auch auf der Südseite, auf eigene Kosten entfernt.

Genosse Gruhl ersuchte um Annahme dieses Vorschlages und stellt den Antrag, mit der Bahnverwaltung in Unterhandlung zu treten, damit dieselbe auch später für eine dem Auge gefällige Instandhaltung der Böschungen sorgt. Die Vertretung beschloß demgemäß.

◆ Großer Frühstück-, Mittag- und Abendtisch. ◆
Mittag mit Bier 60 Pf., abends à la carte in reicher Auswahl zu sol. Preisen. Gr. Fremdenlogis a Bett 40 Pf. 2 Vereinszimmer (20 u. 60 Pers.) Teleph. Amt IV 2304.
H. Stramm Ritterstraße Nr. 123.

Schuhhaus
Bensch
zwischen Marheinekeplatz u. Bellealliance-Straße
98 Bergmannstr. 98
Unsere Frühjahrsstiefel für Herren und Damen sind in Qualität, Form und Preiswürdigkeit jeder Konkurrenz überlegen.
7.50 8.50 10.50 12.50

Betten-Haus Werner
Berlin SW., Oranienstr. 120 - Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 20
Betten, Bettfedern, Metallbetten
Kinderbettstellen, Matratzen
Kinderwagen und Sportwagen
Katalog gratis u. Bettfedern-Reinigung

Louis Cohn
Hüte und Mützen
Engros - Export
Detail-Niederlage.
Reisemuster und Restbestände meines Engros-lagers werden zu sehr billigen Preisen verkauft.
gegründet 1873. O., Andreassir. 67. gegründet 1873.

ganzes Wohnungs- und Einrichtungs-, Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie jedes Stück einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfiehlt
Wilk. Lambrecht
Berlin SW., Simonstr. 19.

HERREN KLEIDUNG
KNABEN KLEIDUNG
S. LEVY, CHARLOTTENBURG
SCHARRENSTR. 36.

Kottkes Drogerie, Baumschulenweg.
empf. ihre Spezialitäten sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

Talmon-Zigaretten
General-Vertreter:
Dagobert Kund, Berlin N., Gr. Hamburger Str. 1.
Fernsprecher: Amt III, No. 4555.

Jugend-Liederbuch
Preis: kartoniert 20 Pfennig
zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstraße 69 (Laden).

Herren-, Damen-, Kinderwäsche
eigenes Fabrikat.
Margarete Dietrich
Berlin O., Mirbachstr. 25,
Eingang Samariterstraße.

Die ersten Frühlings-Boten
meine im eigenen Betriebe fabrizierten Frühjahrs-Paletots und Anzüge können Sie jetzt in meinen Schaufenstern und auf den Strassen von Berlin W sehen.

Frühjahrs-Paletots und Ulster

Gestrelfte Cheviot M. 15
Dunkelgestrelfter Kammgarn	... M. 18
Gran Fischgralstrelfen M. 23
Gran Diagonal M. 28
Modelfarbige Covercoat M. 32
Schwarz-gran gestr. Cheviot	.. M. 33
Bester Nasskammgarn M. 45
Bester Nasskammgarn auf Geld	M. 50

Frühjahrs-Anzüge aus

Forster Buckskin gestrelt u. karlert	M. 15
Forster Buckskin nouste gran Must	M. 17
Haltbaren Cheviot M. 20
Cheviot in moderner Farben M. 23
Neuen grau-gestr. u. kar. Melangen	27
Neuen Diagonals M. 31
Reinwollenen Cheviot Treata E. Mass	M. 35
Bestem Cheviot und Kammgarn	M. 44

Meine Konfektion ist in bezug auf Passform, Güte der Stoffe u. der Arbeit **unerreicht!**

Gottlieb Weitz
Schöneberg-Hauptstr. 161
Ecke Stubenrauch- und Kaiser Friedrichstr.



Ausstellung

von
Frühjahrs-Neuheiten
in
Ulster, Paletots und Anzügen

Nur eigene Erzeugnisse!

Frühjahrs-Ulster
neueste Farbeneinstellung, beste Verarbeitung.
M. 36, 33, 30, 27, 24, 21, **18.00**

Frühjahrs-Paletots
hochparie Dessins und Stoffarten
M. 36, 33, 30, 24, 21, **18.00**

Frühjahrs-Anzüge
denkbar grösste Ausmusterung, formvollendet
in Sitz und Ausführung
M. 36, 30, 26, 24, 21, **18.00**

Einsegnungs-Anzüge
gute Qualitäten, tadelloser Sitz, enorme Auswahl
M. 22, 20, 16, 14, 12, **10.50**

Meine Maß-Abteilung bietet die denkbar
größte Auswahl in engl. u. deutschen Stoffen



S. Joseph

Schöneberg, Hauptstr. 1, Ecke Grunewaldstr.

Frack Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Crabg.
Tor. Weg. Nord, Gebrodt
1,50, Hofe 1,00, Weite 50 Pf.

Neu erschienen:
Aus meinem Leben.

Von August Bebel.
I. Teil.
Broch. 1,50 M., geb. 2 M.

Der deutsche Arbeiter
und der

Nationalismus.
Von Dr. Karl Renner.
Preis 60 Pf.

Zum Gedächtnis
des

Kommunistischen Manifestes.
Von Antonio Labriola.
Eingeleitet und übersezt von Franz
Meiring.
Mit einem Bildnis des Verfassers.
Preis 1 M.

Sozialistische Bewegungen
und

Systeme bis zum Jahre 1848.
Von Elisabeth Luzzatto.
Preis geb. 4 M.

Der Zar und die auswärtige
Politik.

Ein geheimes Memorandum d. Grafen
Kantshorski, das Geheimnis Orangebuch.
Von Wladimir Burizow.
Preis 2 M.

Rußland in der Revolution.
Von N. Trozky.
Preis 6 M.

Bericht über die Tätigkeit
der sozialdemokratischen Fraktion
in der Berliner Stadtverordneten-
Versammlung.
Preis 75 Pfennig.

Führer durch das preussische
Einkommensteuer-Gesetz
von Verlehersekretär Rud. Wissoll.
Preis 30 Pf.

Expedition des Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstr. 69, Laden.

Mit der Schulfrage beschäftigten sich folgende Schriften, die
wir zur Anschaffung empfehlen:

Dr. M. Quarck, Kommunale Schulpolitik
Ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete
der Volksschule
Preis 1 M., Vereinsausgabe 50 Pf.

Clara Zetkin, Die Schulfrage
Referat, gehalten auf der dritten Frauenkonferenz in
Bremen
Preis 15 Pf.
Ein temperamentvoller Vortrag, in dem namentlich auf die Stellung der
Frau zur Schulfrage Bezug genommen wird.

O. Rühle, Die Volksschule, wie sie ist
Preis 30 Pf.

**O. Rühle, Die Volksschule, wie sie sein
sollte**
Preis 30 Pf.

Der Verfasser, ein früherer Lehrer, tadelt in seiner ersten Broschüre die
Zustände unserer Volksschule und schildert sie als eine Anstalt zur Erziehung
möglichst mäßiger und billiger Lohnknechten für das Kapital. Der Klassen-
haas, sagt er, hat Klassen Schulen geschaffen, wer Geld hat, kann sich Bildung
kaufen. — Die zweite Broschüre ist eine Erläuterung unseres Programms-
forderungen, die wir in bezug auf die Schule erheben und im Interesse des
Kulturfortschritts erheben müssen.

Dr. R. Silberstein, Das Schulkind
Preis 20 Pf.

Der Verfasser verfolgt im vorliegenden Heft die Entwicklung des Kindes
während der Schulzeit.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW.
Lindenstr. 69 (Laden)

Hut-Engrosgeschäft
Alvin Sussmann
parterre 38 Holzmarktstr. 38 parterre
gegründet 1885.
Empfehlenswerte Bezugsquelle.

Kronleuchter-Fabrik

Andreasstr. 38. — Telephon VII 719.

Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Teilzahlung ohne Aufschlag gestattet.
Alte Kronen werden in Zahlung genommen.

Hängebrenner komplett 3,25 Mk.
3flammige Gaskronen von 15 Mk. an.
Zugampeln von 10 Mk. an.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt.

Wir empfehlen folgende
Bücher zu herabgesetzten Preisen:

Werden und Vergehen

Eine Entwicklungsgeschichte des
Naturganzen in gemein-
verständlicher Darstellung

Von **Carus Sterne**,
herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**.
Mit vielen Abbildungen im Text und 47 Tafeln
in Holzschnitt und Farbendruck sowie dem Bildnis
des Verfassers.

Zwei starke Bände,
dauerhaft und geschmackvoll gebunden.
Durch Erweiterung der Restauflage sind wir
in der Lage, das Werk, dessen Ladenpreis
25 M. beträgt, mit **10 Mark** zu verkaufen.

Entwicklungsgeschichte der Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.
Zwei Bände.
Gegen 1785 Abbildungen im Text und zahlreichen
Tafeln in Schwarz- und Farbendruck.

Länder- und Völkerkunde

Von **Dr. F. W. Paul Lehmann**,
Direktor des Schiller-Realgymnasiums in Jettlin.
Zwei Bände.
Mit 1024 Abbildungen im Text und vielen Tafeln
in Schwarz- und Farbendruck.

Auch diese beiden Werke können wir statt
für je 18 M. für **10 Mark** abgeben.

Was ist die Natur

Von **Wilhelm Bölsche**.

Von diesem Werk hatten wir Gelegenheit, eine große Anzahl tadelloser neuer Remittenten-
Exemplare zu erwerben, die wir mit **1,50 M. pro Exemplar** abgeben können.
Der Ladenpreis beträgt 3 M.

Geschmackvoller Leinenband.

Weitere empfehlenswerte Bücher:

Unser Wald

Von **Curt Grottel**,
herausgegeben von **Wilhelm Bölsche**.
Mit zahlreichen Abbildungen. Dieses Buch hat
bei bedeutenden Pädagogen wie in der Presse
begeisterte Aufnahme gefunden.

Broschiert 2,50 M., in dauerhaftem Leinen-
band gebunden 3 M.

Sonntage

eines großstädtischen Arbeiters
in der Natur.

Von **Curt Grottel**.
Mit einem Vorwort von **Wilh. Bölsche**.
Dritte unveränderte Auflage. Mit Buchschmuck
und dem Porträt des Verfassers.
Broschiert 60 Pf., gebunden 1 M.

Alenbrook

Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde.

Von **Jürgen Brand**.

Geschmackvoll gebunden und mit Buchschmuck versehen 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. Lindenstr. 69 (Laden).

Fleisch-Zentrale des Ostens

Frankfurter Allee 25. Eingang Voigtstraße.

Wichtig! **Schweinefleisch** wichtig!

Schinken im ganzen . . . per Pfd. 70 Pf.	Schulterblätter . . . per Pfd. 70 Pf.
Bauch, Rücken u. Lenden . . . 70	Schmorst., ganz trocken . . . 80
bei 5 Pfd. nur . . . 68	Rouladen . . . 85
Schweinebacon . . . 65	Rinderbrust . . . 55
bei 5 Pfd. nur . . . 63	Quer- und Rehrücken . . . 85

Prima Mecklenburger Kalbfleisch

Keule im ganzen . . . per Pfd. 65 Pf.	Ramm . . . per Pfd. 60 Pf.
Brust . . . 60	bei 5 Pfd. . . 58
bei 5 Pfd. . . 58	Stückel . . . 60
	bei 5 Pfd. . . 58

offiziell zu den billigsten
Tagespreisen.

Hammelfleisch ff. Wurstwaren

Landbierwurst . . . per Pfd. 85 Pf.	Fleischwurst . . . per Pfd. 85 Pf.
Feine Leberwurst . . . 85	Bräunschwemmer . . . 85
Potatische Wurst . . . 75	Rehrücken, hart u. weich . . . 70
Intellektuelle u. Thier . . . 55	Schinken (5 Pfd. 1,05) . . . 110
Getreide (bei 5 Pfd. 0,80) . . . 90	Wagel (5 Pfd. 0,80) . . . 90

Conrad Kramer.

**Größtes
Kindergarderobe-Spezialhaus
des Ostens.**

Jedes Kind, auch das Ärmste, kann
schick und zweckmäßig bei uns ein-
gekleidet werden.

Konkurrenzlos sind unsere
Cheviot-Tailenkleider „Frieda“
ganz gefüttert, mit Faltenrock,
für 3 Jahre 5 Jahre 7 Jahre 8 Jahre
M. 4.95 5.45 5.95 6.45

Knaben-Anzüge
in hübschen, dunklen Sportfarben,
von 2,50 an.

Enormes
Lager in
zu unerreicht billigen Preisen.

C. & A. Wendt, Berlin NO., Große Frankfurter Str. 118.

Wir empfehlen:
Die Rechtsprechung
in

Unfallrenten- Streitfragen.
Eine Zusammenstellung und gemein-
verständliche Erläuterung der wich-
tigsten prinzipiellen Entscheidungen
des Reichsversicherungsamts
v. **Herm. Müller**, Arbeiterschreiber.
Preis 3 M.

Das arbeitende Volk
und die Steuern.
I. Teil: Allgemeine Einführung in
das Steuerwesen
von **Dr. Karl Renner**.
Preis 50 Pf.

Die Brandschätzung
des Volkes durch indirekte
Steuern in Deutschland
von **J. Karski**.
Preis 50 Pf.

Die Städteordnung für
die sechs östlichen Provinzen
der preussischen Monarchie.
Erläutert von **Paul Hirsch**.
Preis geb. 3,- M.

Verfassungswesen u.
Verfassungskämpfe
in Deutschland.
Von **Georg Gradnauer**.
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).

Möbel-Fabrik Georg Tennigkeit,
Berlin SO., Oranienstr. 172-173.
Einrichtung für 360 Mark.

1 Kleiderschrank	48 Mark
1 Vertiko	48
1 Spiegelschrank	25
1 Spiegel	16
1 Ausziehtisch	18
4 Stühle a 3,50	14
2 englische Bettstellen m. Matratze a Stück 44 Mk.	88
1 Sofa	45
1 komplett farbige Küche	68

500 Mark
Preisliste gratis und franko.
Unter Garantie gut gearbeitete Möbel.